

Hinterland

59/2025 9,00 euro

Was bleibt
vom Sommer?



#1
wobnen



#2
nachbarn



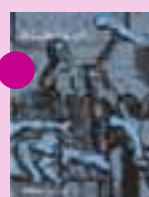
#3
anziebsachen



#4
sex



#5
baiern



#6
essen



#7
rassismus



#8
integration



#9
arbeit



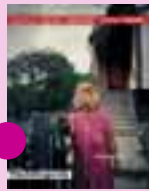
#10
polizey



#11
lager



#12
links



#13
antiziganismus



#14
alter



#15
afrika



#16
sortieren



#17
jubiläum



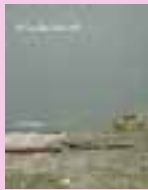
#18
grenze



#19
abschiebung



#20
paternalismus



#21
unterhaltung



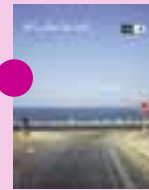
#22
gut vernetzt



#23
reisen



#24
sprache



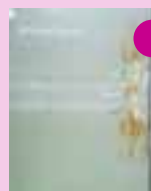
25
asyl



#26
liebe



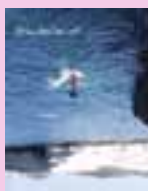
#27
fluchthilfe



#28
was tun?



29
dublin III



#30
was gebt?



#31
mob



#32
sicher



#33
kaputt



#34
privat



#35
abschiebung



#36
strategie



#37
stadt, land,
flucht



38
gender



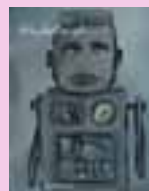
#39
europa



#40
bildung



#41
abschiebehaft



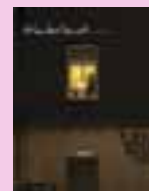
#42
zweiundvierzig



#43
kriminalisierung



#44
behinderung



#45
zubause



#46
jung sein



#47
systemrelevant



#48
raum



#49
lobby



#50
utopie



#51
geschlossene
gesellschaft



#52
rausch



53
ungleich



#54
erinnerung



#55
fluchtwege



#56
geld



#57
paroli



#58
bey, migrantifa!



#59
was bleibt
vom sommer



#60
60 shades of
Hinterland

Die Hinterland gibt es nicht
am Kiosk, also bolt euch
gleich ein Abo auf
[www.hinterland-
magazin.de/bestellen/](http://www.hinterland-magazin.de/bestellen/)

Die markierten Ausgaben sind leider bereits vergriffen

Hinterland #60**60 shades of Hinterland***Frühjahr / Sommer 2026*

Liebe Freund*innen,
 liebe Autor*innen,

irgendwann zwischen Fußballweltmeisterschaft, der Markteinführung der PlayStation 3 und der Herabstufung von Pluto zum Zwergplaneten wurde im Süden der Republik ein Magazin geboren. 2006 erblickte nicht nur Twitter das Licht der Welt, sondern eben auch die *Hinterland* – und man kann mit Fug und Recht behaupten, dass bayerische Qualitätsmedium hat den Kurznachrichtendienst erfolgreich überlebt. So ist das eben, wenn man schön, klug und solidarisch bleibt: Man lebt länger.

Am Anfang stand der Gedanke, eine Publikation des Bayerischen Flüchtlingsrates für dessen Unterstützer*innen zu schaffen, die nicht gleich im Papiermüll verschwindet, sondern appetitlich und aufwühlend informiert über Flucht und Migration, aber auch andere politische und kulturelle Themen der progressiven Linken. Inzwischen wird die *Hinterland* weit über Bayern hinaus gelesen und ist aus der Landschaft linker Publikationen in Deutschland nicht mehr wegzudenken.

Das erste Heft, quasi die Nullnummer, war eine Langreportage über die aus Deutschland nach Slowenien abgeschobene Familie Avdija. Ein Team vom *Bayerischen Flüchtlingsrat* hatte die traumatisierte Familie in Lubljana besucht um die dramatischen Umstände ihrer Abschiebung zu dokumentieren. **Hinterland Nummer 1** widmete sich dann dem Thema **#Wohnen**. 60 Ausgaben hat die ehrenamtliche Redaktion seither veröffentlicht. Wir wollen unseren Geburtstag zum Anlass nehmen, diese 60 Heftthemen Revue passieren zu lassen. Was ist aus **#DublinIII** geworden (*Heft 29*)? Was aus dem **#Mob** (*Heft 31*)? Was machen die **#Nachbarn** (*Heft 2*) inzwischen? Und was treibt eigentlich die **#Polizey** (*Heft 10*) schon wieder? Wie läuft's in der **#Arbeit** (*Heft 9*) und wie **#privat** (*Heft 34*)? Und haben wir inzwischen eigentlich eine **#Strategie** (*Heft 36*)? Oder ist alles **#kaputt** (*Heft 33*)?

Es gibt einiges zu **#Sortieren** (*Heft 16*), so ein **#Jubiläum** (*Heft 17*) feiert sich nicht alleine. Schickt uns Eure Idee passend zu einem vergangenen Heftthema und reist mit uns durch 20 Jahre *Hinterland*. Ran an die **#Arbeit** (*Heft 9*)!

Gute **#Unterhaltung** (*Heft 21*) beim Schreiben wünscht
 Eure *Hinterland*-Redaktion



Ideenabgabe: 21. Januar 2026
 Redaktionsschluss: 8. März 2026
 Schreibt uns Eure Ideen an
redaktion@hinterland-magazin.de

„Asalam Alaykum
Herzlich Willkommen
Vergiss deine Herkunft
Vertick wie sie Bomben
Lern endlich die Sprache
Werd endlich ein Sklave
Vergiss deine Werte
Mach Geld oder sterbe“

EBOW – Asyl (Rapperin aus München)

Liebe Leser*innen,

ein Mythos besagt, dass sich alle sieben Jahre fast alle Zellen in unserem Körper erneuern – Wahnsinn! Wiederum ganze zehn Jahre ist es nun her, dass Hunderttausende Menschen aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Somalia und Eritrea gezwungen waren, ihre Heimatländer zu verlassen und nach Europa zu fliehen. Während wir dank Zellerneuerung quasi neue Körper haben, schlagen die solidarischen Herzen nicht mehr so stark wie damals, als Angela Merkel noch „Wir schaffen das!“ postulierte.

Ich war zu jener Zeit gerade mit meinem Studium fertig geworden und mein erster richtiger Job führte mich schließlich 2016 in den öffentlichen Dienst – noch immer auf dem Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingswelle. In der Stellenanzeige stand bei den Aufgaben nur etwas von Integration. Ich dachte mir naiv: „Wenn ich mich als Teil der dritten Generation türkischer Arbeitsmigrant*innen in Deutschland selbst erfolgreich integriert habe (was auch immer das heißt), kann ich bestimmt auch andere integrieren, und zwar in den Arbeitsmarkt versteht sich – willst du gelten, mach dich ... nützlich?! Wir als Team Asyl haben unter uns immer nur vom Feuerlöschen gesprochen – wir waren voller Tatendrang und wollten den Menschen so gut wie möglich helfen und

gingen auch mal unorthodoxe Wege, über die ich jetzt nicht offen sprechen kann, falls ich doch mal wieder in die wohlig warmen Arme des Öffentlichen Dienstes zurück wollen sollte. In diesem Umfeld bewegt sich auch unser Autor Florian Fritz. Als langjähriger Mitarbeiter im Amt für Wohnen und Migration der Stadt München beschreibt er, wie die damalige Stadtverwaltung sich hinsichtlich der Unterbringung der Geflüchteten zu kreativen Höchstleistungen motiviert sah und wie dieses Unterfangen endete. Der unverhoffte rote Faden der Behörden-Adventures zieht sich weiter. Denn abenteuerlich war auch der Arbeitsalltag von Aida Bakhtiari. Als Dolmetscherin wurde von ihr in den emotionalsten Ausnahmesituationen Neutralität und Sachlichkeit erwartet – eine unmögliche Aufgabe, wenn es doch um keine Sachen, sondern um das Schicksal von Menschen, von Familien, geht. Über ihre Erfahrungen tauscht sich Aida Bakhtiari zudem im Interview mit Mitstreiterinnen des Gemeindedolmetscherservices aus und sie erklären, warum ihre Arbeit auch heute noch enorm wichtig ist. Die kahlen, staubigen und weißen Büroräume verlassen wir mit Julia Leithäuser und begeben uns aufs Meer. Als Teil der SOS MEDITERRANEE berichtet sie über die von der EU herbeigeführte Rettungslücke im zentralen Mittelmeer und wie die zivile Seenotrettung versucht gegen alle Widerstände diese Lücke zu schließen.

Bleibt nur zu hoffen, dass wir eine aufrichtige Kultur der Solidarität etablieren können, in der wir unsere Herzen und Arme wieder öffnen lernen und dass das keine sieben Jahre dauert!

Eure Gülcan

von der zellerneuten Hinterland-Redaktion



6	zitiert & kommentiert Von Hubert Heinhold	44	Schaffen und Abschaffen <i>Die europäische Migrationspolitik</i> – ein Schritt vor, zwei zurück Von Stephan Dünwald	63	Ich habe es satt <i>Laut werden gegen</i> <i>die Ohnmächtigkeit</i> Von Mohammad Yaqoubi	81	Wie wir uns Rassismus beibringen <i>Was wir längst wissen könnten</i> <i>auf den Punkt gebracht</i> Von Gilda Sahebi
7	Angekommen <i>Impressionen vom Sommer</i> <i>der Migration am Münchner</i> <i>Hauptbahnhof</i> Fotostrecke von Michael Trammer	52	Not by choice, but by hope <i>Lyrisch klargestellt</i> Von Deko Abdi	65	Die Kunst des Verschwindens <i>Zerrissen zwischen helfen wollen</i> <i>und schweigen müssen</i> Von Aida Bakhtiari	84	Stolz, I.S. zu sein <i>Ein Spiel mit Selbstverständnis</i> <i>und Vorurteil</i> Von Ahmad Alghorani
15	Die Krise vor dem Sommer <i>Eine Analyse über</i> <i>heraufbeschworene Krisen</i> <i>und ihre Auswirkungen</i> Von Bernd Kasperek & Marc Speer	54	10 Jahre zivile Seenotrettung Solidarität im umkämpften humanitären Raum <i>Eskalation im Mittelmeer</i> – wenn Retter*innen gerettet werden müssen Von Julia Leitbauer	69	„Ich bin das Sprachrohr“ <i>Von der Notwendigkeit, kultursen-</i> <i>sibel zu dolmetschen</i> Interview mit Dolmetscher*innen des Bellevue Dolmetscherservice		
19	„2015 war keine Krise“ <i>Wir müssen die Grenzen</i> <i>offen halten</i> Interview mit Arif Haidary	59	„Trotz Handicap und Kriegserlebnissen ist ein gutes Leben möglich“ <i>Empowerment und Unterstützung</i> – eine kleine Erfolgsgeschichte Protokoll von Marwa Almbaed	75	Wenn Paragraphen keine Sprache sprechen <i>„Du bist nicht dumm, nur ausge-</i> <i>schlossen“ – Beamtendeutsch als</i> <i>Fremdsprache</i> Von Vlada Fetisova & Mehtab Tuzlali		
24	Vom Hauptbahnhof zum Stelzenhaus <i>Von dem Willen, alle unter einen</i> <i>Hut zu bringen</i> Von Florian Fritz						
37	Der kurze Sommer der Bewegungsfreiheit. Ein Update <i>Was ist geblieben von Solidarität</i> <i>und „Refugees Welcome“?</i> Von Christian Jakob						



Wann wird es endlich wieder Sommer?

Von Hubert Heinhold

„Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen.“

Bundeskanzler Merz am 14.10.2025 in Brandenburg

„Wann wird es endlich wieder Sommer?“

Lied von Rudi Carell nach Steve Goodman

... fragt man sich angesichts von Abschiebewünschen und den geplanten Verschärfungen des Asylrechts durch die Bundesregierung. Die europarechtswidrig eingeführten Grenzkontrollen, die Zurückweisung aller Asylbewerber*innen an den Binnengrenzen, die Begrenzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte und die Verschärfungen des Asylbewerberleistungsrechts sind nur Vorzeichen des drohenden Winters. Geplant sind Außenlager – nicht nur in Albanien, sondern in Afrika, in denen die Geflüchteten den Ausgang ihrer in Europa geführten Asylverfahren abwarten sollen. Erwünscht ist eine Begrenzung der Flucht durch Grenzanlagen wie in Ungarn und intensivierte Patrouillen auf den Meeren. Ersehnt ist eine bedarfsorientierte Zuwanderung. Die Obergrenze will nichts anderes als eine Selektion im Interesse der Wirtschaft.

Die Willkommenskultur war ein Traum von der Weltbürgerschaft, ein Sturm der Euphorie, ein Rausch des sich auf die Schulterklopfens. Das begeisterte viele kurzfristig, veränderte nichts grundlegend und schuf

eine Gegenbewegung, die, gestützt von weltweiten Tendenzen, unser Asylrecht und unsere Gesellschaftsordnung zu verändern droht. Pegida und AfD sind dabei erschreckend stark geworden.

Dass diese Situation „endlich“ bleibt und sich nicht verfestigt, liegt auch an uns. Resignation und Frust ändern nichts; Widerspruch, Streit und Engagement im Alltag sind nötig. Wir müssen laut sein, wir müssen uns rühren. Die offene Gesellschaft, die wir leben, ist längst Mainstream und keine Subkultur mehr. Die vielen, die vor 10 Jahren „Willkommen“ riefen, sind auch jetzt potentielle Verbündete. Wir müssen sie nur aufrütteln. Denn es geht nicht mehr nur um Migration, sondern um die Gestaltung unseres Lebens, die Umwandlung unserer Gesellschaftsordnung. Ein Blick in die USA zeigt das.

Das Wissen, dass dem Herbst später wieder ein Frühling und ein Sommer folgt, wird uns helfen, den Winter nicht nur zu überstehen, sondern ihm auch das Gute abzugewinnen. Ski- und Schlittenfahren geht immer noch irgendwo und auch ein Winterspaziergang bringt Freude. Vielleicht müssen wir ihn zum Ausruhen und Nachdenken nutzen, zur Entwicklung neuer Ideen und Aktivitäten und grenzenloser Bündnisse? Zum Krafttanken.

Wie das Stadtbild im Sommer aussieht, hängt auch von uns ab.<

Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und war viele Jahre
im Vorstand von
Pro Asyl





Angekommen.

Impressionen vom Sommer der Migration am Münchner Hauptbahnhof

Fotostrecke von Michael Trammer

et hier.



ie



ABGENICKT VON
TECH-NICK

SATURN 3x in München, 1x in Freising

SATURN
MÜNCHEN



Acces



Acces

DB BAHN
In unter 4 Stunden mit der Bahn
nach Wien.

29

Herzlich willkommen im
BAHNLAN
BAYERN
Zeitung

Der Freistaat macht's möglich

Willkommen

RN











Die Krise vor dem Sommer

Wie es zum Sommer der Migration kam, und was danach folgte

„Wir stehen vor dem Scherbenhaufen einer seit zehn Jahren fehlgeleiteten Asyl- und Einwanderungspolitik“, ließ der damalige Kanzlerkandidat der Union, Friedrich Merz, nach dem Messerangriff in Aschaffenburg Ende Januar 2025 verlauten. Markus Söder, bayerischer Ministerpräsident, lobte die migrationspolitischen Vereinbarungen des Koalitionsvertrags: „Das ist tatsächlich die Migrationswende. Es ist das Zurück vor 2015, was Recht und Ordnung betrifft, ganz eindeutig“, erklärte er Anfang April 2025 in der ARD. Von Bernd Kasperek und Marc Speer

Doch war die Welt vor 2015 tatsächlich noch in Ordnung? Als wir den Begriff des „langen Sommers der Migration“ im September 2015 anlässlich des *March of Hope* von Budapest nach Österreich prägten, wollten wir das Epochale markieren: Im Sommer 2015 hatten schon eine Vielzahl von Schutzsuchenden, vor allem aus Syrien, Zugang zu Europa gefunden. Wir begriffen den „Sommer der Migration“ als möglichen Schlusspunkt einer schon lange währenden Krise des Schengener Systems, das untrennbar mit einer gemeinsamen europäischen Migrations- und Grenzpolitik verknüpft ist – und die sich schon seit dem Jahr 2009 zu entfalten begann. Die Krise resultierte aus dem Zusammenspiel verschiedener Entwicklungen, die zur fortschreitenden Dysfunktionalität des europäischen Grenz- und Migrationsregimes beitrugen.

An erster Stelle ist dabei die zunehmende Verrechtlichung der Grenzschutzpraktiken zu nennen. Europäische Gerichte wie der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte* (EGMR) oder der *Europäische Gerichtshof* (EuGH) gingen dazu über, restriktive Grenzpolitiken der Nationalstaaten grundrechtlich einzuhegen. Die gegenwärtige rechte Justizkritik ist als Reaktion auf diese Verrechtlichung zu deuten. Denn sie schränkte den Spielraum der Mitgliedstaaten erheblich ein. Ein Beispiel: Das Hirsi-Urteil des EGMR aus dem Jahr 2012 verpflichtete Italien auch Schutzsuchenden in internationalen Gewässern, insofern sie mit italienischen Behörden in Kontakt gerieten, den Zugang zum Asylsystem zu ermöglichen. Die

jahrelange Pushback-Praxis der italienischen Küstenwache im zentralen Mittelmeer musste damit beendet werden.

Ein zweites Moment der Krise Schengens wurde durch das Dublin-System ausgelöst. Auch wenn die Präambel der Verordnung die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten beschwört, so erwies sich jedoch schon in den 2000er Jahren, dass die Kriterien zur Bestimmung des für ein Asylverfahren zuständigen Mitgliedstaats ein starkes Ungleichgewicht in der EU bewirkten: Vor allem Griechenland, Italien, Zypern und Malta waren wegen Dublin – zumindest formell – für überproportional viele Asylverfahren zuständig. Die Mitgliedstaaten an den Grenzen der EU begannen daher, die Regeln des Dublin-Systems – beispielsweise durch eine laxen Registrierungspraxis der Ankommenden – zu unterlaufen. Dies erleichterte vielen Schutzsuchenden die eigentlich nicht vorgesehene Sekundärmigration in die nördlichen Mitgliedstaaten. Auch hier erwiesen sich europäische Gerichtsurteile als entscheidend: Das MSS-Urteil des EGMR im Jahr 2011 und wenig später auch das N.S.-Urteil des EuGH unterbanden die Rücküberstellung von Schutzsuchenden nach Griechenland, da das dortige Asyl- und Aufnahmesystem nicht ausreichend Schutz, Unterbringung und Versorgung mit dem Lebensnotwendigen bot.

Eine dritte Ursache für die Krise Schengens liegt in der gefährlicheren Welt nach 2008. Die Welt war seit 2008 unruhiger, kriegerischer und gewaltvoller geworden. Dies hatte sich direkt auf die globalen Bewegungen

der Fluchtmigration ausgewirkt und erfasste auch Europa. Mit den Aufständen des Arabischen Frühlings ab dem Jahr 2009 zerbrach auch die sicherheits- und migrationspolitische Kooperation der EU mit den Staaten Nordafrikas. Die lange verfolgte Vorverlagerung von Migrationskontrolle in den afrikanischen Kontinent hinein wurde instabil.

Auf der Ebene der europäischen Politik geschah jedoch nach 2009 lange Zeit nichts. Anfang der 2010er Jahre kam es zwar zu einer Reform des *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (GEAS), die jedoch eher eine Feinjustierung des in den 2000er Jahren geschaffenen Systems darstellte. Vor allem an dem Prinzip, dass insbesondere die südlichen Außengrenzstaaten für in der EU gestellte Asylanträge zuständig sein sollten, hielten die davon nicht betroffenen Mitgliedstaaten erbittert fest. Mit der Inbetriebnahme

Sommer der Migration

Parallel dazu tauchten ab Ende des Jahres 2014 in Ungarn plötzlich zehntausende Migrierende aus dem Kosovo auf, die zuvor die ‚Grüne Grenze‘ aus Serbien überschritten hatten. Auslöser dafür war, dass Serbien kurz zuvor die Einreise von Kosovar*innen erheblich vereinfacht hatte. Eigentlich wurden in Ungarn zum damaligen Zeitpunkt Asylsuchende aus dem Kosovo restriktiv inhaftiert, aber die große Zahl von Asylsuchenden aus dem Kosovo machte eine längerfristige Inhaftierung aufgrund von Kapazitätsengpässen schlichtweg unmöglich. Und so wurden sie nach kürzester Zeit aus der Haft entlassen und reisten – der Schengenraum machte es möglich – innerhalb kürzester Zeit informell nach Deutschland weiter. Dort waren sie wenig überraschend wenig willkommen, allerdings waren die deutschen Behörden mit dem Problem konfrontiert, dass sie eigentlich im Rahmen der Dublin-Verordnung nach Ungarn hätten abgeschoben werden müssen. Da vollkommen klar war, dass die Abschiebung zehntausender Kosovar*innen aus Deutschland nach Ungarn vollkommen illusorisch ist, griff die deutsche Regierung zu einem Trick: Sie erklärte kurzerhand den Selbsteintritt gemäß der Dublin-Verordnung, lehnte die Asylbegehren schnell ab und schob die Betroffenen direkt in den Kosovo ab, beziehungsweise drohte dies an. Und diese Strategie hatte durchaus Erfolg – nur wenig später sanken die Asylgesuche kosovarischer Asylsuchender drastisch.

Allerdings kamen ab Anfang 2015 zunehmend Asylsuchende aus Afghanistan und Syrien – über dieselbe ‚Grüne Grenze‘ – nach Ungarn und reisten informell schnell in andere europäische Staaten weiter. Das von der deutschen Regierung zuvor vehement vorgebrachte Argument, dass es sich bei den kosovarischen Geflüchteten nicht um „richtige Flüchtlinge“ handeln würde, war plötzlich obsolet – tobte doch sowohl in Syrien, als auch in Afghanistan zum damaligen Zeitpunkt unbestreitbar ein heftiger Bürgerkrieg. Nach Serbien kamen fast alle syrischen und afghanischen Geflüchteten über Griechenland und Mazedonien. Die meisten waren zu Fuß entlang der Bahngleise unterwegs, wobei es im April 2015 zu einem tragischen Unglück kam, bei dem 14 Menschen ihr Leben verloren.

Auch die Geflüchteten aus Afghanistan und Syrien wurden in Ungarn nur für sehr kurze Zeit inhaftiert und konnten anschließend die Weiterreise antreten. Offiziell wurde ihnen eine Art Duldung ausgestellt, die sie zur Weiterreise in eine der ungarischen

Die meisten waren zu Fuß entlang der Bahngleise unterwegs

des Europäischen Grenzüberwachungssystems *EURO-SUR* im Jahr 2013 zeigte sich, dass in der EU vielmehr technologische ‚Lösungen‘ favorisiert wurden, als eine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden. Doch diese konnten die langsam fortschreitende Krise Schengens vor dem Hintergrund eines sprunghaften Anstiegs der europaweiten Asylantragszahlen ab 2013 nicht aufhalten. Dieser führte vermehrt zu einem politischen Streit über die Zukunft der europäischen Migrations- und Grenzpolitik. Zwar wollte sich die Europäische Union im Frühjahr 2014 auf einem Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der migrationspolitischen Krise widmen und ein neues Vorgehen vereinbaren. Die zeitgleiche Annexion der Krim durch Russland wirbelte diesen Plan jedoch durcheinander. Auch die immer noch währende Euro-Krise – auch diese betraf in erster Linie südliche Staaten Europas – verbrauchte viel politische Aufmerksamkeit in der EU. So ging das Jahr 2014 zu Ende, ohne dass es innerhalb der EU einen tragfähigen Plan gab, um die Krise Schengens zu adressieren.

Die Route wandelte sich schnell zu einem formalisierten Korridor des Transit

Aufnahmeeinrichtungen berechnete. Dies machte jedoch so gut wie niemand. Fast alle reisten umgehend nach Österreich beziehungsweise Deutschland weiter. Da es in den internationalen Zügen jedoch intensive Kontrollen gab, waren die Geflüchteten auf die Hilfe von Schleuser*innen angewiesen: Nahe des Budapester Bahnhofs Keleti etablierte sich ab Anfang 2015 ein kaum zu übersehender Markt für die informelle Weiterreise. Der Preis für einen Platz im Auto lag bei etwa 200 Euro.

Dieses staatlich weitestgehend tolerierte Modell der Weiterreise kam jedoch am 27. August 2015 zu einem abrupten Ende, als in Österreich in einem LKW 71 Leichen, darunter vier Kinder, gefunden wurden. Die österreichische Polizei führte umgehend intensive Kontrollen auf den Autobahnen ein und das Geschäft der Schleuser kam von einem Tag auf den anderen zum Erliegen. Erst dies führte dazu, dass vor dem Budapester Bahnhof plötzlich nicht mehr nur wenige Hundert, sondern auf einmal Tausende Geflüchtete festgingen.

Dort verbreitete sich eine zunehmend aufgeladene Stimmung, die auch dadurch befeuert worden war, dass das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) am 21. August 2015 erklärt hatte, Geflüchtete aus Syrien vom Dublin-Verfahren auszunehmen. Dies sprach sich unter diesen schnell herum und wurde als Einladung interpretiert, der aber aufgrund der Blockade am Budapester Bahnhof nicht nachgekommen werden konnte. Verstärkt wurde der Frust weiterhin dadurch, dass am 31. August 2015 einige Züge den Bahnhof ungehindert in Richtung Deutschland verlassen konnten, der Bahnhof jedoch nur einen Tag später wieder komplett gesperrt wurde.

Das Fass zum Überlaufen brachte dann eine Finte der ungarischen Regierung: Am 3. September 2015 wurde der Budapester Bahnhof Keleti plötzlich wieder für Geflüchtete geöffnet, allerdings war der internationale Zugverkehr ausgesetzt worden. Daraufhin entschieden sich mehrere hundert Geflüchtete dazu, einen Inlandszug an die österreichische Grenze zu besteigen. Kurz hinter Budapest wurde der Zug jedoch gestoppt und die ungarische Polizei versuchte, die Insassen mit Bussen in ein nahe gelegenes Flüchtlingslager zu bringen. Dies verweigerten die Geflüchteten jedoch kollektiv. Über 30 Stunden stand der Zug am Bahnsteig umringt von Polizei.

Die Nachricht von dem gestoppten Zug verbreitete sich wie ein Lauffeuer am Bahnhof in Budapest und so startete am Mittag des 4. September der *March of Hope*. Tausende von Schutzsuchenden machten sich auf den über 200 km langen Fußmarsch nach Österreich. Auf der Autobahn. Noch in der Nacht – der Marsch hatte die österreichische Grenze noch lange nicht erreicht – vereinbarten Deutschland und Österreich die Aufnahme der Schutzsuchenden und organisierten deren Weiterreise in Bussen und Zügen, was zu den bekannten Willkommens-Szenen in den Bahnhöfen führte.

Der *March of Hope* vervollständigte damit den letzten Teil einer Route, die an der westtürkischen Küste begann, über das enge Meer auf die griechischen Inseln und weiter aufs Festland führte, und sich von dort gen Norden über die Staaten des Balkans bis nach Deutschland und weiter nach Skandinavien zog. In den Monaten nach dem *March of Hope* wurde diese Route von vielen hunderttausend Schutzsuchenden genutzt, um EU-Staaten zu erreichen, in denen ein Asylsystem nicht lediglich auf dem Papier existierte.

Alle Staaten, über die diese Route führte, waren bemüht, die Weiterreise der Geflüchteten zu beschleunigen. So wandelte sich die Route schnell zu einem formalisierten Korridor des Transit, über den mit einer bis dato ungesesehenen Effizienz Schutzsuchende weitertransportiert wurden. Gleichzeitig entfaltete diese Effizienz eine derartige Sog-Wirkung, dass es den Staaten schwerfiel, den Korridor wieder zu schließen. Erst zwischenstaatliche Absprachen, die ab Ende 2015 einsetzen, verengten den Korridor zunächst und führten schlussendlich zu seiner vollständigen Schließung Anfang März 2016. Der im März 2016 verabschiedete EU-Türkei-Deal verschloss dann auch den Einstieg in die Route. Seitdem sind die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten bemüht, eine Wiederholung derartiger Ereignisse zu unterbinden und die Asyl-, Grenz- und Migrationspolitiken in Europa zu verschärfen.



Marc Speer war 2015 am Budapestener Bahnhof Keleti und hat die Geschichte des Sommers der Migration in einer Vielzahl von Berichten für **bordermonitoring.eu** aufgearbeitet. Aktuell arbeitet er zur Geschichte und Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.

Bernd Kasperek forscht seit 20 Jahren zum europäischen Grenzregime. 2021 erschien seine Ethnographie der europäischen Grenzschutzagentur Frontex „Europa als Grenze“ im transcript-Verlag (open access).

Illiberales Europa

Zunächst möchten wir festhalten, dass die Rede von einer langanhaltenden migrationspolitischen Überforderung falsch ist: Die soziale und Arbeitsmarktintegration derjenigen, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, hat erstaunlich gut funktioniert. Dies gilt auch für die ab 2022 aus der Ukraine geflohenen Menschen. Dies haben verschiedene Studien eindrucksvoll belegt. Engpässe in der kommunalen sozialen Infrastruktur haben ihre Ursache eher in der sich schon seit Jahrzehnten entwickelnden Mangelfinanzierung der Kommunen.

Dennoch ist offensichtlich, dass Europa in einer migrationspolitischen Krise steckt, die das Potential hat, sich zu einer Krise der liberalen Demokratie in Europa auszuweiten. Der Grund für diese Krise ist aber nicht in der Migration zu suchen. Vielmehr nutzt eine stetig wachsende europäische Rechte diese lediglich, strategisch durchaus geschickt, als Mobilisierungspotential zur Durchsetzung ihrer Vision eines illiberalen Europas, in dem der Rechtsstaat, sowie Menschen- und Minderheitenrechte hinter vermeintlich nationalen Interessen zurückzustehen haben. Das Feindbild Migration ist dabei bei Bedarf leicht austauschbar und lässt sich problemlos durch andere Feindbilder ersetzen.

Dennoch wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Europäische Union in der Lage gewesen wäre, sich auf eine gemeinsame Migrationspolitik zu einigen, die den Gedanken der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die Interessen der Geflüchteten als Ausgangspunkt hat. Das dies durchaus im Bereich des Möglichen liegt, hat die weitgehend reibungslose Aufnahme von über vier Millionen Geflüchteten aus der Ukraine seit 2022 eindrucksvoll belegt. Leider weist die jüngst verabschiedete Reform des GEAS in eine andere Richtung: Die Reform adressiert die strukturellen Schwächen der europäisierten Migrationspolitik kaum. Das Dublin-Prinzip – auch wenn die Verordnung nun einen neuen Namen trägt – ist weiterhin in Kraft, die geographische Unwucht des europäischen Asylsystems wird also fortbestehen.

Zudem wird es ab Sommer des kommenden Jahres zu einer massiven Ausweitung der Inhaftierung von Schutzsuchenden an den Außengrenzen kommen. Unerwünschte Sekundärmigration innerhalb der EU wird erheblich stärker sanktioniert werden. Ob der vereinbarte Solidaritätsmechanismus dies auch nur ansatzweise ausgleichen kann, ist vor dem Hintergrund seiner höchst komplexen Umsetzungsregeln mehr als fraglich. Wichtig ist uns dennoch die Feststellung, dass die Reform des GEAS keineswegs mit der Abschaffung des Asylrechts gleichzusetzen ist. In Frage gestellt wird dieses vielmehr durch nationale Alleingänge, wie die Zurückweisungen an den deutschen Grenzen oder die vorübergehende Aussetzung des Asylrechts in Griechenland oder Polen. Diese Praktiken sind, das muss betont werden, sowohl mit dem aktuellen GEAS, als auch mit dem kommenden GEAS schlichtweg unvereinbar.

Gegenwärtig ist noch nicht abzusehen, welche Wirkung die Reform des GEAS tatsächlich entfalten wird. Denn es steht im Kern – unabhängig von seiner repressiven Ausgestaltung – für den Anspruch einer gemeinsamen, verbindlichen und koordinierten Migrationspolitik in Europa. Dieser Anspruch ist nicht mehr unumstritten, er wird von Rechts bis Rechts-Außen vermehrt in Frage gestellt. Für die liberale Demokratie in Europa ist dies gefährlich: Rechtsstaatsprinzip, Vorrang von Europa-Recht vor nationalem Recht und auch grundrechtliche Garantien für Drittstaatsangehörige stehen zur Disposition.

Innerhalb diesem Spannungsfeld eine antirassistische Position der konsequenten Solidarität mit Geflüchteten und Migrant*innen zu entwickeln, ist schwierig. Denn eine solche Position muss gleichzeitig eine Kritik der Praktiken, Institutionen und Verfahrensweisen des GEAS beinhalten, aber auch den Horizont eines europäischen Asylsystems, welches die Lehren aus der Geschichte des Kontinents ernst nimmt und in ein rechtstaatliches, koordiniertes und solidarisches System für das 21. Jahrhundert überführt, verteidigen.<



„2015 war keine Krise ...“





Arif Abdullah Haidary kam 2015 als Flüchtling aus Afghanistan nach Deutschland. Seitdem setzt er sich für die Rechte von Geflüchteten ein. Er ist Vize-Vorsitzender des *Münchner Migrationsbeirats*, arbeitet beim *Bayerischen Flüchtlingsrat* und ist inzwischen deutscher Staatsbürger. Im Interview mit Tobias Brück spricht er über seine Erfahrungen im „Sommer der Migration“, die schwindende Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland und seinen Kampf gegen Asylrechtsverschärfungen und Rassismus.

Herr Haidary, welche persönliche Bilanz ziehen Sie zehn Jahre nach dem „Sommer der Migration“?

Als ich 2015 nach Deutschland kam, hieß es: ‚Wir schaffen das‘. Ich habe eine Offenheit von der Zivilgesellschaft gespürt. Besonders in den letzten Jahren hat sich der Ton in der Politik gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchteten komplett geändert. Das war ein schleicher Prozess hin zu einer schärferen Wortwahl. Mittlerweile hört man auch von demokratischen Parteien, dass sie Geflüchtete als il-

wird, dass rechte Parteien und Menschen sich bestätigt fühlen und den Diskurs immer weiter verschieben. Das ist nicht akzeptabel. Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit werden rechte Parteien stärker und ein Großteil der Politik fordert mehr Grenzen, mehr Abschottung. Das ist nicht der richtige Weg. Wir müssen die Grenzen offenhalten, wir müssen Menschen, die Schutz suchen, offen annehmen. Deutschland ist beteiligt an dem Leid der Menschen. Wir holen Ressourcen, Bodenschätze aus anderen Ländern, um uns hier klimaneutral

zu machen, zerstören deren Existenz und Umwelt. Und, wenn die Menschen sich auf den Weg machen, dann sagen wir, sie

sollen nicht kommen und machen die Grenzen dicht. Deutschland exportiert nach wie vor Waffen und wenn die Menschen sich wegen eines Kriegs nach Europa

aufmachen, sagen wir: Wir wollen diese Menschen nicht. Das ist eine rassistische Politik. Das kommt von der AfD, aber leider machen die demokratischen Parteien mit.

Die Zeit um 2015 wurde auch als „Sommer der Solidarität“ beschrieben, viele sprachen von einer Willkommenskultur. Wie nahmen Sie das wahr?

Ich habe sehr viele nette Menschen und Ehrenamtliche kennengelernt. Viele Menschen haben versucht, Geflüchtete zu unterstützen. Immer wieder verhinderte die Politik, dass diese Menschen in Kontakt mit Geflüchteten kommen. Als ich 2015 nach Deutschland gekommen bin, war ich hier im Herzen von München in der zentralen Aufnahmeunterkunft in der Nähe vom Münchner Hauptbahnhof mit 1500 Menschen untergebracht. Die war in einem sehr schlechten Zustand – 1500 Menschen lebten in einer alten Industriehalle. Am Anfang besuchten uns viele Ehrenamtliche und versuchten, uns die Kultur hier zu zeigen, mit uns rauszugehen,

„Wir müssen die Grenzen offenhalten“

legale Einwanderer bezeichnen. Man sagt nicht mehr Schutzsuchende oder Geflüchtete, sondern illegale Einwanderer. Das führt dazu, dass der Hass mehr

Projekte zu machen. Am Anfang konnten sie einfach die Unterkunft betreten. Dann sagten die Sicherheitsleute dort, die Menschen sollen sich zwei Wochen vorher anmelden. Und den ehrenamtlichen Menschen wurde keine Erlaubnis mehr erteilt. Mit dem Hintergedanken der Politik, dass Geflüchtete mit Einheimischen in Kontakt kommen, die Kultur kennenlernen, sich integrieren und es so schwieriger sein würde, sie abzuschieben oder sie zu entrechten. Das hat dazu geführt, dass viele ehrenamtliche Menschen sich verarscht gefühlt haben, sich zurückzogen, sich nicht mehr leisten konnten, wochenlang zu warten, um mit Geflüchteten eine Aktion zu starten. Natürlich sind nach wie vor immer noch Menschen ehrenamtlich aktiv und unterstützen Geflüchtete. Diese Menschen erleben aber momentan Hass. Wenn du heute davon sprichst, Geflüchtete zu unterstützen, ist das ein bisschen ungewöhnlich. Dadurch, dass die rechte Politik krass zugenommen hat, können die Menschen oft nicht offen darüber sprechen.

Wie steht es aktuell um die Solidarität mit Geflüchteten in Deutschland?

Von 2015 bis jetzt war ich auf der Straße, bin bei sehr vielen Demos mitgelaufen, habe vieles mitorganisiert. Ich war fast bei jeder Demo in München in irgendeiner Art und Weise beteiligt und habe in den letzten Jahren gesehen, dass immer weniger Menschen auf die Straße gehen. Vor vier, fünf Jahren, wenn es eine Asylrechtsverschärfung gab, haben sofort Menschen protestiert. Mittlerweile werden fast jeden Tag neue Verschärfungen von der Bundesregierung angekündigt und man sieht sehr wenig Protest, spürt sehr wenig Solidarität.

Oft wurde das Jahr 2015 fälschlicherweise mit Grenzöffnungen assoziiert. Die Grenzen waren aber schon offen und die Menschen machten sich einfach auf den Weg. Inwiefern waren neben Not und Verzweiflung auch Ermächtigung und Ungehorsam in der damaligen Fluchtbewegung präsent?

Menschen fliehen aus Not, wegen Folter und Krieg. In der Politik wird häufig gesagt, dass die Menschen wegen der Sozialleistungen hierherkommen, oder um sich ihre Zähne richten zu lassen. Das ist falsch. Ich kam als unbegleiteter Minderjähriger mit meinen Brüdern, einer jünger, der andere älter als ich, nach Deutschland. Insgesamt waren wir sechs Personen aus Afghanistan und haben über 21.000 Dollar bezahlt – das ist eine krasse Summe Geld in Afghanistan. Man flieht nicht, weil man hier 300 Euro haben will oder um sich die Zähne grade machen zu lassen.

Hätte ich daran Interesse gehabt, hätte ich ein anderes Land gewählt. Menschen fliehen vor Krieg. Gerade auch 2015 aus Syrien. Dort starben jeden Tag Zivilisten. Genauso in Afghanistan, es gab keine Woche ohne Bombenanschlag. Wenn in meinem Heimatland kein Krieg gewesen wäre, dann hätte ich mich nicht auf den Weg gemacht. Die Politik und die Medien müssen aufhören, es so darzustellen, als ob Menschen wegen Sozialleistungen herkommen. Wir müssen aufhören zu erzählen, dass diese Menschen faul sind und nicht arbeiten. Eine Statistik zeigt: Rund zwei Drittel der Menschen, die 2015 gekommen sind, haben jetzt Arbeit, und das ist ein großer Erfolg. Wir müssen doch verdammt froh sein, dass diese

Menschen nach Deutschland kommen.

Seit 2015 gab es zahlreiche Asylrechtsverschärfungen. Abschtung und Abschiebungen dominieren die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik. Wie kam es dazu und wie bewerten Sie diese Entwicklung?

Das war und ist immer noch lächerlich. Es hieß, einige Städte in Afghanistan sind sicher, deswegen können wir dorthin abschieben. Bis vor ungefähr drei oder vier Jahren gab es fast jeden Monat einen Abschiebeflug nach Afghanistan. Zu dem Zeitpunkt, als gesagt wurde Afghanistan ist sicher,

„Ich sage: Deutschland hat nichts gelernt“

war die deutsche Bundeswehr aber noch vor Ort. Wenn Afghanistan sicher sein soll, was macht dann die deutsche Bundeswehr dort? Das ist absurd. Anstatt, dass Richter entscheiden, welche Person Asylrecht bekommt oder nicht, entscheiden Politiker*innen, welches Herkunftsland als sicher eingestuft wird, um mehr Menschen abzuschieben. Es macht keinen Sinn, dass man jetzt die Grenzen dicht macht, die Einwanderungszahlen sind sowieso gesunken. Die Grenzkontrollen kosten bislang mehr als 80 Millionen Euro. Diese Gelder könnten wir sehr gut in andere Bereiche investieren, in Deutschkurse für Geflüchtete oder die Integration in den Arbeitsmarkt. Deutschland kämpft um Fachkräfte. Von einer

schnellen Integration profitieren alle. Geflüchtete dagegen jahrelang in Unterkünfte zu sperren und keine Arbeitserlaubnis zu erteilen, bringt einfach nichts.

Die Jahre um 2015 bezeichnen Konservative und Rechte als sogenannte „Flüchtlingskrise“, die sich nicht wiederholen dürfe. Was entgegnen Sie denen?

2015 war keine Krise. Aber wenn sich ehrenamtliche Menschen nicht engagiert hätten, dann hätten wir wirklich eine Krise gehabt. Ungefähr eine Million Menschen sind nach Deutschland gekommen. Natürlich ist das viel, aber Deutschland hat über 80 Millionen Einwohner, verhält sich als mächtigstes Land in Europa und muss es schaffen, diese Menschen zu integrieren. Die Politik hat 40 Jahre lang geschlafen, ohne nachzudenken und ohne vorbereitet zu sein. Schon in den Jahren vor 2015 gab es diese Flüchtlingsbewegung, man konnte weltweit sehen, wie viele Menschen auf der Flucht sind. Da muss man früher wach werden und Strukturen schaffen und versuchen zu lernen, wie man Menschen unterbringt und mit ihnen umgeht. Das hat man nicht gemacht und macht es immer noch nicht. In den Diskussionen wird gesagt, Deutschland hat von 2015 gelernt, und als die Geflüchteten aus der Ukraine gekommen sind, hat es besser geklappt. Ich sage: Deutschland hat nichts gelernt. Nachdem der Ukrainekrieg ausgebrochen war, kamen viele Menschen. Das war großartig, was Deutschland geleistet hat und wie wir reagiert haben, aber nur für Geflüchtete aus der Ukraine. Wenn der politische Wille da ist, dann geht es auf einmal. Wir haben die Kapazitäten Menschen aufzunehmen und zu integrieren, aber nur wenn der politische Wille da ist und das ist

momentan nicht der Fall. Europaweit sehen wir Abschottung und Abgrenzung anstatt Solidarität, weil es für Politiker*innen einfacher ist, Grenzen dicht zu machen, anstatt sich mit Schwierigkeiten auseinanderzusetzen und Lösungen zu finden.

Hetze gegen Schutzsuchende ist in der deutschen Öffentlichkeit alltäglich, die Zahl der Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte steigen und rassistische Ressentiments grassieren in der Mitte der Gesellschaft. Wie konnte es so weit kommen?

Ich habe mich nicht gewundert. Wenn ein Asylbewerber jemanden tötet oder einen Terroranschlag macht, sind das Tragödien und darüber muss auf jeden Fall berichtet werden. Aber man muss sich das menschlich anschauen und nicht sofort das Heimatland des Menschen in den Vordergrund stellen. Als im Februar 2025 in München ein Attentat passierte, titelten fast alle Medien: 24-jähriger Afghane brachte Menschen um. Das führte dazu, dass ich rassistische E-Mails bekam. Wenn Horst Seehofer sagt, dass Migration die Mutter aller Probleme ist, dann ist das sehr gefährlich. Denn Menschen mit rechten Tendenzen fühlen sich dadurch bestätigt und das führt dazu, dass Geflüchteten-Unterkünfte angegriffen werden. Die Menschen, die das machen, denken, uns passiert sowieso nichts, denn Bundeskanzler und Innenminister sagen, dass die Geflüchteten illegal hier sind. Immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund, die teilweise das Land mit aufgebaut haben, über Jahrzehnte hier sind und genauso viel Steuern zahlen wie jeder andere, fühlen sich nicht mehr wohl hier in dieser Gesellschaft, weil rassistische Tendenzen zunehmen.

Wenn Menschen sich nicht willkommen fühlen, führt das leider auch dazu, dass sie sich radikalisieren.

Offen spricht die rechtsextreme AfD von Remigration, womit sie die massenhafte Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund meint. Wie schätzen Sie die derzeitige Bedrohung durch Rechtsextremismus ein?

Die Bedrohung geht nicht nur von der AfD, sondern auch von der Union aus. In den letzten Jahren, versucht die Union, besonders in Wahlkampfzeiten, Menschen rassistisch auszugrenzen und übernimmt die Narrative der AfD und will sie damit schwächen. Aber das wird diese Partei nicht schwächen, sondern sie werden noch härtere Forderungen stellen. Jetzt sagt die Union, die Grenzen müssen dicht gemacht werden, wir müssen nach Syrien und Afghanistan abschieben. Das ist genau die Wortwahl der AfD, diese ist jetzt mittlerweile in demokratischen Parteien angekommen. Das ist sehr gefährlich, nicht nur für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch für queere Menschen, und andere, die nicht den gesellschaftlichen Normen entsprechen. Wir müssen aus der Vergangenheit lernen: So ist der Faschismus an die Macht gekommen. Das müssen wir verhindern. Und ich sehe die starke Parallele, besonders in den letzten zwei, drei Jahren. Denn diese Haltung ist nicht nur für Migrant*innen problematisch, sondern für alle Menschen, die andere politische Meinungen haben. Es ist wichtig, dass wir uns zusammentun, sonst ist es irgendwann zu spät. In einigen Städten ist die AfD nah dran, den Oberbürgermeister zu stellen oder in einigen Bundesländer, die Regierung zu übernehmen.

Es gibt kaum sichere Wege nach Europa und es ist schwieriger denn je, in Deutschland Asyl zu beantragen. Was fordern Sie von der Bundesregierung und der EU, um eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik zu etablieren?

Waffenexporte stoppen und Menschlichkeit in den Vordergrund stellen! Nicht nur eurozentrisch oder national denken, sondern international. Menschen als Menschen wahrnehmen und die Grenzen offenhalten. Das Asylrecht ist nicht von heute oder von gestern, sondern aus dem Zweiten Weltkrieg, weil man daraus gelernt hat, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung in anderen Ländern Schutz suchten, den nicht bekamen. Jetzt versuchen rechte Parteien, das Asylrecht abzuschaffen. Das muss auf jeden Fall sofort aufhören. Die Politik muss sich an das geltende Recht halten. Wenn entschieden wird, dass die Handlungen von Innenminister Dobrindt rechtswidrig sind, juckt ihn das nicht und er treibt seine rassistische Politik weiter voran. Wir müssen Menschen eine Möglichkeit geben, nach Europa zu kommen, sich zu integrieren und hier ein Leben aufzubauen und sie als Menschen wahrzunehmen.<





CLOTHS
KLEIDUNG
↑
ملابس
لباس

Vom Hauptbahnhof zum Stelzenhaus

Ab Beginn des Jahres 2015 arbeitete die Münchner Stadtverwaltung unermüdlich und kreativ daran, den Tausenden täglich ankommenden Geflüchteten ein Dach über dem Kopf zu bieten. Statt einer reinen Unterbringung sollte möglichst schnell echtes Wohnen ermöglicht werden – mit durchwachsenem Erfolg. Von Florian Fritz

2015 – Ankunft und Unterbringung

Am 6. September 2015 kamen 14.000 Geflüchtete in München an – an einem einzigen Tag. Viele Münchner*innen nahmen sie am Hauptbahnhof in Empfang, spendeten Kleidung, Essen, alles, was am nötigsten war. Dieser Tag war, numerisch betrachtet, der Höhepunkt der sogenannten „Flüchtlingskrise“, die in Wahrheit nie eine „Krise“ war, sondern schlicht eine Wanderungsbewegung ungeheuren Ausmaßes, die in München, der südöstlichsten deutschen Großstadt, ihr vorläufiges Ziel fand. Nur – wo sollten diese Menschen, müde, verunsichert, aber jetzt auch erleichtert, schlafen, wo zur Ruhe kommen? Die Stadtverwaltung arbeitete da schon seit Anfang des Jahres rund um die Uhr, um den zahllosen Ankommenden ein Dach über dem Kopf bereitzustellen. Ich war damals Fachbereichsleitung im Amt für Wohnen und Migration. Der Bereich der „dezentralen Unterbringung von Geflüchteten“ mit der Akquise, Anmietung, Ertüchtigung und Verwaltung geeigneter Objekte fiel mit in meinen Zuständigkeitsbereich. „Objekt“ war zu dieser Zeit ein dehnbarer Begriff. Von leerstehenden Fabrikgebäuden über Zelte, Container und Leichtbauhallen bis zu den VIP-Räumlichkeiten des Olympiastadions wurde alles nutzbar gemacht, was irgendwie vorstellbar schien. Nie wieder war Bürokratie so kreativ, so fantasievoll, so pragmatisch und effizient wie in diesen Monaten. Referatsübergreifende Gremien koordinierten, kommunizierten, organisierten, aktivierten, realisierten und finalisierten um die Wette. Das Faszinierende war, dass dabei eine gute, ja beschwingte Grundstimmung herrschte, so, als hätten viele Menschen aus der Stadtverwaltung nur darauf gewartet, einmal zu zeigen, wozu sie imstande waren. Da der Zustand über Monate anhielt, war die Arbeitsbelastung enorm,

trotzdem ging der Schwung nicht verloren. Wenn ich mit Mitstreiter*innen über die damalige Zeit spreche, haben sie es ähnlich in Erinnerung. Wie Münchens Oberbürgermeister Reiter, der kürzlich in einem Interview vom Stolz auf das sprach, was Münchens Stadtgesellschaft damals geleistet habe: Genugtuung, Erfüllung, „war schon Wahnsinn, was wir damals geschafft haben“, „war die beste, die spannendste Zeit“, „damals konnte man echt mal was bewegen“. Alles, was man tat, erschien plötzlich sinnvoll.

Standorte finden – damals und heute

Monatlich fasste der Stadtrat sogenannte „Standortbeschlüsse“. Allein im Jahr 2015 wurden 77 Standorte festgelegt, darunter viele Grundstücke zum Aufbau von Containern, Leichtbauhallen und Objekten in Holzständerbauweise, aber auch bestehende Gebäude. Manche der Gebäude waren wegen der unzureichenden Standards (keine Küchen, also Catering, Großraumarchitektur mit Stellwandabgrenzung, keinerlei Intimsphäre, etc.) nur für ein oder zwei Jahre geplant und wurden später verlängert, weil keine Alternativen zur Verfügung standen. Andere standen nach der Ertüchtigung gar vorübergehend leer, zum Beispiel aufgrund juristischer Streitigkeiten oder weil Möbel nicht geliefert werden konnten. Bei wieder anderen wurde der Zweck geändert, beispielsweise von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (UMF) zu geflüchteten Frauen, von Geflüchteten zu Wohnungslosen. Einige gibt es bis heute, und es wird sie weiterhin geben. Auch im Jahr 2025 gab es Standortbeschlüsse, zwei an der Zahl, fünf Unterkünfte betreffend, da ging es um Verlängerungen bestehender Standorte. Derzeit gibt es in München 173 städtische Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose, acht davon sollen noch im laufenden Jahr schließen.





Fabrikgebäude als Lebensorte – Zeitgeschichte in Bildern

Ich war 2015/2016 bei vielen Objektbesichtigungen dabei und habe fotografisch dokumentiert, wie sie ertüchtigt wurden und wie die Unterbringung damals erfolgte. An der Hellabrunner Straße in München, auf dem ehemaligen **Osram-Gelände** im leerstehenden Verwaltungsgebäude der Firma gleichen Namens, befand sich von Dezember 2015 bis September 2017 die größte Münchner Übergangsunterkunft für Geflüchtete. Die Anzahl der dort lebenden Menschen wurde von zunächst 250 auf später 800 Personen erhöht. Betreut und betrieben wurde die Unterkunft von den *Johannitern*. Zwar gab es aufgrund der Größe des Geländes wenig Konflikte mit dem Umfeld, aber die prekäre Lebenssituation im Objekt brachte Bewohner*innen und Personal häufig an ihre Grenzen. Es gab einen großen Helfer*innenkreis, der die Geflüchteten unterstützte.







Auf dem ehemaligen Mahag-Gelände an der Karlstraße lebten von September 2015 bis Juni 2016 bis zu 800 Geflüchtete, die entweder zuvor am Hauptbahnhof angekommen waren oder aus der Erstaufnahmeeinrichtung kamen. Sie sollten dort nur kurze Zeit verbringen und dann weiterverlegt werden. Es gab weder Aufenthaltsbereiche noch Kochmöglichkeiten, nur riesige Räume, mit Stockbetten belegt. Der Sanitärbereich befand sich in Containern auf dem Hof. Im Laufe des Jahres wurden mehrere Gebäude mit kleineren Räumen ertüchtigt und belegt. Als die größte Zugangsdynamik vorüber war, wurde diese Massenunterkunft geschlossen.







In den weitläufig zwischen Bäumen und viel Grün verteilten Gebäuden der ehemaligen Bayernkaserne lebten bis Ende 2020 zeitweise über 2.000 Geflüchtete und Wohnungslose. Da das Gelände schon lange überplant worden war, war eine weitere Nutzung nicht möglich. Mittlerweile erinnert dort nichts mehr an die wechselvolle Unterkunftsgeschichte, heute steht dort der junge Stadtteil Neufreiham. Moderne Häuser, viel Grün, soziale Infrastruktur, eine andere Welt.





Der Containerbau Am Hollerbusch war ursprünglich für UMF gedacht. Als deren Zahlen zurückgingen und Platz für sonstige Geflüchtete benötigt wurde, sollte er als dezentrale Unterkunft dienen. Inmitten eines Wohngebietes gelegen, gab es von Anfang an Vorbehalte im Umfeld und die Belegung verzögerte sich. Ende 2017 schließlich wurde er als Wohnungslosenunterkunft für geflüchtete Frauen mit Aufenthaltserlaubnis in Betrieb genommen und existiert in dieser Nutzungsform bis heute.

Von Juni 2015 bis September 2016 lebten im ehemaligen, relativ maroden Gebäude der **Bereitschaftspolizei** in der Skagerrakstraße bis zu 140 geflüchtete Menschen. Von Beginn an gab es Unterstützung durch Nachbar*innen und einen Helfer*innenkreis. Die Geflüchteten wurden nach der Schließung in andere Unterkünfte verteilt.







Die im Jahr 2015 errichtete **Unterkunft** in der Nailastraße stand von Beginn an im Fokus von Nachbarschaft und Öffentlichkeit. Zunächst sollten dort erwachsene Geflüchtete, dann UMF untergebracht werden. Es gab immer wieder Proteste und Verzögerungen. Eine von der Stadt erbaute vier Meter hohe Steinmauer zur Abgrenzung gegenüber den Nachbarhäusern erlangte durch ein Drohnenvideo weltweit Aufmerksamkeit. Letztlich wurde die Unterkunft zum Jahresende 2017 mit geflüchteten Frauen mit besonderem Schutzbedarf belegt. Sie existiert bis heute und wurde erst kürzlich im Benehmen mit dem Umfeld verlängert, Konflikte mit der Nachbarschaft gibt es keine.



Wohnen statt unterbringen?

Es war schnell klar, dass diese Formen der Unterbringung die Geflüchteten und die Stadtgesellschaft enorm belasteten. Bereits im Jahr 2016 fasste Münchens Stadtrat daher den Beschluss, 3.000 Wohneinheiten für anerkannte Geflüchtete in Schnellbauweise („Wohnen für Alle“, WAL) zu schaffen, je hälftig durch die Münchner Wohnungsbaugesellschaften *Gewofag/GWG* (heute fusioniert zur *Münchner Wohnen*) und durch Investor*innen. Schneller in Wohnraum zu ziehen, fördere die Integration und sei kostengünstiger als Unterbringung, so die Argumentation. Auch hier waren zu Beginn Prozessoptimierung und schnelles Verwaltungshandeln die Schlagworte, und zehn Wohnanlagen entstanden innerhalb von nur zwei Jahren, unter anderem das bekannte Stelzenhaus am Dantebad, während mancher private Häuslebauer auf seine Genehmigungen warten musste. Der Begriff „Wohnen für Alle“ war anfangs durchaus positiv besetzt, zumal die Hälfte der Wohnungen mit allgemein Wohnungssuchenden belegt wurde, so dass nicht nur Geflüchtete profitierten. Die Häuser (mit 25 bis 160 Wohneinheiten) wurden mit einem pädagogischen Konzept ausgestattet und entwickelten sich zu Leuchtturmprojekten gelungener Integration. Als jedoch an einem Standort die Bürger*innenschaft zur Rettung der Unnützwiese mobilisierte und die Stadt, deren Planungen weit fortgeschritten waren, aus eigenem Verschulden eine juristische Niederlage erlitt, kühlte die Begeisterung beim OB und in der Folge bei seiner Verwaltung für das Sofortbauprogramm WAL merklich ab. Letztlich wurden nur knapp 700 Wohneinheiten realisiert, auf Investor*innenseite gar nur 144.

Wenn man heute, zehn Jahre später, die vielen tausend anerkannten Geflüchteten in Münchner Unterkünften sieht, deren Kinder dort ihre gesamte Kindheit und Jugend verbringen müssen, und die vermutlich zum Teil in zehn Jahren immer noch dort wohnen werden, lässt sich feststellen: Es war eine grobe politische Fehlentscheidung, das Programm nicht zu Ende zu bringen. Die Stadtverwaltung tätigte damals auf halber Strecke eine Vollbremsung, die weder nötig, noch sinnvoll, noch nachvollziehbar war. Insofern mischt sich in den Stolz und das insgesamt positive Fazit über das Erreichte auch eine gehörige Portion Bitterkeit.

Florian Fritz, 58, arbeitet seit 1991 beim Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration. Er begann als studentischer Pförtner in einer Turnhalle voller Bangladeschis und Nigerianer*innen, wurde später Heimleitung der ersten Münchner Geflüchteteneinrichtung mit abgeschlossenen Appartements und baute dann einen Fachbereich mit Wohnprojekten und Wohngemeinschaften für junge Geflüchtete auf. Beim Projekt „Wohnen für Alle“ erarbeitete er das pädagogische Konzept. Seit 2019 leitet er UnS, Unterstützung im Sozialraum, das Nachfolgeprojekt von WAL. Außerdem schreibt er schon seit Jahrzehnten über Geflüchtete und darüber hinaus Reisebücher.



Foto: Michael Trammer >





Der kurze Sommer der Bewegungsfreiheit

Ein Update

In der Winterausgabe der Hinterland des Jahres 2015 zog Christian Jakob erste Bilanz nach dem Sommer der Migration. Das Dublin-System war vermeintlich aufgebrochen, Deutschland galt plötzlich als Weltmeister der Herzen, und eine Vielzahl an Menschen hatten Geflüchtete tatsächlich herzlich willkommen geheißen. Doch bereits damals lagen Zweifel in der Luft über die vermeintliche Zeitenwende. Wir drucken den Artikel als Zeitzeugnis hier abermals ab und haben den Autor um Kommentierung aus heutiger Sicht gebeten. Von Christian Jakob

2015

Die größte Lüge dieser außergewöhnlichen Zeit war, dass die Grenze Ungarns in Richtung Österreich und Deutschland geöffnet wurde. Das Gegenteil war der Fall: Die, die die Grenzen für Flüchtlinge innerhalb Europas errichtet haben, versuchten mit aller Macht, sie geschlossen zu halten. Die dramatischen Szenen Anfang September am Budapester Bahnhof Keleti, der zum Symbol für die eskalierte Flüchtlingskrise wurde, mündeten nicht in eine Amnestie der Migrationskontrolle. Die Dublin-Grenze wurde aufgebrochen, nichts anderes. Es war die Stunde der Zurückweisung, der Demontage und Delegitimierung des europäischen Asylsystems. Als Merkel entschied, die Flüchtlinge aus Keleti nach Deutschland zu lassen, hat sie nur die Konsequenz aus einem politischen Notstand gezogen, den die Absurdität, die Ungerechtigkeit und die Menschenfeindlichkeit des Grenzregimes erst herbeigeführt haben.

Die Verneigung vor der Größe, die den Ereignissen von Keleti bei aller Verzweiflung innewohnt, gebührt denen, die es nicht akzeptiert haben, dass die Mächtigen in Kandahar und Asmara, in Damaskus, Rakka und Istanbul, in Berlin, Brüssel und London ihnen nichts weiter zugestehen mochten als Unterwerfung, Elend, Vergessenwerden oder Tod. Ihr Lebensmut und ihre Kraft haben die Diktatoren, Dschihadisten und Warlords ebenso herausgefordert wie die Migrationsabwehr Europas. Keleti wurde zu einem Ort der Insubordination, des Ungehorsams und der Selbstbehauptung, der stärker war als die Herrscher der mächtigen Staaten.

Jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung

Dass Merkel ihre „humanitäre Verantwortung“ erkannt hat, wie ihr viele mit großer Begeisterung attestiert haben – und wie sie selbst nahegelegt hat – ist möglich. Für die historischen Ereignisse von Keleti aber ist es unerheblich. In den Jahren zuvor hatte die Bundesregierung mehr als genug Gelegenheit, humanitäre Verantwortung für die Opfer von Krieg und Vertreibung zu zeigen. Doch sie tat nichts, als ab 2012 die Situation in den Lagern rund um Syrien immer dramatischer wurde. Sie blieb untätig, als ab Oktober 2013 die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer immer noch weiter anstieg. Sie ließ die kurdischen Menschen beim Kampf gegen die Dschihadistinnen und Dschihadisten des IS weitgehend im Stich, ebenso wie sie es bei der demokratischen Opposition in Syrien getan hatte, als diese noch halbwegs handlungsfähig war. Sie tat nichts, als in Griechenland

und Italien die Lage für die ankommenden Flüchtlinge durch das Dublin-System immer unzumutbarer wurde – was, anders als in früheren Jahren irgendwann nicht mehr zu einem großen Teil den dortigen Regierungen anzulasten war. Niemand, der bei Trost ist, kann annehmen, dass plötzliche Menschenfreundlichkeit der Lage in Keleti die entscheidende Wendung gegeben hat. Es ist der Bundesregierung schlichtweg zu gefährlich geworden, den politischen Notstand weiter zu ignorieren.

Aufnahme statt weiterer Eskalation

Das Dublin-System funktionierte bis Herbst 2014 in einer Weise, in der Deutschland davon profitierte. Ab dann aber vermochten einige Länder an den Außengrenzen es kaum noch durchzusetzen. Die Migrantinnen und Migranten selbst hatten es ohnehin unterlaufen, wo immer sie konnten. Langsam begann deshalb auch Berlin, eine Quotenregelung zu favorisieren. Ungarns brutaler Kurs wurde akzeptiert, denn er bot die Aussicht, auf EU-Ebene neue Regularien durchzusetzen, die die zunehmend unkontrollierte Migration nach Deutschland begrenzen könnten. Niemand kam deshalb auf die Idee, Orbán mit Sanktionen zu drohen, weil er der Meinung ist, Menschen- und EU-Recht habe für Migrantinnen und Migranten keine Gültigkeit. Die Konsequenzen dieser Politik aber liefen im Spätsommer 2015 aus dem Ruder.

Merkel und der österreichische Bundeskanzler Faymann hätten anders gekonnt. Sie trafen eine – die richtige – Entscheidung, aber es war keine Zwangsläufigkeit. Sie hätten auch zusehen können, wie Orbán die Flüchtlinge Richtung Balkan zurückschiebt oder auf sie schießen lässt. Wohl niemand vermag zu sagen, was genau dann geschehen wäre. Die wahrscheinlichste Folge wäre eine Destabilisierung von Ungarn bis zur Ägäis, womöglich irreparable Schäden für die EU und selbst deren partiellen Zerfall haben nicht wenige für möglich gehalten.

Die Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Transit der Balkanroute, in einer Dimension wie Deutschland sie während der Jugoslawien-Kriege in den Neunziger Jahren bereits handeln gelernt hatte, schien da günstiger. Diese Eskalation wurde von den Flüchtlingen erzwungen und sie haben sich dabei in Lebensgefahr gebracht. Das Drama in Ungarn wurde zur Zäsur für die Migrations- und Menschenrechtspolitik insgesamt. Nach Keleti ist alles anders. Doch, und das ist die traurige Wahrheit über diese Zeit, ob es besser sein wird, ist fraglich.

Weltmeister der Herzen

Dieser kurze Sommer der Bewegungsfreiheit brachte einige Hunderttausend Menschen nach Deutschland. Ihre Zahl ist nur ein kleiner Bruchteil der Flüchtlinge, die in anderen Teilen der Welt, in halb oder ganz geschlossenen Lagern, in informellen Siedlungen, auf der Straße, im Transit, im Gefängnis sitzen.

Deutschland hat, global betrachtet, in dieser Zeit nicht mal seine lang angehäuften Schuld in Sachen Flüchtlingsaufnahme ausgeglichen. Dafür lässt es sich nun feiern als der Weltmeister der Herzen, der es immer sein will: Von der US-Regierung bis zu Passantinnen und Passanten im fernen Südamerika, die ihnen unbekannte Deutsche zur Menschlichkeit ihres Landes beglückwünschen. Dass dieses Land eine treibende Kraft bei der Abschottung Europas ist – egal. Das Spar-diktat gegenüber Griechenland – vergessen. Die tatsächliche Aufopferung von Ländern wie Libanon – wen interessiert's?

Doch es ist nicht alles politisches Kalkül, Staatsmarketing und diplomatische Abwägung. Diese Zeit ist auch die eines kulturellen, eines substantiellen gesellschaftlichen Wandels. Die Zivilgesellschaft ist den Flüchtlingen mehr als je zuvor beigestanden. Flüchtlingssolidarität hat allen anderen sozialen Bewegungen den Rang abgelaufen. Ihre Stärke hat nicht nachgelassen, sie kannte – bislang – keine Obergrenze, eher im Gegenteil. Fast scheint die Formel zu gelten: Je mehr Flüchtlinge, desto mehr Unterstützung.

Viele haben die *BILD* für ihre „Wir helfen“-Kampagne angegriffen. Die Frage aber, ob die Zeitung, die so oft Xenophobie befeuert hat, nun diskursmoralisch berechtigt ist, auch Flüchtlinge zu unterstützen, verschenkt den Blick auf das Großartige: Die *BILD* hilft Flüchtlingen aus dem gleichen Grund, aus dem sie alles tut, was sie tut: Weil sie glaubt, damit bei der Mehrheit der Gesellschaft gut anzukommen. Das ist das Wesen von Boulevardzeitungen. Meist hat die *BILD* mit dieser Annahme Recht. Das macht ihren Erfolg aus. Und es offenbart das absolut Außergewöhnliche dieser Zeit.

Refugees Welcome

Um seine Anti-Roma-Gesetze zu bekommen, hat Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sich immer nach Kräften bemüht, bei der Veröffentlichung der Asylstatistiken Alarmstimmung zu verbreiten. Es waren Jahre, in denen 70.000, 90.000, 100.000 Asylanträge

gestellt wurden. Nun sind es fast zehn Mal so viele und die Bahn lässt für die Flüchtlinge Sonderzüge fahren, der Finanzminister stellt Milliarden in den Staatshaushalt ein, Zeitungen drucken Sondernummern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Banken, PR-Agenturen und Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Hausfrauen – alle helfen plötzlich Asylsuchenden.

Das kommt nicht von ungefähr. Die Bereitschaft vieler, auch aus zutiefst bürgerlichen Milieus, sich in München, Frankfurt, Fulda, Saalfeld oder Berlin mit Essen, Wasser und Kleidung an die Gleise zu stellen, an denen die „Trains of Hope“ einrollen, ist auch die Folge zwei Jahrzehnte währendender Flüchtlingskämpfe. Die Flüchtlinge sind dazu aus der Isolation der Lager herausgetreten. Sie haben langsam, über viele Jahre hinweg, genau die Kontakte geknüpft, die der Staat erklärtermaßen verhindern wollte. Damit haben sie in der Gesellschaft Fuß gefasst. Die letzten Monate sind ihr Sieg: Ein Sieg gegen die Unmenschlichkeit und Isolation des Grenzregimes, erstritten und erkämpft von denen, die ihm unterworfen waren.

Der darauf zurückgehende und heute mancherorts fast Pop gewordene „Refugees Welcome“-Hype ist eine schillernde, ambivalente Gemengelage. In ihr vereinen sich großartige Mitmenschlichkeit und ein gewachsenes Bewusstsein für globale Ungerechtigkeiten mit Paternalismus, Affirmation und Eigennutz. Und gleichzeitig liegt unter allem ein Konsens weiter Teile der Bevölkerung: Migration als solche ist akzeptiert. Das Dogma, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, ist nicht mehr mehrheitsfähig. Und dies dürfte für's Erste nicht revidierbar sein.

Der lange Winter des Grenzregimes

Diese Modernisierung der Gesellschaft war fällig. Was daraus aber auf politischer Ebene folgt, ist offen. Sicher ist: Die gesellschaftlichen Spannungen werden deshalb zunehmen. Es ist keine rechte Propaganda, sondern Fakt: Die Flüchtlinge spalten das Land. Das spricht nicht dagegen, dass sie hier sind. Man wird sich aber überlegen müssen, wie man mit ihren Gegnerinnen und Gegnern umgehen will. Es gibt nicht nur die, die an den Erstaufnahmestellen Jacken verteilen, auch wenn deren Zahl gerade unfassbar groß ist. Es gibt auch die „besorgten Bürger“ und ihre neuen Nazibekanntschaften; ein fremdenfeindliches Kontinuum zwischen Pegida und Parteienverdruss, Neuer Rechter und entfremdeter CDU-Klientel, AfD, NPD und Autonomen Kameradschaften. Die Distanz zwischen denen, die in Heidenau, Freital oder Tröglitz

auf die Straße gehen und den Institutionen und Medien ist heute größer als damals, genau wie die Gewaltbereitschaft. Das Milieu ist marginalisierter als die schweigende Mehrheit der Neunziger, die die Täterinnen und Täter von Lichtenhagen und Hoyerswerda ermutigt hat. Aber es ist aktiver und vermutlich gefährlicher. Nie zuvor gab es im Nachkriegsdeutschland vergleichbare fremdenfeindliche Mobilisierungen. Bis Mitte November gab es in diesem Jahr über 500 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Die Antwort darauf kann nicht darin bestehen, den „Nein zum Heim“-Rassistinnen und -Rassisten nachzugeben, ihnen die Anwesenheit von Flüchtlingen zu ersparen und so national befreite Zonen von oben zu schaffen. Die Antwort wird eine langwierige, ressourcenintensive politische Auseinandersetzung durch Staat und Zivilgesellschaft gleichermaßen sein müssen.

Sie fällt zusammen mit einer Zeit, in der nach dem Sommer der Bewegungsfreiheit der Winter des Grenzregimes anbricht. Der Grundfehler der alten Asylpolitik war die Anti-Integration der Flüchtlinge mit den Mitteln des Asylrechts. Weil man davon ausging, die meisten ohnehin irgendwann wieder abzuschieben, tat der Staat alles, damit die Flüchtlinge gar nicht erst Fuß fassten. Viele aber blieben – und sie blieben deshalb isoliert, entrechtet, marginalisiert. Die Absurdität dieser Praxis ist in den letzten Jahren auch in vielen Institutionen erkannt worden. Es gab und gibt Bewegungen, die in eine andere Richtung weisen: Eine Reihe der Schikanen des Asylkompromisses von 1993 sind zuletzt zurückgenommen oder aufgeweicht worden – auch dies ist vor allem Folge der Flüchtlingskämpfe. Doch diese Tendenz kehrt sich nun offenbar wieder um. Fast alles, was in den letzten Jahren nur als Potentialität einer düsteren Zukunft in vielen Migrationsdebatten aufschien, kommt nun in einem Tempo auf die realpolitische Agenda, die kaum jemand für möglich gehalten hätte: Mehr sichere Herkunftsländer, Asylobergrenzen, totale Leistungsbegrenzung, Internierung im Transit, Internierung an den Grenzen, ein Mehrklassen-Asylsystem, kein Familiennachzug. Im asylpolitischen Rollback, der sich schon vor Keleti angekündigt hatte, scheint jetzt fast alles möglich. Die CSU bejubelt das „schärfste Asylrecht aller Zeiten“ und ist dabei mit ihren sogenannten Reformvorschlägen noch längst nicht am Ende. SPD und Grüne sind voll dabei. Und es ist nicht gesagt, ob die wirklich großen Flüchtlingsankünfte nicht erst noch kommen.

2025

Und heute? Gern wird gerade rhetorisch gefragt, ob „wir“ „das“ „geschafft“ haben. In einem vielgelobten Video stellt sich der britische Grünen-Politiker Zack Polanski im Juli gegen eine Stimmung in seinem Land, in der Männer davon fantasieren, auf die aus Frankreich kommenden Flüchtlingsboote zu schießen. Im spanischen Castell de Ferro werden Anfang August Badegäste gefilmt, wie sie in einem Boot aus Marokko am Strand ankommende Schwarze jagen, überwältigen und der Polizei übergeben. Für viele sind dies die paradigmatischen Bilder eines Europas nach Jahren des Rechtsrucks: Eine Zweckgemeinschaft zur Abschottung, medial und populistisch verhetzt, bereit, im Hass auf Unerwünschte mit allen moralischen Standards zu brechen – inklusive des Sterbenlassens auf dem Meer oder Schüssen an den Grenzen. Retrospektiv haftet dem „Sommer der Migration“ heute deshalb etwas Unwirkliches an. Zu weit hat sich die Stimmung in Deutschland und Europa von jenem Hype um die „Willkommenskultur“ entfernt.

Was möglich war und wieder möglich sein kann

Doch die Frage, ob wir es geschafft hätten, ist zu simpel gestellt. Die heutige Tabulosigkeit, die medial affirmierte und politisch immer weiter getriebene Brutalität der Asylpolitik, verschüttet das Bewusstsein dafür, was 2015 möglich war und sehr wohl auch wieder möglich sein kann: Dass Menschen ihr Selbstbestimmungsrecht behaupten, um an einem Ort ihrer Wahl eine Zukunft zu suchen. Und dass ihnen dabei mit massenhafter Empathie begegnet wird. Wer heute Anfang 20 und politisch aktiv ist, sozialisiert während des voranschreitenden Rechtsrucks, kann sich dies allerdings oft kaum noch vorstellen.

Doch tatsächlich ist die Lage ambivalenter als es scheinen mag. Die Zivilgesellschaft hat zweifellos mehr geschafft, als zu hoffen gewesen wäre. Die Jahre ab 2015 waren eine Phase ungekannter Blüte praktischer Solidarität. Wo die einen die „Festung Europa“ nur beklagten, erschufen andere einen wahren Kontinent der praktischen Solidarität im Kleinen. Beim *Transborder Camp* Anfang August dieses Jahres nahe Nantes etwa trafen Hunderte Aktivist*innen aus Afrika und Europa zusammen – alle aktiv in antirassistischen Kämpfen, eng vernetzt, oft enorm professionalisiert. Wechselseitig beziehen sich heute Gruppen der Selbstorganisation wie <kursiv>Refugees in Libya</kursiv>, die Alarm-Phones im Mittelmeer und der Sahara, die Seenotrettungs-NGOs, Kirchenasyl-Netzwerke, Flüchtlingsräte oder

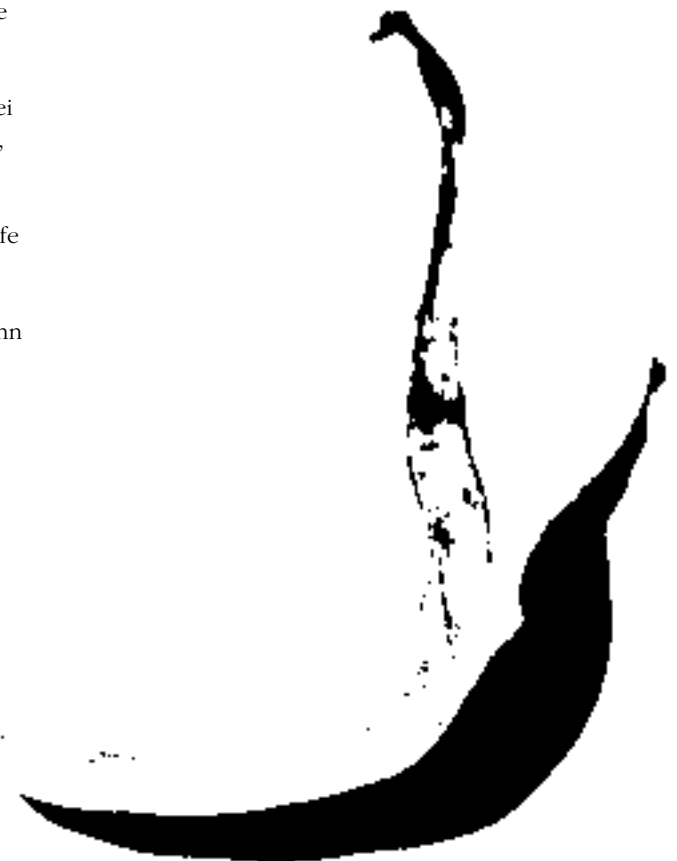
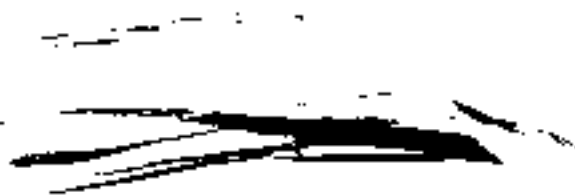
große Hilfsorganisationen aufeinander. Sie machen auf die Kollaboration der EU mit der mafiösen libyschen Küstenwache aufmerksam, betreiben Rasthäuser, Notrufe, Rettungsschiffe, Aufklärungsflugzeuge, Rechtshilfefonds, Beratungsstellen, vermitteln Ärzte an Menschen ohne Aufenthaltsrecht, gehen mit zur Ausländerbehörde oder helfen Geflüchteten beim Aufbau von Landwirtschafts-Kollektiven im Oderbruch. „Strategic Litigation“, strategische Prozessführung etwa durch das Berliner *European Center for Constitutional and Human Rights* (ECCHR), *Frag den Staat* oder die NGO *Front Lex* ist zu einem wichtigen Feld politischer Auseinandersetzungen im Menschenrechtsbereich geworden. Die Grenzen zur Institutionalisierung sind dabei zunehmend fließend. Die Bewegung hat nach 2015 vieles richtig gemacht: die Professionalisierung der Grassroot-NGOs; das Heraustreten aus der gefälligen, klandestinen Nische; das Bilden von Bündnissen, auch über das Mittelmeer hinaus; der Blick auf die Stadtgemeinschaften als Akteure praktischer Solidarität; der Aufbau von Infrastrukturen der Selbsthilfe und des kollektiven Gedächtnisses.

**Die Chancen, bleiben zu dürfen,
sind heute oft besser**

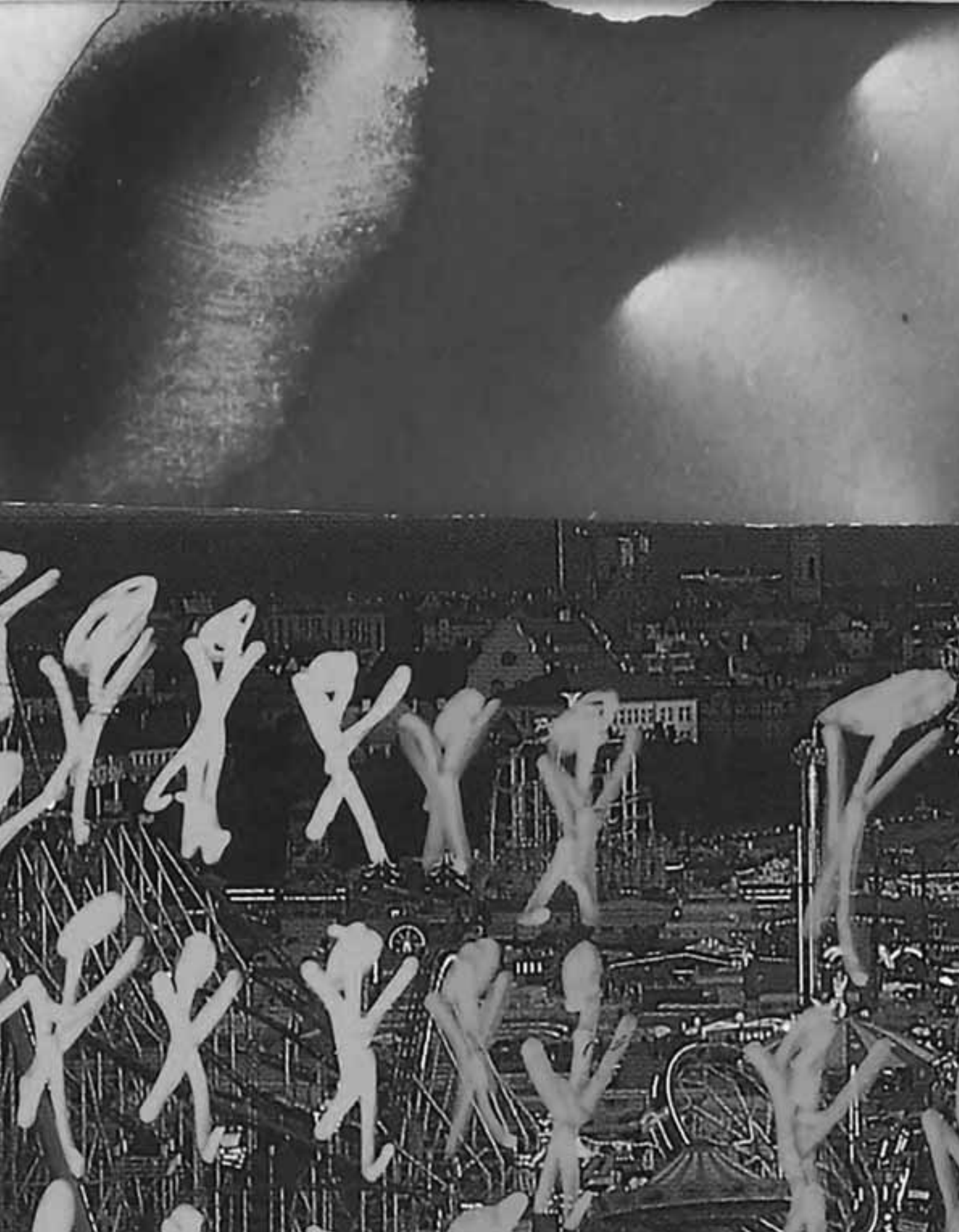
Der Rechtsruck ist zweifellos da. Aber: Wendet man den Blick von Umfragewerten der AfD, der Hetze in den sozialen Medien, den lustvollen Tabubrüchen der Konservativen ab und schaut aufs Kleine, ins Lokale, auf konkrete Kämpfe, dann ist das Bild oft ein anderes – und steht im starken Widerspruch zur vermeintlich allgegenwärtigen Stimmung. Trotz aller Widerstände wird so jeden Tag Hunderttausenden geholfen anzukommen, zu bleiben, ein neues Leben aufzubauen: Den einen in der Wüste oder im Mittelmeer, den anderen bei der Begleitung zum Amt oder bei der Suche nach einem Arzt, der nicht nach Papieren fragt.<

Christian Jakob ist Journalist für die taz und schreibt seit vielen Jahren über Flucht und Migration. 2023 erschien sein Buch „Endzeit. Die neue Angst vor dem Weltuntergang und der Kampf um unsere Zukunft“ bei C.H. Links. Er lebt in Berlin.

Im September 2015 waren 33 Prozent der Deutschen der Auffassung, Deutschland solle weniger Flüchtlinge aufnehmen, im Januar 2025 waren es 68 Prozent. Manchen gilt dies als Beleg dafür, das „2015“ gescheitert sei: „Wir“ hätten „es doch nicht geschafft“, es gebe keine Akzeptanz mehr für eine offene Asylpolitik. Doch diese Zahlen sind auch das fluide Produkt der Art, wie über Migration heute gesprochen wird. Dabei gerät aus dem Blick, dass die Chancen für Menschen, die es hierher schaffen, die Chancen, bleiben zu dürfen, heute teils besser sind als in der Vergangenheit. Auch das ist ein Ergebnis antirassistischer Kämpfe seit 2015. Viele der damals gegründeten Initiativen sind bis heute aktiv und praktische Solidarität bleibt ein starkes, widerstandsfähiges Ökosystem, auch wenn professionalisierte Initiativen besonders von Kürzungen betroffen sind und unter den Generalverdacht mangelnder Neutralität gestellt werden.











Schaffen und Abschaffen

Wie die Idee der europäischen Flüchtlingspolitik immer mehr unterwandert und in der Dualität zwischen Helfen und sich Abschotten zerrieben wird. Von Stephan Dünwald

Die Zahlen Geflüchteter, die in Europa und Deutschland Schutz suchen, sind nicht kontrollierbar. 2009 erreichten sie einen Tiefstand, seitdem stiegen sie wieder an. 2013 waren es 100.000, 2014 200.000, 2015 dann so viele, dass sie gar nicht alle in 2015 registriert werden konnten, jedenfalls mindestens rund eine Million.

Das ist viel, stellt man sich vor, dass alle ein Dach über dem Kopf brauchen, etwas zu essen, einen Gesundheitscheck und Leistungen wie Sprachkurse, Prüfung ihrer jeweiligen Fluchtgründe und natürlich Kontrollen durch die Ausländerbehörde. Das scheint machbar, wenn wir dieser Tage lesen: 6,5 Millionen Besucher*innen des Münchner Oktoberfests.

Der Unterschied liegt auf der Hand: Die Wiesn wird von langer Hand vorbereitet, die Zelte werden nicht weggeworfen, sondern schön abgebaut und für das nächste Jahr eingelagert. In der Aufnahme für Geflüchtete ist das jedoch anders: Hier wird, wenn weniger Geflüchtete kommen, die Unterkunft geschlossen, der Mietvertrag läuft aus, die Vorhaltekapazitäten sind gering. Und, weil man sich nicht darum kümmert, dass Geflüchtete zügig aus den Unterkünften ausziehen können, sind die verbleibenden Unterkünfte mit Menschen belegt, die da eigentlich

nicht hingehören. Auf der Wiesn werden die Leute nicht nur deshalb freundlich empfangen, weil sie Geld mitbringen, sondern auch, weil sie nach der Wiesn zuverlässig wieder gehen.

Die Juristin Dana Schmalz fragt in *Das Bevölkerungsargument*, Suhrkamp 2025, dennoch hinsichtlich der defizitären Aufnahmepolitik gegenüber Geflüchteten: Wenn eine Gesellschaft sich verpflichtet, Geflüchtete aufzunehmen, warum schafft sie es nicht, sich auch ordentlich darauf vorzubereiten?

Machen wir uns nichts vor: Es gibt auch Leute, die die Wiesn nicht mögen, und erst recht welche, die Geflüchtete dahin wünschen, wo der Pfeffer wächst. Und denen auch die Verpflichtung besonders aus der deutschen Geschichte heraus, Geflüchteten Schutz zu bieten, längst lästig ist. Die Aufnahme Geflüchteter ist eine Auseinandersetzung zwischen den Polen „Wir schaffen das!“ und „Flüchtlingsrechte abschaffen“. Zwischen 2015 und 2025 erlebten wir diese Auseinandersetzung auf verschiedenen Ebenen, mit Wellen der Hilfsbereitschaft, des Hasses und Überdrusses.

Die Ankunft

Obwohl man sich nicht vorbereitet hatte, war die Ankunft sehr vieler Geflüchteter im späten August 2015 spektakulär freundlich. Die *BILD* titelte am 1. September 2015: „Refugees Welcome.“ Untertitel: „Warum wir uns auf Euch freuen“.

In München erwarteten Hunderte am Hauptbahnhof die Ankunft Geflüchteter, brachten Wasser, Schokolade, Sandwichs und Plüschtiere. Schnell organisierten sich diese Unterstützer*innen; mit Hilfe der Stadtverwaltung und des Kreisjugendrings bauten sie Strukturen auf, geleiteten Ankömmlinge in Unterkünfte, organisierten Essen, Trinken, alles, was es für eine Notunterbringung braucht, wurden *Die Münchner Freiwilligen – wir helfen*. Ärzt*innen und medizinisches Personal bildeten die ehrenamtlich aktiven *Refu-Docs*, deren Gründung Anfang 2015 schon als Indiz zu werten ist, dass auch vor dem Sommer 2015 die ankommenden Geflüchteten vom Staat nicht ordentlich medizinisch versorgt werden konnten.

für Personen mit subsidiärem Schutz (den da schon die meisten Geflüchteten aus Syrien oder Irak erhielten) und noch mehr Leistungskürzungen. Vorher schon war aber wegen der sogenannten Kölner Silvesternacht die Stimmung gekippt. Junge Menschen, viele mit Migrationshintergrund und Geflüchtete, hatten mit Feuerwerkskörpern in die Menge geschossen und Frauen sexuell belästigt. Geflüchtete waren nun nicht mehr diejenigen, die der Hilfe bedurften, sondern auch Angreifer, Kriminelle, eine Gefahr.

Der Dualismus zwischen Hilfe und Abwehr blieb über die Folgejahre bestehen. Das Asylrecht geriet immer weiter unter Druck, eine phasenweise erbitterte Debatte drehte sich um Offenheit für Geflüchtete und Kontrolle: Kontrolle über die Grenzen, Kontrolle in den Camps, Kontrolle durch Abschiebung. Das Problem dieser Debatte ist, dass in rechtsstaatlichen Demokratien die Kontrolle Grenzen hat. Das führt dazu, dass die jeweilige Regierung immer verspricht, jetzt mehr und bessere Kontrolle umzusetzen, was aber immer defizitär bleiben wird, solange sich die Exekutive an Gesetze und Grundrechte hält.

Das Rollback kam politisch und juristisch, und zwar schnell und wuchtig

Mit einem unglaublichen Engagement von freiwilligen Helfer*innen konnte die Unterbringung und Versorgung geleistet werden. Die Geflüchteten und ihre Unterstützer*innen bekamen großen gesellschaftlichen Rückhalt, kritische Stimmen waren sehr leise. Und: Was für München galt, das galt auch für sehr viele Gemeinden und Städte. Es bildeten sich Gruppen und Initiativen, die Geflüchtete unterstützten, Kinder für Kindergarten und Schule anmeldeten, Deutschunterricht, Behördenbegleitung, Übersetzung und Fahrdienste zum Arzt oder zu sonstigen Terminen anboten.

Das Rollback

Zugleich jedoch kam von konservativer Seite massive Kritik, dass Kanzlerin Merkel die Grenzen geöffnet habe (Was nicht stimmt, sie hat sie einfach nur nicht geschlossen). Es wurden Rufe nach restriktiveren Gesetzen laut, das Rollback kam politisch und juristisch, und zwar schnell und wuchtig. Schon am 23. Oktober 2015 trat das *Asylpaket 1* in Kraft, mit längeren Aufenthalten in Ersteinrichtungen, neuen „sicheren Herkunftsländern“ und Kürzungsmöglichkeiten bei den Asylbewerberleistungen. Ein halbes Jahr später, im März 2016, trat *Asylpaket 2* in Kraft. Es sah beschleunigte Asylverfahren für zahlreiche Antragsteller*innen vor, auch die erleichterte Abschiebung von Kranken, die Aussetzung des Familiennachzugs

Auf der Ebene der Kommunen ist es vielfach entscheidend, ob die Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter als lästige Pflicht oder als zu stemmende Aufgabe wahrgenommen wird. Angesichts kontinuierlich hoher Zuzugszahlen ist es für Kommunen und Landkreise auf jeden Fall herausfordernd. Wie dies gemeistert wird, hängt von den Gegebenheiten ab, aber auch von Ehrenamtlichen und dem behördlichen Willen.

Die anderen Geflüchteten

Im Winter 2022, als die Klagen von Kommunen, immer weiter Geflüchtete aufnehmen zu müssen, lauter wurden, kam es zu einer überraschenden Wende. Am 24. Februar begann Russland den Krieg mit der Ukraine. Eine breite Fluchtbewegung von mehreren Millionen Menschen war die fast unmittelbare Folge. Eine ebenso breite Hilfsbereitschaft von Privatleuten, Unternehmen und Behörden war die Antwort. Die EU bestimmte, dass die ukrainischen Geflüchteten nach der Massenzustrom-Richtlinie zu behandeln sind. Sie bekommen einen Aufenthalt für drei Jahre, haben keine Verpflichtung in Unterkünften zu leben, freien Zugang zum Arbeitsmarkt und bekommen Bürgergeld, also nicht die reduzierten Leistungen für Asylsuchende. Die *Münchner Freiwilligen* erwachten wieder und bildeten eine Plattform für die Vermittlung von privatem Wohnraum, in den Messehallen wurden Bet-

ten aufgebaut, manche Hotels stellten ganze Etagen für Geflüchtete zur Verfügung. Anfangs durften ukrainische Geflüchtete kostenlos mit der Bahn fahren. So gelang es in kurzer Zeit, zusätzlich zu Asylsuchenden noch einmal gut eine Million Geflüchtete aus der Ukraine aufzunehmen. Das wurde mit einem Minimum an Bürokratie geschafft. Ohne Restriktionen und Repressionen gegenüber den Geflüchteten. Mit allen Mitteln der Integration, die die Gesellschaft zu bieten hat. Das galt jedoch nicht für alle Geflüchtete aus der Ukraine: Viele Studierende vor allem aus afrikanischen Staaten wurden ins Asyl gedrängt; Roma aus der Ukraine wurde vorgeworfen, vielleicht noch einen ungarischen Pass zu haben und Sozialleistungen abgreifen zu wollen. Sie sollten noch Jahre später in Turnhallen untergebracht sein. Viele, vor allem ehrenamtliche Helfer*innen, wiesen darauf hin, dass man diese gute Aufnahme ukrainischer Geflüchteter für alle Schutzsuchenden umsetzen sollte. Die Regierungen (sowohl die Ampel als auch die Schwarz-Rote Koalition) hüllen sich ob dieser Forderungen in Schweigen.

In der Europäischen Union

In der Wahrung von Rechten für Geflüchtete ist die Rolle Europas hoch anzusetzen. Die Europäische Union hat seit den 1990er Jahren in verschiedenen Grundsatzverträgen eine weitgehende Vereinheitlichung der Aufnahme und Anerkennung Geflüchteter erreicht. Verordnungen und Richtlinien müssen in den einzelnen Mitgliedstaaten beachtet werden. Lange war das europäische Recht die Grundlage dafür, dass Geflüchtete einigermaßen gut behandelt wurden. Dennoch gab es eklatante Unterschiede darin, wie Geflüchtete aufgenommen, untergebracht und versorgt wurden. Wenn Geflüchtete nach neun Monaten (beziehungsweise in Deutschland nach sechs Monaten) arbeiten dürfen, dann verdanken sie das der EU Aufnahmerichtlinie. Ebenso regelt die EU das Anerkennungsverfahren, die Zuständigkeit eines EU Staats für das Asylverfahren, die Möglichkeit innereuropäischer Grenzkontrollen, und vieles mehr. Weil man mit der Ausgestaltung dieses *Gemeinsamen Europäischen Asylsystems* (GEAS) seit langem unzufrieden war, wurde seit Jahren an einer Novellierung der Asyl- und Migrationspolitik gearbeitet. Was nun aber als GEAS-Reform verabschiedet wurde, ist in vielerlei Hinsicht der Abschied von einer auf Schutz ausgerichteten Flüchtlingspolitik. Im April 2024 stimmte auch das Europäische Parlament für die Neufassung, die bis Mitte 2026 in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden soll. Sie sieht weniger Rechte für Geflüchtete, mehr Haft und haftähnliche Festhaltenzen-

tren vor, nicht nur an den Außengrenzen, sondern auch in den Mitgliedstaaten. Auch Minderjährige können nun inhaftiert werden. Die Regierung der Bundesrepublik hat schon angekündigt, die Umsetzung bis Ende 2025 abgeschlossen zu haben. Nach wie vor werden auch die Rechte Geflüchteter in den Verordnungen und Richtlinien aufgenommen, aber mit der GEAS-Reform hat die Europäische Flüchtlingspolitik eine repressive Wende erfahren. Abwehr und Abschiebung, Haft und Repression sind Grundpfeiler der kommenden Politik, die eine Politik für Geflüchtete zu nennen falsch klingt.

Arbeiten am Aufenthalt

Eine immer wichtiger werdende Spur ist der Weg in einen Aufenthalt durch Ausbildung oder Arbeit. Nützen statt schützen, könnte man sagen, doch das ist zu kurz gegriffen. Denn Arbeit ist verknüpft mit Freundschaften, eine eigene Wohnung kann bezahlt werden und Deutschkenntnisse werden gefestigt. Es ist also ein wichtiger Aspekt des Ankommen und Le-

Die Hürden für eine Ausbildungsduldung wurden signifikant erhöht

bens hier. Damit Migrant*innen aber nicht nach Deutschland kommen, Asyl beantragen und doch einfach nur leben und arbeiten wollen, bauen Politik und Behörden unterschiedlich hohe Hürden auf. Aktuell sind diese nicht sehr hoch: Arbeiten darf man nach spätestens sechs Monaten Aufenthalt als Asylsuchende*r. Sicher ist man dadurch aber nicht. Über eine Ausbildung kann eine Person in eine Ausbildungsduldung oder sogar einen Aufenthalt für die Ausbildung kommen; hier wurden die Hürden allerdings signifikant erhöht. Aufenthalt durch Ausbildung setzt inzwischen voraus, dass nach sechs Monaten die Identität geklärt ist. Das ist für viele nicht möglich. Für andere ist es extrem waghalsig. Wer den Pass abgegeben hat, der kann bei einer Ablehnung des Schutzes oft umgehend abgeschoben werden. Was noch vor ein paar Jahren als sogenannte 3+2 Regelung (drei Jahre Ausbildungsduldung, dann zwei Jahre Aufenthaltserlaubnis für den Job) ein guter Weg in den Aufenthalt war, ist jetzt



Stephan Dünnwald
setzt sich im Bayerischen Flüchtlingsrat und im Bellevue di Monaco dafür ein, dass Geflüchtete eine Chance bekommen.

ausländerrechtlich zerlöchert. Zwar gibt es einen gesellschaftlichen Diskurs, der von Asylsuchenden fordert, dass sie arbeiten, doch den Aufenthalt dürfen sie sich nicht verdienen.

Asyl abschaffen – zurück in die 90er Jahre

Die seit April regierende Schwarz-Rote Koalition forderte im Wahlkampf eine andere Asylpolitik und scheint nach wie vor fest entschlossen, diese mit allen Kräften weiterzutreiben. Eine der allerersten Amtshandlungen des neuen Innenministers Dobrindt war die Anweisung an die Bundespolizei, Asylsuchende, die an den Grenzen kontrolliert werden, zurückzuweisen. Das wurde unter der Hand schon länger gemacht: Die 2016 eingeführten Kontrollen an den deutschen Grenzen wurden kontinuierlich ausgeweitet, unter den Zurückgewiesenen waren vorwiegend Menschen aus Afghanistan, Syrien und Irak. Aber Dobrindt formuliert den Bruch mit dem Asylrecht offen: Asylsuchende sollen erst gar nicht ins Land gelassen werden. Das Verwaltungsgericht Berlin urteilte in drei Fällen: Das verstößt

Grenzen. Vielmehr wurden die Grenzkontrollen innerhalb der EU schrittweise abgeschafft. Heute stehen wir wieder da, wo wir 1993 standen. Denn wenn das EU-Recht ignoriert werden kann (auch die Kommission schreitet nicht ein), dann wird es keine rettende europäische Rechtslage geben. Das Asylrecht wird somit abgeschafft, weil eine der Säulen, den Schutzbedarf zu prüfen, nicht mehr steht. Die Europäische Dublin-Verordnung ist mit Recht oft gescholten worden. Aber sie hatte eine Garantie: Ein Staat ist zuständig, jede schutzbedürftige Person kann Asyl beantragen und der Antrag wird geprüft. Weil aber dieses Recht vom deutschen Innenminister Dobrindt ignoriert wird, ist diese Schutzprüfungsgarantie nicht mehr existent. Wir erleben nicht nur kontinuierliche Gesetzesverschärfungen, sondern Regierungen, die geltendes Recht missachten. Jedenfalls dort, wo es den Regierenden nicht passt.

Besonders am Beispiel Geflüchteter wird deutlich, dass Demokratie und Rechtsstaat unter Druck gesetzt werden. Nicht nur von Rechtsradikalen, sondern auch von der Exekutive. Wenn die Bundesregierung meint, Recht und Gesetz missachten zu können, dann werden die Regierenden in Bundesländern, Landkreisen und Gemeinden diesem Verhalten bald folgen. Ein aktuelles Beispiel kommt gerade schon aus Baden-Württemberg: Dort weist das Innenministerium die Ausländer- und Sozialbehörden an, ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zu ignorieren, in Dublin-Fällen keine Papiere mehr auszustellen und damit auch keine Leistungen zu gewähren. Dieses Urteil besagt, dass Asylsuchende, für deren Asylverfahren nach der Dublin Verordnung ein anderer EU-Staat zuständig ist, in Deutschland weiterhin eine Aufenthaltsgestattung bekommen sollen. Alles andere würde EU-Recht, konkret die Aufnahmerichtlinie, brechen.

Vor der Einführung der Dublin Verordnung fanden Geflüchtete in der Europäischen Union oft keinen Staat, in dem sie aufgenommen und einen Asylantrag stellen konnten: Refugees in Orbit war in den 1990er Jahre das Schlagwort dafür. Viele Geflüchtete lebten auf den Straßen, waren ohne Status und Rechte. Die Bewegung *Kein Mensch ist illegal* nahm hier ihren Anfang. Fast sind wir wieder so weit. Der Weg von 2015 nach 2025 ist der einer zunehmenden Einschränkung des Rechts auf Asyl, einer der zunehmenden Abschottung nicht nur an den Außengrenzen, sondern auch zwischen EU-Staaten und einer der erneuten Illegalisierung Geflüchteter innerhalb Europas.<

Heute stehen wir wieder da, wo wir 1993 standen

gegen EU-Recht, das auch in Deutschland bindend ist. Nach der Dublin-Verordnung muss eine Person, die Schutz begehrt, erst einmal aufgenommen werden, damit dann festgestellt werden kann, welcher EU-Staat für das Asylverfahren zuständig ist. Um trotzdem Menschen an der deutschen Grenze zurückweisen zu können, berufen sich die Behörden auf Artikel 16a des Grundgesetzes. Dieser wurde, nach heftigen Debatten und Kampagnen gegen das Asylrecht und gegen Geflüchtete, 1993 (mit Stimmen von Union, FDP und SPD) eingeführt und bietet nun die Möglichkeit, Geflüchtete, die über einen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreisen, zurückzuweisen. Deutschlands Nachbarstaaten waren schon damals alle sogenannte sichere Drittstaaten.

Tatsächlich hatte das aber in den 1990er Jahren nicht so heftige Auswirkungen. Bald darauf trat das Europäische Asylrecht in Kraft, und damit eine der wichtigsten Säulen: die Dublin Verordnung. Diese Verordnung ist unmittelbar in allen Staaten geltendes Recht. Weil EU-Recht über dem nationalen Recht steht, gab es keine Zurückweisungen an deutschen

Illustrationen

S. 44-46:

Bela Andrae (geb. 2016 in München) ist Künstlerin, Skateboardfahlerin und macht Kung Fu.



*My name is Deko
Abdi. I am 25 years
old. I'm Somali by
nationality, lived in
Kakuma refugee
camp for 17 years.
In the year 2008, my
mother, a single pa-
rent, fled from Soma-
lia with us due to the
difficult conditions.
After some time in
Dadaab refugee
camp, we were relo-
cated by UNHCR and
IOM to Kakuma
refugee camp in
2009. I am now 25
years old and spent
most of my life
growing up in
Kakuma with my
mother and siblings.
Life in the camp was
never easy, but with
hope and patience,
we endured the
many challenges. In
2025, I was
fortunate to receive
the opportunity from
UNHCR and IOM to
come to Germany. It
was truly a dream
come true – a new
beginning filled with
joy and gratitude. I
feel deeply indebted
to those who gave me
this golden chance to
change my life. Loo-
king ahead, I feel it
is my responsibility
to work hard,
become independent,
and promote peace,
love, and respect,
with helping others
as my aim in life.*

„NOT BY CHOICE,

We are refugees, Not criminals.
We are not what the world sometimes calls us.
We are not thieves of peace,
We are seekers of it.
Not criminals in the night,
But survivors of endless days without light.

We did not choose war,
War chose our homes,
Turned them into ashes,
Scattered our memories like dust in the wind.
We ran, Not out of weakness,
But because we want to live.

We carry no bombs, only burdens.
We hold no hatred, only hope.
We are mothers with lullabies trapped in our throats.
Fathers with dreams folded in pockets of fear,
Children with eyes too wide for their years,
All craving one thing,
A chance.
Just a chance.

We build from ruins,
We love despite the loss.
We plant seeds in foreign soil,
Hoping one day, our children will harvest peace.

We do not come to take,
But to give.
Our hands, our hearts, our hope.
We honor every door that opened,
Every hand that reached out.

BUT BY HOPE“

You fear what you do not know.
But come close,
And you'll see;
We are storytellers, peacemakers, pain-bearers turned bridge-builders.
We don't bring war,
We ran from it.
We don't break laws,
We respect them.
Because we know what it's like to live without justice.

So don't see us as shadows.
See us as mirrors –
Reflecting all that is human;
The need to be safe,
To be heard,
To be home.

We are refugees –
Not by choice,
But by circumstance.
Not less human,
But more resilient.

We carry nothing but stories,
And dreams heavy with hope.
Let us live.
Let us belong.
Let us breath.

*Illustration S. 51:
Max V. aka
POLYTOX ist
deutsch-
mexikanischer
Künstler aus
München. Er hat
über die Jahre seinen
eigenen Stil
entwickelt. Er arbeitet
in einem Inklusions
Café.
Ihr findet ihn auf
Instagram unter
@polytoxart*



Ocean Viking
Drohnenbild der Crew bei Wet drills



10 Jahre zivile Seenotrettung

Solidarität im umkämpften humanitären Raum

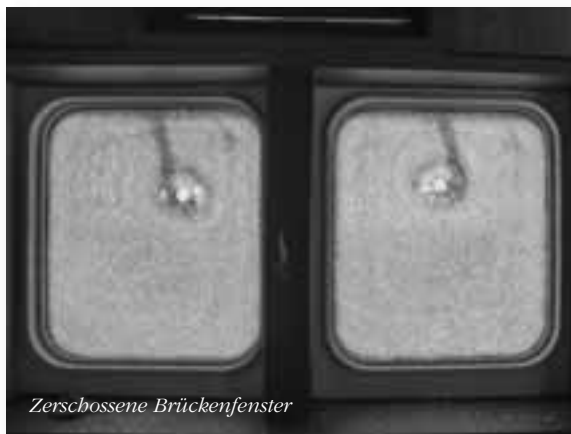
Die europäische Kooperation mit Libyen befeuert Angriffe auf Rettungseinsätze:
Wie viele rote Linien will die EU im Mittelmeer noch überschreiten?
Von Julia Leithäuser

Am 24. August wurde eine jahrelange Warnung von zivilen Seenotrettungsorganisationen auf dramatische Weise zur Realität: Ein Patrouillenboot der libyschen Küstenwache eröffnete ohne Vorwarnung das Feuer auf die *Ocean Viking*, das Rettungsschiff von *SOS MEDITERRANEE*, welches die Organisation in Kooperation mit der *Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften* (IFRC) betreibt. An Bord befanden sich 87 schutzsuchende Menschen, die kurz zuvor aus Seenot gerettet worden waren sowie 34 Crewmitglieder. 20 Minuten lang wurde die *Ocean Viking* mit Dauerfeuer beschossen. Die Kugeln zerstörten die Brücke und schlugen an der Seite des Schiffs ein, Fenster wurden auf Kopfhöhe durchschossen.

Lucille, Kommunikationsverantwortliche an Bord, befand sich zum Zeitpunkt des Angriffs auf der Brücke. Sie berichtet: "Mit meinem Fernglas näherte ich mich dem Fenster auf der Steuerbordseite und sah zwei bewaffnete Männer, die auf uns zielten. Ich war mir sehr unsicher, was ich da sah. Noch während ich mein Fernglas einstellte, um zu sehen, was passierte, hörte ich eine Kugel neben mir in die Tür einschlagen. Jemand schrie: 'Auf den Boden!'."



Tür der Brücke mit Einschusslöchern.



Zerschossene Brückenfenster

An den Schnellrettungsbooten findet die Crew später ebenfalls Einschusslöcher. Das Rettungsequipment ist zerstört. Patrick, Teil des Such- und Rettungsteams, begutachtete die Schäden: "Rettungsgeräte, Schwimmringe, Krankentragen – von Kugeln durchsiebt. Besonders traf mich der Anblick eines unserer Schnellboote. Drei Jahre habe ich mit diesem Boot gearbeitet, habe gesehen, wie es unzählige Leben gerettet hat. Jetzt stand es da – an die Bordwand gelehnt, zerschossen, entlüftet, schlaff. Für mich war das ein herzerreißender Anblick."



Luftleeres RHIB – Schnellrettungsboot, das für Rettungseinsätze verwendet wird – nachdem es von einer Kugel getroffen wurde. Es ist nun nicht mehr einsatzfähig.

Das angreifende Schiff, die *HOUN PB 664*, ist ein Patrouillenboot der „Corrubia-Klasse“, das Italien im Rahmen eines EU-finanzierten Programms 2023 an Libyen geliefert hatte. Was geschah, war kein „Zwischenfall“, sondern ein gezielter, koordinierter Angriff auf ein Schiff, das streng nach internationalem Seerecht operierte.

Dieser Angriff ist der vorläufige Höhepunkt einer jahrelangen Eskalation, die von europäischen Regierungen ermöglicht wird.

Ein System der Gewalt

Während 2014 noch die italienische Seenotrettungsoperation *Mare Nostrum* aktiv Menschen aus Seenot rettete, wurde ab 2017 der Fokus konsequent auf Abschottung und Externalisierung verlagert.

Mit dem *Memorandum of Understanding* zwischen Italien und Libyen von 2017 begann eine enge Kooperation der EU mit libyschen Akteur*innen, die bis heute andauert: Ausbildung, Ausrüstung und finanzielle Unterstützung fließen an die libysche Küstenwache, die in ein Netzwerk an rivalisierender Milizen verstrickt ist.

Die humanitäre Situation auf dem zentralen Mittelmeer hat sich seither nicht verbessert: Noch immer kommen jährlich tausende Menschen bei dem Versuch, das zentrale Mittelmeer zu überqueren, ums Leben. Doch zivile Seenotrettungsorganisationen, die als einzige die gravierende staatliche Rettungslücke im zentralen Mittelmeer zu schließen versuchen, werden an ihrer lebensrettenden Arbeit gehindert und in den vergangenen Jahren mehrfach festgesetzt.

Gleichzeitig wird die libysche Küstenwache mit immer moderneren Booten ausgestattet, die ursprünglich für militärische Zwecke gebaut wurden. Das Ergebnis ist eine gefährliche Konfrontation: Auf der einen Seite immer aggressiver auftretende und schwer bewaffnete Akteure mit EU-finanzierten Schiffen, auf der anderen Seite wenige humanitäre Organisationen, die unter permanenter Bedrohung arbeiten müssen.

Bereits 2023 dokumentierte *SOS MEDITERRANEE* drei schwere Sicherheitsvorfälle, in die von Italien gelieferte Patrouillenboote verwickelt waren. Im Juli 2023 fielen bei einem Rettungseinsatz Schüsse von einem libyschen Boot, das nur wenige Wochen zuvor aus Italien übergeben worden war. Zwischen Januar und April 2024 registrierten NGOs sechs weitere Vorfälle, bei denen libysche Boote Rettungsschiffe bedrohten oder beschossen – fünf verschiedene Organisationen waren betroffen. Insgesamt waren sechs Boote beteiligt, die alle durch EU-Mittel finanziert worden waren.

Die EU als Komplizin

Seit dem *Memorandum of Understanding* zwischen Italien und Libyen von 2017 wurden mindestens 36 Schiffe an die libysche Küstenwache übergeben. Die EU finanziert ein System, durch das schutzsuchende Menschen immer wieder in einen Kreislauf von Gewalt, Ausbeutung und Menschenhandel zurückgedrängt werden. Die Menschenrechtsverletzungen vor Ort sind gut dokumentiert, trotzdem wird die Kooperation mit den libyschen Behörden fortgeführt. Eine UN-Untersuchung von 2023 stellte klar: „Die libysche Küstenwache ist eng verflochten mit Milizen und bewaffneten Gruppen und arbeitet Hand in Hand mit Schmuggler- und Menschenhandelsnetzwerken.“ Zugleich dokumentierte die *UN-Fact Finding Mission* eine massive Zunahme gewaltsamer, illegaler Rückführungen vor der libyschen Küste. So wurde im Jahr 2024 etwa jede dritte Person, die versuchte Libyen zu verlassen, gewaltsam zurückgebracht, wohingegen es 2017 noch circa 12 Prozent waren.

Kriminalisierung ziviler Rettungsorganisationen

Während zivile Rettungsorganisationen seit Jahren dokumentieren, wie die libysche Küstenwache Menschenrechte verletzt und internationales Seerecht missachtet, richtet sich der politische Druck nicht gegen die Täter*innen, sondern gegen jene, die Leben retten.

Nach den Angriffen werfen italienische Behörden den NGOs vor, sich selbst in Gefahr gebracht oder die Anweisungen der libyschen Küstenwache missachtet zu haben.

Dass diese Anweisungen oft auf rechtswidrigen Forderungen beruhen und mit Gewalt durchgesetzt werden, wird dabei bewusst verschwiegen. Seit Anfang 2023 verschärft das nach dem italienischen Innenminister benannte *Piantadosi-Dekret* diese Politik massiv. Das Dekret verpflichtet Rettungsschiffe, nach jedem einzelnen Rettungseinsatz sofort den zugewiesenen Hafen anzusteuern – auch wenn noch weitere Notfälle in der Nähe bestehen. Wer sich weigert, riskiert hohe Geldstrafen, die Festsetzung des Schiffes und strafrechtliche Konsequenzen für die Crew.

Hinzu kommt, dass die italienischen Behörden den Schiffen systematisch extrem weit entfernte Häfen zuweisen – häufig in Norditalien, etwa Ravenna oder Marina di Carrara, teils über 1.600 Kilometer vom Einsatzgebiet entfernt. Diese erzwungenen Umwege binden nicht nur enorme Ressourcen, sondern halten die Rettungsschiffe tagelang davon ab, im Such- und Rettungsgebiet aktiv zu sein. Währenddessen sterben Menschen, weil keine Schiffe vor Ort sind.

Diese Strategie verfolgt ein Ziel: Sie soll die Arbeit der NGOs teuer, kompliziert und riskant machen, um sie so stark zu behindern wie möglich. Während die libysche Küstenwache mit EU-Geldern aufgerüstet wird, werden die wenigen verbliebenen zivilen Rettungsorganisationen so systematisch geschwächt. Der Zugang zum humanitären Raum im zentralen Mittelmeer wird damit in doppelter Hinsicht immer schwieriger: In der EU werden humanitäre Organisationen mit bürokratischen Hürden und Strafverfolgung bekämpft, im Mittelmeer wird ihre Arbeit durch bewaffnete Gruppen gestört. Damit macht sich die EU mitschuldig: Nicht nur durch direkte Kooperation mit gewaltsam agierenden libyschen Akteur*innen, sondern auch durch eine Politik, die Rettung kriminalisiert und Gewalt legitimiert.



Julia Leithäuser
arbeitet als Referen-
tin für politische
Kommunikation bei
SOS MEDITERRANEE
Deutschland

Menschlichkeit und Solidarität

Der Angriff auf die *Ocean Viking* war ein Angriff auf Menschlichkeit und Solidarität. „Erst als die Libysche Küstenwache abgezogen war wurde das ganze Ausmaß sichtbar: Die Brücke war von Kugeln durchsiebt, die Schnellboote, Antennen und Radars gezielt beschossen. Sie hatten strategische Punkte getroffen, um weitere Rettungen zu verhindern. Doch vor allem hatten sie versucht, uns zu töten“, schreibt ein Crewmitglied danach in dem Bericht für die Behörden. Niemand an Bord wurde verletzt, aber das Ziel war klar: einschüchtern, abschrecken, zum Schweigen bringen.

Doch für SOS MEDITERRANEE ist klar: Solange Menschen gezwungen sind, über das Meer zu fliehen, werden wir da sein. Um zu helfen, zu schützen und davon zu berichten.<



Rettung am 24.08.2025 von 40 Menschen aus dem Sudan aus einem überfüllten Schlauchboot in der libyschen Such- und Rettungsregion.

Karte der „weit entfernten Häfen 2024“



Fotocredits: S. 54/55 Francesca Volpi / SOS MEDITERRANEE, S. 56 1 SOS MEDITERRANEE, S. 56 2-3 Max Cavallari / SOS MEDITERRANEE, S. 58 Max Cavallari / SOS MEDITERRANEE

**„Trotz Handicap und
Kriegserlebnissen ist ein
gutes Leben möglich“**



Marwa Almbaed in Manhattan, New York auf dem Platz vor dem Headquarter der Vereinten Nationen, wo sich im Oktober 2024 der 1. Ausschuss für Internationale Sicherheit und Abrüstung traf und Marwa sich bei diesem Treffen mit Diplomaten austauschte.

2015 verlor die damals 24-jährige Marwa Almbaed aus Syrien durch einen Bombenangriff so gut wie alles, was ihrem Leben Sinn gab, ihr etwas bedeutete. Seit dem Angriff ist sie querschnittsgelähmt. Marwa Almbaed sprach mit Christine Wolfrum über ihr schwieriges Leben danach: Wie sie darum kämpfte wieder zu sich zu finden und aktiv zu werden und wer sie dabei unterstützte. Sie berichtet aber auch, wie sie sich heute stärker denn je für Peacebuilding engagiert, denn Rache und Hass sind keine Lösung.

Kurz vor Marwa Almbaeds Rückreise nach Heidelberg – sie hatte mit Schülerinnen und Schülern über das Leben mit Behinderung und zu Piecebuilding diskutiert – trafen wir uns an einem heißen Sommernachmittag im Juli in der Bar eines Hotels gleich neben dem Münchner Hauptbahnhof, um ihr Extrawege zu ersparen. Aktuelle Baumaßnahmen im Hauptbahnhof verhinderten, dass sie pünktlich war. Umständlich musste sie sich in ihrem Rollstuhl bis zum Hotel auf Behelfswegen durchschlängeln. Angekommen kam sie aber gleich zur Sache:

„Wenn Bomben und Granaten in Wohngebieten einschlagen, treffen sie fast immer Zivilisten und Zivilistinnen wie mich. Da entscheiden Militärs, auf einen Punkt zu zielen, ein wichtiges Gebäude, ein Krankenhaus, ein Wohnhaus, um einen bestimmten Menschen, eine bestimmte Gruppe zu töten. Dabei vergessen sie, dass es tausende Menschen gibt, die auch dort wohnen, leben und die sie gleichfalls auslöschen oder für immer verletzen. Ich war im Auto mit meinem Vater, meiner Mutter und meiner Schwester Raneem in Damaskus unterwegs, als uns die Bombe 2015 traf. Ich war 24 Jahre alt und es passierte zwei Wochen, bevor mein Bruder Ahmad mit mir Syrien verlassen wollte. Wir hatten bereits alles organisiert.

Mein Leben davor: Ich studierte Marketing und Business und arbeitete bei einer Firma in diesem Bereich. In meiner Freizeit tanzte ich leidenschaftlich Tango, unterrichtete Kinder, da sie während des Kriegs keine Schule besuchen konnten. War zu gefährlich. Zusätzlich arbeitete ich ehrenamtlich im Bereich Peacebuilding.

Mein Leben danach: Querschnittsgelähmt verließ ich zwei Jahre lang nicht mehr unsere Wohnung. Selbst bei schweren Angriffen auf Damaskus konnte ich nicht mit den anderen ins Freie fliehen. Es gab keinen Aufzug, nur eine steile, große Steintreppe, die nach unten führte. Mein Studium musste ich aufgeben, ebenso meine Arbeit und das Tanzen sowieso. Alles, meine Ziele, meine gesamte Basis waren mit einem Mal weg. Mein Körper war mir fremd geworden. Ob beim Duschen, Anziehen oder wenn ich vom Bett auf einen Stuhl wechseln wollte, brauchte ich die Hilfe meiner Familie. Durch den Unfall und das Gefühl, dem Krieg völlig ausgeliefert zu sein, bekam ich Panikattacken und unkontrollierbare Ängste. In unserer Kultur sprechen wir nicht über Depressionen, psychische Probleme. Wir sind nicht offen bei diesem Thema. Da haben wir nur dieses Schamgefühl. Auch bei mir war das damals so.

Rache bringt nichts, macht uns kaputt

Das Einzige, was mir nach dem Angriff blieb, war meine Arbeit im Peacebuilding, also wie kann ich Frieden fördern. Schon in Syrien arbeitete ich für *Handicap International*, inzwischen auch für *EXPLOSIVE WEAPONS IN POPULATED AREAS*, kurz EWIPA. Dabei geht es unter anderem darum, die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts umzusetzen und durch Austausch und konkrete Beispiele und Regeln zu verbessern, letztlich einen besseren Schutz der Zivilbevölkerung vor den Kriegsfolgen in bewohnten Gebieten zu ermöglichen. Heute arbeite ich auch für die Organisation *globally connected*. Ich komme aus einem Land, in dem immer noch Krieg herrscht. Kinder, die 2011 geboren wurden, sind jetzt 14 Jahre alt. Was haben diese Kinder gesehen außer Gewalt, tote Menschen, Blut, alles, was schlimm ist, alles, was



Marwa und ihr Coach tanzen zusammen auf einem Tango-festival 2015 in Damaskus.

schwarz und hoffnungslos ist – in der Familie, in der Nachbarschaft? Im Krieg Lebende sind seelisch, körperlich verletzt – in ihrem gesamten Wesen. Wie können sie dann Frieden lernen? Lernen eine andere politische Meinung auszuhalten ohne Gewalt anzuwenden? Das ist unter anderem das Ziel von Peacebuilding. Konkret: Wie kann ich Frieden in mir fühlen? Rache bringt nichts, sie macht uns kaputt, ebenso der Hass. Mit Hass im Herzen, kann man keine ruhigen Tage mehr haben. Da ist immer dieses Gefühl und es bleibt im Innern dunkel. Das kenne ich selbst. Es ist zu hundert Prozent schwer, wenn ich weiß, wegen diesem Menschen habe ich meine Beeinträchtigung, mein Handicap. Er hatte sich entschieden, diesen Platz bombardieren zu lassen. Auch ich musste lernen, wieder innere Ruhe und Ausgeglichenheit zu finden.

Einem querschnittsgelähmten Ergotherapeuten konnte ich vertrauen

Mein drei Jahre älterer Bruder sagte nach dem Unfall: ‚Okay, Marwa, ich gehe jetzt allein nach Deutschland. Aber ich finde einen Weg für dich nachzukommen. Dann treffen wir uns wieder.‘ Er gab mir eine von zwei Glücksmünzen. Die andere behielt er, steckte sie in sein Portemonnaie. ‚Wenn wir uns wiedersehen, gibst du sie mir zurück.‘ Dieses tiefe Vertrauen, dass er mich wirklich holen wird, half mir durch schwierigste Zeiten.

Als Ahmad in Weinheim bei Heidelberg ins Camp kam traf er das Ehepaar Irene und Hans, das sich entschied, ihn zu unterstützen, damit er schnell die Sprache lernt, eine Wohnung und Arbeit findet. Ahmad ist nun medizinischer Ingenieur in Heidelberg. Er sprach auch von mir, seiner Schwester

Marwa. Daraufhin kontaktierte Irene so gut wie jede Reha-Klinik in Baden-Württemberg, um für mich einen Platz zu suchen. Auch fand sie Wege, Geld zu sammeln, um die Finanzierung zu sichern. Jetzt weine ich fast, weil dieses Paar so unendlich viel für mich getan hat, ohne mich zu kennen. Es gab so viele Hürden, so viele Unsicherheiten, viel Auf und Ab, doch immer wieder setzten alle drei sich für mich ein. Endlich erhielt ich 2017 mein Visum und flog mit meiner Mutter als Begleitperson nach Frankfurt. Und dort in der Empfangshalle sah ich einen Mann, Hans, mit zwei leuchtend gelben Sonnenblumen neben meinem Bruder stehen. Endlich traf ich Ahmad wieder und gab ihm die Glücksmünze zurück. In

"Sie sitzen im Rollstuhl. Sie müssen sich eine Ausbildung im Büro suchen."

dem Moment passierte es, dass ich das erste Mal wieder bewusst Farben und Licht wahrnahm. Davor gab es für mich nur Schwarz und Grau – doch nun wollte ich weiter nach Buntem Ausschau halten, was mir später auch eine Therapie ermöglichte.

In der Reha lernte ich, insbesondere durch den Physiotherapeuten Michael, wie ich wieder selbstständig aktiv sein kann. Überrascht war ich, dass in der Reha ein Ergotherapeut arbeitete, querschnittsgelähmt, so wie ich. Es machte einen großen Unterschied, als er mir zeigte, wie der Transfer vom Bett in den Rollstuhl eigenständig gelingt und die

Morgentoilette allein möglich ist und vieles mehr. Ihm konnte ich vertrauen, denn er hatte dasselbe Handicap wie ich. Wegen ihm begann ich zu hoffen: Kann auch ich ein stabiles, eigenständiges Leben führen? Bald sah ich: Er kann alles in seinem Alltag schaffen. Da war mir klar, wenn es bei ihm klappt, dann klappt das auf jeden Fall auch bei mir. Und was liegt näher, als dass auch ich Ergotherapeutin werden wollte, um anderen zu zeigen, dass trotz Handicap und Kriegserlebnissen ein gutes Leben möglich ist. Irene begleitete mich zur Agentur für Arbeit, wo ich mich nach dieser Ausbildung erkundigte. Doch die Angestellte sagte: ‚Dass Sie als Therapeutin arbeiten wollen, unterstützen wir nicht. Dieser Berufswunsch ist für jemanden mit einer Behinderung wie Ihrer nicht möglich. Sie sitzen im Rollstuhl. Sie müssen sich eine Ausbildung im Büro suchen.‘ Mit Diskriminierung hatte ich an dieser Stelle nicht gerechnet. Was berechtigt diese Angestellte, über meine Fähigkeiten und meine Grenzen zu entscheiden? ‚Kein Problem‘, sagte Irene, das kriegen wir hin.‘ Inzwischen bin ich im dritten Ausbildungsjahr und sieben wunderbare ältere Frauen – alle aus Deutschland – zahlen für mich die Schule, Monat für Monat. Diese Welt braucht genau solche Menschen mit Herz, Respekt und Menschlichkeit. Ich habe die beste und stärkste Unterstützung in meinem Leben bekommen. Und möchte von dem, was ich bekommen habe, anderen weitergeben.“<

Marwa Almbaed:

„Hier seht ihr mich während meines Praktikums als Ergotherapeutin in der Orthopädischen und Neurologischen Klinik Heidelberg. Am selben Ort war ich früher Patientin, als ich nach Deutschland gekommen bin wegen meiner Lähmung. Und ich war sehr stolz, dass ich 2017 dort Patientin war und 2024 als Ergotherapeutin für mein Praktikum zurückgekommen bin.“



Zur Person *Ich durfte Mobammad Yaquoubi bereits vor vielen Jahren kennenlernen. Damals habe ich im Begegnungszentrum Bellevue di Monaco gearbeitet und Mobammad wohnte dort in einer WG für geflüchtete Jugendliche. Mobammad fiel mir auf, denn er war gewitzt, unglaublich charmant und er hatte stets ein freundliches Lächeln im Gesicht, und das egal, wo man ihn traf. Damals habe ich mich manchmal gefragt, wo dieser Kerl eigentlich diese positive Energie bernimmt, denn einfach war sein Leben damals nicht. Er stammte aus Afghanistan, war hier ohne Familie und die Zukunft ungewiss, denn eine Abschiebung nach Afghanistan war mehr als wahrscheinlich. Ich wechselte meine Stelle und unsere Wege kreuzten sich erneut, als wir uns bei „Kunst im Quadrat“, einem Festival, welches zu Corona Zeiten auf der Theresienwiese in München stattfand, beide als Kollegen wiederfanden. Beim Feierabendgetränk saßen wir am lodernden Grill und Mobammad packte aus. Er erzählte von seiner Zeit als geflüchteter Afghane im Iran, seiner Arbeit auf den Pistazienfeldern und dem anstrengenden Leben dort. Er erzählte das Ganze selbstbewusst und lustig, wie andere vielleicht von ihren Urlaubserlebnissen berichten, und es wurde viel gelacht. Ich war beeindruckt, denn dieser Mobammad hatte schon so viel mehr von dieser Welt erfahren, erlebt und erlitten und war dennoch so voll Witz und Elan. Keine Spur von Verbitterung. Mobammad ist nicht nur lustig und charmant, sondern auch unglaublich smart: Er macht eine Ausbildung, findet einen Job, arbeitet als „Kneipi“ im Bürgerhaus Glockenbachwerkstatt, holt seinen Freundeskreis in die „Glocke“, erfindet seine eigene Veranstaltungsreihe und wird sogar Vorstand des Bürgerhauses. Und das ist alles nicht selbstverständlich, denn gleichzeitig musste und muss er bis heute unglaublich viele bürokratische Hindernisse überwinden, rassistische Beleidigungen ertragen und immer wieder kämpfen, kämpfen, kämpfen. Dabei nicht zu verbittern – ein echtes Kunststück. Im nachfolgenden Text, den uns Mobammad für diese Hinterland Ausgabe zugesendet hat, schreibt er sich seine aufgestaute Wut in einem polemischen Gedicht von der Seele. Von Matthias Weinzierl*

ICH HABE ES SATT

ICH HABE ES SATT, immer wieder die Frage zu hören, woher ich komme und welchen Ursprung ich habe. Denn anscheinend sagt das viel mehr über mich aus als das, wer ich persönlich bin.

ICH HABE ES SATT, immer wieder die Blicke in der Öffentlichkeit zu spüren, die mich fragen: „Was machst du hier?“ und sagen: „Du gehörst überhaupt nicht hier her.“ Oder dir klarmachen: „Du kannst niemals in dieser Gesellschaft richtig ankommen.“

ICH HABE ES SATT, die blöden Politiker*innen zu hören, wie sie dem Volk erzählen möchten, dass wir Migrant*innen der Grund für ihre Versagen sind und alle Finger auf uns zeigen, sodass viele naive Menschen das auch glauben.

ICH HABE ES SATT, dass ich mich jeden Tag und überall beweisen muss, dass auch ich ebenso ein Teil dieser Gesellschaft bin und nichts für die Tat von manch Anderen kann.

ICH HABE ES SATT, immer wieder vor Angst nicht schlafen oder nicht zu Hause bleiben zu können, weil eine Abschiebung bevorsteht. Und wissen zu müssen, dass bei einer Abschiebung dann Folter oder Hinrichtung als Willkommensgruß auf mich warten.

ICH HABE ES SATT, diese Doppelmoral zu erleben, die so tief in Vielen steckt. Die sich einfach nur gut darstellen und akzeptiert zeigen, obwohl sie nicht mal ansatzweise eine zeigen, obwohl sie nicht mal ansatzweise eine Ahnung haben, wie sich diese Moral in ihnen langsam und leise verdunkelt.

ICH HABE ES SATT, für ein Stück Papier meine Seele und meine Werte zu verkaufen, um einfach die angeblichen Privilegien, die viele bei der Geburt haben, zu bekommen.

ICH HABE ES SATT, von den Medien zu lesen, die einfach nicht neutral sind und nicht über Wahrheiten sprechen, sondern einfach manipuliert sind und Menschen gegen einander aufhetzen.

ICH HABE ES SATT, zu sehen, jeden Tag und überall auf der Welt unschuldige Zivilisten und kleine Kinder sterben und dabei alle Anderen einfach den Mund halten und schweigen.

ICH HABE ES SATT, jede Nacht in meinen Träumen auf der Flucht zu sein und dabei zu sehen, wie die Menschen leiden und ihre Leben dem Schicksal anvertrauen.



Mohammad

Yaqoubi ist Schlosser und organisiert in seiner Freizeit die Veranstaltungsreihe yavaş habibi.

ICH HABE ES SATT, dass uns gesagt wird: „Ihr seid die Loser und habt eure Länder einfach ohne Kampf aufgegeben. Auf der anderen Seite sind aber die Waffenexporte aus Europa so geschmackvoll für die Industrien geworden, dass diese jeden Tag überall mehr Kriege stiften und Bürgerkriege veranlassen, um ihren Profit auf Kosten der Menschenleben zu steigern.

ICH HABE ES SATT, dass in sehr vielen Ländern Menschen hungern und überhaupt keine Ressourcen haben. Wir aber hier nach exotischem Essen suchen und zu allen Jahreszeiten alles was wir wünschen finden können.

ICH HABE ES SATT, zu sehen wie ein Stift dazu genutzt wird, andere Menschen bluten zulassen und ihnen Schmerzen zuzufügen. Mit diesem Stift sie Kriege stiften, Familien trennen und ein globales Leid schaffen, obwohl wir Menschen alle gleichberechtigt, obwohl wir Menschen alle gleichberechtigt sein sollten.

ICH HABE ES SATT, dass die Frauenrechte verletzt und Frauen dadurch unterdrückt werden. Ihr Wert, den ich nicht mal in Wörter bringen kann nicht geschätzt wird, denn eine Welt ohne Frauen fühlt sich ganz leer und ziellos an.

ICH HABE ES SATT, zu erleben, wie ein afghanisches Mädchen, zum dritte Mal die fünfte Klasse wiederholt, weil es ihr nicht gestattet ist, höhere Klassen zu besuchen. Zu dem wurde sie vielleicht schon von ihren Eltern verkauft. Sie muss wahrscheinlich einen viel älteren Mann heiraten. Da bricht mein Herz, bin wütend und sprachlos und bitte um Vergebung für das Leid, was die Frauen durch Männergewalt erleben.

ICH HABE ES SATT, dass wir so tief in unseren Leben und Gedanken ertrunken sind, dass wir dabei nicht sehen, wie die rechte Politik sich überall verstärkt und Macht bekommt. Besser jetzt verbinden, anstatt in einigen Jahren dagegen kämpfen oder immer noch schweigen aus Angst.

ICH HABE ES SATT, sobald uns etwas nicht direkt betrifft, dann fühlen wir es nicht und uns ist egal, wie es den anderen Menschen geht! „Sollen sie doch leiden und nicht wir.“ Ich habe es satt, wenn die UN-Sicherheit, die für die Wahrung des Weltfriedens und internationale Sicherheit beauftragt ist, selbst nicht sicher ist und nicht nur keine Sicherheit bewahrt, sondern das Vertrauen der Menschen weiter verunsichert.

ICH HABE ES SATT, dass überall über Integration gesprochen wird und gesagt wird: "sie integrieren sich nicht hier." Dabei haben sie selbst keine Ahnung, was das eigentlich bedeutet. Sie wiederholen, was sie hören, anstatt mit ihren Mitmenschen, die von anstatt mit ihren Mitmenschen, die von Pflegekraft bis hin zur Forschung arbeiten oder auch Nachbarn sind, ins Gespräch zu kommen, um zu sehen, was Integration eigentlich bedeutet.

ICH HABE ES SATT, dass Deutschland wieder seine grausame Vergangenheit wiederholt und sich am Mord an einer Bevölkerung beteiligt. Dieses Mal vielleicht indirekt, aber moderner. Sie jagen der Bevölkerung Angst ein, damit sie schweigen und die Politik weiter ihre dreckige Arbeit machen kann.

ICH HABE ES SATT, dass heutige Kriege keine Grenzen mehr kennen. Es werden sogar die Krankenhäuser, Schulen, Kulturbücher und Hilfsorganisationen im Decknamen der Selbstverteidigung bombardiert und angegriffen.

ICH HABE ES SATT, dass Menschen im Namen ihres Glaubens Andere missbrauchen, töten, unterdrücken und dabei die Schönheit und Wahrheit des Glauben verschmutzen. Das führt dazu, dass Viele nicht nach dem wahren Glauben suchen.

ICH HABE ES SATT, dass wir trotz fortgeschrittener Technologien und globalen Netzwerken, in unseren Köpfen in einem kleinen Dorf geblieben sind und keine Ahnung haben, wer unsere Nachbarn sind. Ich habe es satt, dass man nur als schön angesehen wird, wenn man einen perfekten Körper hat. Wenn man nicht diesem Ideal entspricht, wird man gemobbt und diskriminiert, weil alle vergessen, dass die wahre Schönheit tief in unserem Inneren steckt.

ICH HABE ES SATT, die Grenzen anzusehen, die Brüder und Schwestern trennen, wo ein Kuss oder eine Umarmung oder nur ein Gruß dein Leben kosten würde, um diese gemalte Grenzen überqueren.

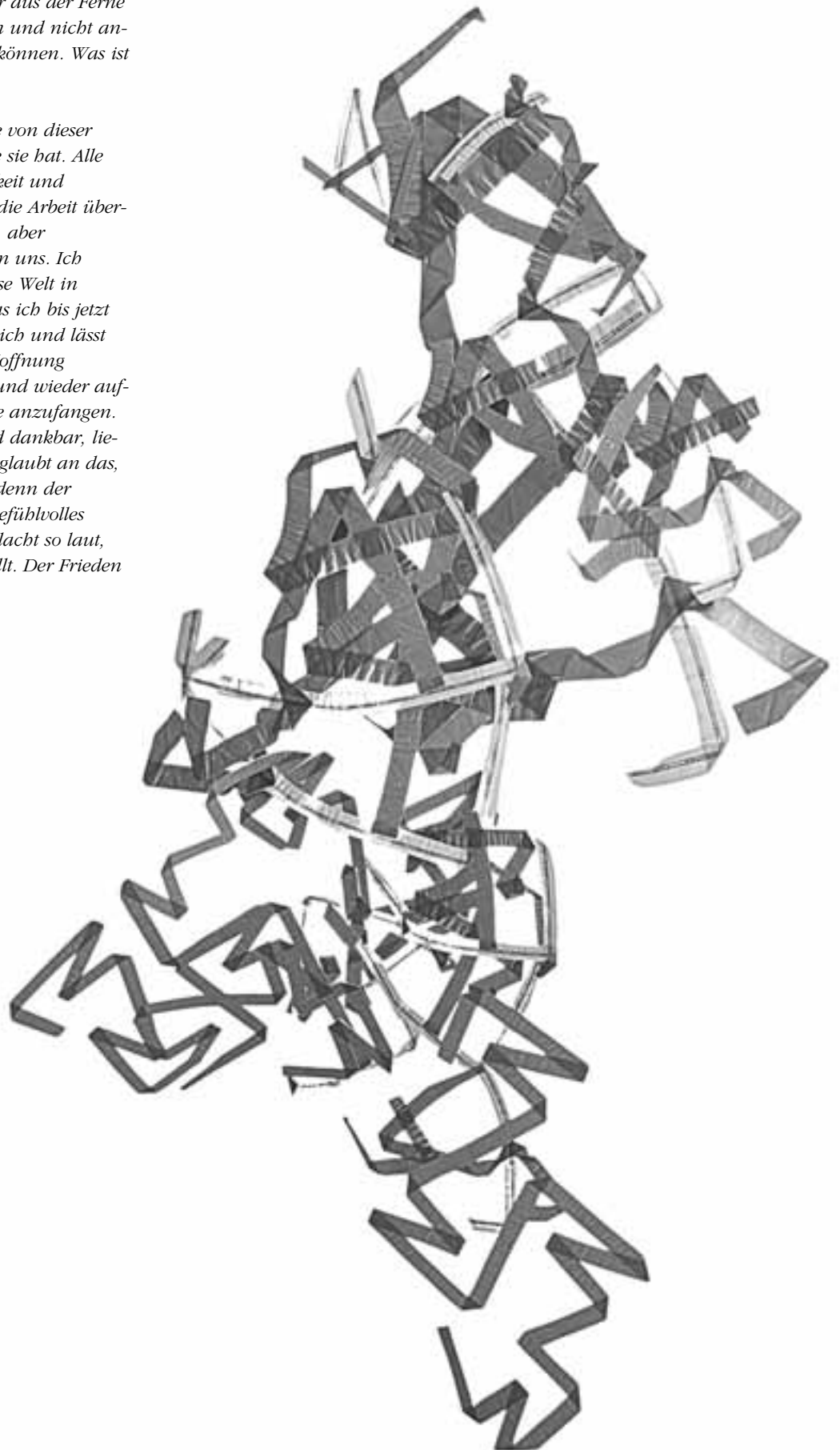
ICH HABE ES SATT, zu sehen, wie Minderheiten vom Rest der Menschheit vertrieben, ermordet oder rausgeworfen werden, als ob sie überhaupt nicht existieren.

ICH HABE ES SATT, dass wir von der Vergangenheit nicht lernen und unsere Fehler wiederholen. Die zukünftige Generation wird sich fragen, wie naiv wir gelebt haben, wenn sie über uns lesen werden.

ICH HABE ES SATT, *meine Familie nur aus der Ferne über einen kleinen Bildschirm zu sehen und nicht anfassen, riechen, drücken, berühren zu können. Was ist das für eine Familie?*

ICH HABE ES SATT, *und ich bin müde von dieser Welt mit so vielen hässlichen Seiten, die sie hat. Alle wünschen sich eine Welt mit Gerechtigkeit und Frieden und warten bis irgendjemand die Arbeit übernimmt. Es heißt man stirbt nur einmal, aber eigentlich stirbt Tag um Tag ein Teil von uns. Ich wünsche mir, dass ich irgendwann diese Welt in Zufriedenheit verlassen kann. Denn was ich bis jetzt gesehen und erlebt habe, beunruhigt mich und lässt meine Vorstellungen immer nur eine Hoffnung bleiben. Ich bin schon öfter gestorben, und wieder auf-erstanden und habe versucht von vorne anzufangen. Seid Menschen und fühlt einander, seid dankbar, liebevoll und respektvoll zueinander und glaubt an das, was ihr auch immer für richtig haltet, denn der Glaube steht für ein respektvolles und gefühlvolles Leben miteinander. Hebt eure Stimme, lacht so laut, wie ihr wollt und lebt, wie es euch gefällt. Der Frieden und die Wunder geschehen von allein.*

Mohammad Yaquobi



Die Kunst des Verschwindens

Ein Arbeitstag einer Dolmetscherin.
Von Aida Bakhtiari

Das Telefon klingelt. „Kannst du spontan kommen? Es ist dringend.“ — „Wohin?“ — „Ins Jugendamt.“ — „Wann?“ — „Jetzt sofort! Das ist sehr nah bei dir.“ — „O.K., ich bin in zehn Minuten da.“ Sie springt aufs Fahrrad.

Die Gänge der Behörde sind grau und eng. Immer wieder aufs Neue muss sie sich auf der Suche nach Zimmer D02.85 entscheiden, ob sie nach rechts oder links abzweigen will. Keine Bilder, keine Farben. Als dürften Gefühle hier keinen Platz haben. Im Zimmer angekommen wird sie hastig von einer Beamtin begrüßt, wie eine Zeile in einer Checkliste abgehakt. Sie soll warten. Der Raum hat mehrere Türen, ist grell wie ein OP-Saal und es ist laut darin wie in einer Fabrik. Drei große Drucker rattern unentwegt Papiere raus und saugen sie wieder ein. Hinter den Schreibtischen versuchen einige Beamte, ihrem Arbeitsplatz doch etwas Persönlichkeit zu verleihen. Es hängen schiefe Sprüche und Bilder an der Wand. „Ich mache Fehler, damit niemand merkt, dass ich perfekt bin.“ Eine Dame kommt, legt einen Stapel Papiere auf den Tisch und verlässt den Raum kommentarlos. Kurz darauf betritt ein anderer Beamter hektisch den Raum: „Haben wir schon den Stempel?“ Die Beamtin stellt das Telefon auf laut, aus dem es trötet: „Der gewünschte Teilnehmer ist nicht erreichbar. Bitte ...“ „Nein, aber die Dolmetscherin ist schon da“, antwortet ihm die Beamtin. Sie legt auf und wählt wiederholt die Nummer. „Ich erreiche den Vater nicht ...“

Die ältere Dame huscht an ihr vorbei, nimmt Unterlagen aus dem Drucker, der immer noch unentwegt arbeitet, und schaut sie kichernd an: „Formulare, Formulare – von der Wiege bis zur Bahre.“ Ein Mann betritt den Raum: „Ich habe den Richter erreicht, er ist einverstanden, wir brauchen nur noch einen Platz für den Kleinen im Heim.“ Bei dem Wort schaudert es die Dolmetscherin.

Von professionellen Dolmetscher*innen wird erwartet, dass sie unsichtbar sind. Sie sollen in einer Szene verschwinden und nur für die Übertragung der Information sorgen. Soweit es ihnen möglich ist, sollen Interpretationen des Übersetzten vermieden werden. Die Dolmetscherin soll als Person im Hintergrund bleiben, damit ein Gespräch ausschließlich zwischen den Beteiligten stattfinden kann. Dabei hilft ihr der gesenkte Blick. Dann hören die Beteiligten auf, die Dolmetscherin anzusehen, schauen sich gegenseitig an und sprechen stattdessen miteinander. Das bringt etwas Ausgleich in das Machtverhältnis, das eine solche Situation prägt. Sie selbst kennt die Ohnmacht zu gut, die einen beherrscht, wenn man nicht versteht, was gesprochen wird – ob unter Gleichaltrigen, beim Arzt oder bei Behördengängen mit den Eltern. Heute ist sie stolz, dieses Leid ein Stück weit lindern zu können. Doch nun, da Wörter wie „Heim“ fallen, will eine unsichtbare Kraft sie zum Weglaufen überreden.

Nach etwa 30 Minuten Wartezeit sind die Unterlagen vorbereitet. Die Gruppe – mehrere Beamtinnen und Beamte, die Vertretung des Gerichts und sie selbst – verlassen das Amt und machte sich in der eisigen Winterluft auf den Weg zur Caritas-Unterkunft, wo die Familie lebte. Die Beamtin erzählte ihr, während sie das Fahrrad neben sich herschiebt: Eine Psychologin habe das Amt kontaktiert. Eine Frau Madani, Mutter von einem sehbehinderten Sohn, habe konkrete Vorhaben mitgeteilt, wie sie ihr Kind verletzen wolle. Nun sei das Amt verpflichtet, aktiv zu werden. Daher werde es einen Hausbesuch geben, um die Situation einzuschätzen. Wut stieg in der Dolmetscherin auf. Und sie fühlt sich plötzlich wieder wohl, Teil eines Systems zu sein, das die Aufgabe hat, Kinder zu schützen. Alle Fäuste, die Kinder schlagen, sollen für immer erstarren, denkt sie. Wenn es dazu ein Amt braucht, dann soll es so sein. Es soll Recht geschehen, und sie, die Dolmetscher*innen, sind die Stimme des Rechts. Die Muskeln des Systems. Die

Menschen sind professionell, machen ihren Beruf, und sie, sie ist auch professionell und macht das, was sie gut kann: Sich unsichtbar machen und die Wörter und ihre Bedeutung vermitteln, soweit es eben geht. Sie hält sich an diesen Gedanken fest, um die Emotionen in Schach zu halten.

Bei der Caritas-Unterkunft angekommen, geht die metallene Tür des Gebäudes direkt auf – jemand scheint dauerhaft auf den elektromagnetischen Türöffner zu drücken. Angekommen in dem dunklen, hölzernen Eingang, hallt das eindringliche Summen immer noch nach. Im Gänsemarsch marschieren sie alle ins Gebäude zur Wohnung der Familie; die Anspannung klingt in den Holzböden unter ihren Füßen. Viele ihnen nicht bekannte Personen werden in den nächsten Sekunden die Wohnung der Familie betreten. Die Familie erwartet sie nicht. Sie schämt sich. Ob alle ihre Schuhe ausziehen werden? Als die Tür aufgeht, begrüßt die Beamtin: „Frau Madani, wir sind da, um Ihnen zu helfen“, und mit diesen Worten löst die Dolmetscherin sich auf und verschwindet. Eine Art Verhör beginnt. Frau Madani ist zunächst selbstbewusst und sichtlich überzeugt davon, dass diese Menschen nun endlich gekommen seien, um ihrer Familie zu helfen. Denn ihrer Familie stehe etwas Besseres zu. Ihr Kind ist sehbehindert. Sie könne nicht mit Mitbewohnern in einem Apartment wohnen, nein, auch nicht die Küche teilen. Das würde sie verrückt machen. „Ich kann nicht mehr, wir brauchen mehr Ruhe, ständig ist etwas los im Haus, die Polizei kommt, das ist kein Zustand für uns. Ich halte das nicht mehr aus! Ich teile diese Küche mit fremden Männern, das schickt sich nicht.“ „Wie meinen Sie das, wenn Sie sagen, Sie halten das nicht aus ...?“

Je mehr Fragen gestellt werden, desto drastischer formuliert Frau Madani ihre Antworten. „Sie scheinen mich nicht zu verstehen, ich halte das nicht aus, es ist

Schluss, hier ist eine Grenze ...“ Je konkreter die Fragen, desto größer beschreibt sie das Leid, desto enger wird die Luft im Raum. Desto stärker wächst die Bedrohung für das Kind. Immer größer wird die Angst von Frau Madani, nicht die Hilfe zu bekommen, die sie braucht. Und die Fragen werden immer drängender.

„Und können Sie sich vorstellen, unter diesen Umständen Ihren Sohn zu schlagen ...?“

„Ja, natürlich ..., wenn er so schreit, macht mich das wahnsinnig! Dann muss ich ihn schlagen, damit er Ruhe gibt. Letztens ist er in das Zimmer unseres Nachbarn gegangen! Ein Fremder! Das ist eine Katastrophe ..., die Türen haben kein Schloss. Was

Sie würde jetzt so gerne aus ihrem Dolmetscherin- nen-Dasein heraustreten

soll ich machen, ich kann ihn doch nicht den ganzen Tag am Tisch festbinden. Ich schlafe die ganze Nacht aus Sorge nicht. Wir flehen sie an: Deshalb müssen Sie uns eine eigene Wohnung geben, damit wir alle Ruhe haben!“

Als die Beamtin das erste Mal erwähnt, dass die einzige verfügbare Hilfsmöglichkeit darin bestehe, Frau Madani das Kind zu entziehen, schreckt die Dolmetscherin aus ihrem Versteck auf.

Schreie grellen durch das ganze Haus. Aus tiefster Seele brüllt die Frau: „Nehmt ihr mir mein Kind, bringe ich mich um! Ich schmeiß' mich aus dem



Aida Bakhtiari ist mit 15 Jahren von Teheran, Iran, nach Erding, Deutschland ausgewandert. Sie lebt und arbeitet als Medienkünstlerin und Medienpädagogin in München.

Illustration S. 65:
Dunia Barrera (geb. 1979 in Madrid) ist eine Konzeptkünstlerin, die derzeit in München lebt und arbeitet. Mehr Informationen zu ihr und ihrer Kunst findet ihr hier:
<https://duniabarrera.com>
oder auf instagram
@duniabarreraart

„Fenster raus! Ich sag's euch!“ Frau Madani schlägt mit beiden Händen auf ihren Kopf und ihr Gesicht ein. Die Dolmetscherin würde jetzt so gerne aus ihrem Dolmetscherinnen-Dasein heraustreten. Sie würde Frau Madani anflehen: „Bitte, bitte hören Sie auf, sonst weisen sie dich auch noch ein! „Bitte, bitte! Diese Menschen hier ticken anders!“ Sie erinnert sich an die Beerdigungen, die sie als Kind erlebt hat. Auch diese Frauen waren nicht verrückt, das laute Schreien, das Klagen, das Sich-selbst-Schlagen, das war auch für diese Frauen ein ganz normaler Umgang mit überwältigenden Gefühlen. Sie ließen sich vom Leid überwältigen, um es daraufhin umarmen zu können.

Irgendwie liebte sie diese unbekannte Frau Madani, die noch nie einen Stift in der Hand gehalten hatte, doch mit einem sehbehinderten Kind über Berge und Meere gegangen war, um dem Tod zu entfliehen und ihren Kindern ein würdiges Leben zu ermöglichen.

Eine Frau, die sicher selbst keine schöne Kindheit erfahren hatte, selbst Opfer von vielen Schlägen gewesen sein musste. Und wer weiß, vielleicht war sie auch als Erwachsene geschlagen und gedemütigt worden. In dieser Welt genoss sie keine Rechte, sondern besaß nur ihren Körper und ihre Stimme. In der Welt, in der Frau Madani zu Hause gewesen war, wären in einer solchen Situation andere Frauen zu ihr gekommen. Sie hätten sie gehalten und ihren Rücken massiert. Sie hätten ihr Wasser gebracht und damit ihr Gesicht befeuchtet, ihr zugeflüstert, dass alles gut werden würde, und sie sich beruhigen solle. Doch all das geschieht hier, in der Caritas-Unterkunft, nicht. Sichtlich überfordert sitzen alle auf ihren Plätzen. Die Verantwortung einer Entscheidung lastet auf den Schultern der Beamten, die sich nun beraten. Auch die Dolmetscherin versucht verzweifelt, eine Brücke zu sein, als sie zu Rate gezogen wird. Denn genau das ist ein wesentlicher Teil des Kulturdolmetschens

– die eigene, kulturell geprägte Einschätzung mitzuteilen.

Schließlich kommt der Ehemann vom Deutschkurs nach Hause. Die Prozedur dauert weitere sieben Stunden – Stunden des zähen Ringens um eine Gefährdungseinschätzung, der Prüfung und Vermittlung.

Tief in der eisigen Winternacht montiert der Taxifahrer den Kindersitz. Während die Mitarbeiterin der Caritas das Kind hineinlegt, steigt auf der anderen Seite die Beamtin ein. Das Kind tastet suchend um sich. Große, leichte Schneeflocken schmelzen auf dem Rücken von Frau Madani, der bebt, während sie mit letzter Kraft ihr Schluchzen unterdrückt. Und während ihr Mann sie fest umklammert hält und ihr den Mund zudeckt, damit ihr Weinen das Kind nicht erreicht, wiederholt er leise: „Mein Sohn, habe keine Angst, wir kommen dich morgen besuchen, wir lieben dich, es wird alles gut. Versprochen.“

Me kënaqësi ju ofrojmë një përkthyes/një përkthyesë.

እንደ አሰራላችሁ የሴትም ሆነ የወንድ አስተርጓሚ ማቅረብ እንችላለን

نحن نقدم خدمة مترجم / او مترجمة

Մի րոպ մենք ձեզ թարգմանիչ կը տրամադրենք .

﴿ستجدهم مسلحين مسلحين مسلحين مسلحين مسلحين﴾

Em bi dilsadi u bexdewari Wergervaneki anji Wergervaneke danbin fermaniya we dikin.

এখান থেকে আমরা অনুবাদক দিয়ে থাকি।

ကျွန်ုပ်တို့မှာ အမျိုးသား/အမျိုးသမီးပြန်မကောင်းဘာသာပြန်သူကို အသုံးပြုရန် အသင့်ထားသည်။

Naši tumači Vam stoje na usluzi.

Имаме удоволствието да Ви предоставим нашите услуги за устни превод

我们乐意为您提供翻译人员。

Öck goor nen jeen Rean Kiywantck Bikweck.

We would be glad to provide you with a community interpreter.

„Ich bin das Sprachrohr“

Seit fast 30 Jahren gibt es den Gemeindedolmetscherservice in München, der 1996 als Bayerisches Zentrum für Transkulturelle Medizin e.V. begann und heute Bellevue Dolmetscherservice gGmbH heißt. Rund 700 Gemeindedolmetscher*innen wurden dort schon geschult, aktuell sind gut 240 aktiv, die insgesamt 80 verschiedene Sprachen dolmetschen. Gemeinsam leisten sie durchschnittlich 25.000 Stunden des Dolmetschens im Jahr. Im Interview mit Aida Bakhtiari sprechen Katrin Graenitz (Geschäftsführerin), Arta Nura (Dolmetscherin für Albanisch bis 2014, aktuell Büroleitung) und Nigora Mirzoeva (Dolmetscherin für Russisch und Tadschikisch bis 2014, aktuell Leiterin der Vermittlung und Schulungskoordination) darüber, wieso es ihr Angebot gibt, was es besonders macht und wie das damals war, als täglich tausende Geflüchtete mit den unterschiedlichsten Herkunftssprachen ankamen.

Fangen wir direkt bei der Gründung an. Wie war das damals, als es losging mit eurem Verein?

*Arta: Ende 1996 wurde der Verein gegründet, die erste Schulung war dann 1997. Thomas Hegemann war der Gründer, er hat alles langsam aufgebaut. Das Prinzip ist so, dass wir Menschen, die aus ihren Ursprungsländern hierhergekommen sind, gut integriert sind und die Sprache gut kennen, als Kulturdolmetscher*innen ausbilden. Diese werden dann für die verschiedenen Einrichtungen der Stadt München eingesetzt. Nächstes Jahr feiern wir 30-jähriges Jubiläum. Wenn man klein anfängt und so groß wird, dann ist das schon*

eine wichtige Sache und ich persönlich bin sehr stolz, Teil davon zu sein.

Ihr hießt früher Bayerisches Zentrum für interkulturelle Medizin. Was hat sich verändert?

Arta: Wir wurden als Verein gegründet und bestanden in dieser Form bis 2024. Dann wurden wir vom Bellevue di Monaco übernommen und in eine gGmbH umgewandelt. Dadurch haben wir auch den Namen geändert. Früher hießen wir eben Bayerisches Zentrum für interkulturelle Medizin und jetzt heißen wir Bellevue Dolmetscher Service. Am Rest hat sich nicht viel geändert, das heißt vom

Konzept her ist alles dasselbe, nur der Name und der Träger sind neu.

Was ist ein*e Gemeindedolmetscher*in?

*Nigora: Das Konzept hat Tom [Hegemann] aus England mitgebracht, dort heißt es Community Interpreter. Die Dolmetscher*innen kennen ihre Community gut. Sie wissen, aus welchen Verhältnissen die Menschen kommen. Sie kennen das politische System, das Gesundheitssystem, das soziale System, Traditionen und Kultur und sie können diese Kenntnisse mit dem Leben hier verknüpfen. Sie transportieren nicht nur die Sprache,*

Hättest Du's gewusst? Sprachen S. 69 (von oben nach unten): Albanisch, Amharisch, Arabisch, Armenisch, Assyrisch/Kaldäisch/Aramäisch, Badini/Kurdisch, Bengalisch, Birmanisch, Bosnisch, Bulgarisch, Chinesisch, Dinka, Englisch

sondern sie übersetzen bei Notwendigkeit auch die kulturellen Hintergründe, weil Missverständnisse nicht nur auf sprachlicher Basis entstehen, sondern auch aufgrund von kulturellen Hintergründen und Unterschieden.

Katrin: Man kennt sowohl die Seite vom Herkunftsland, weil die Dolmetscher*innen selbst alle einen Migrationshintergrund haben, aber auch die Seite hier und können dann besser Brücken bauen oder Vertrauen schaffen in wichtigen Gesprächen. Damit beide Seiten auch wirklich aufgeklärt sind und, dass auch die Fachkraft sicher sein kann, dass die Aufklärung richtig stattgefunden hat und keine Fehler passieren.

Wir schulen unsere Dolmetscher *innen in Neutralität

Nigora: Der wichtige Punkt dabei ist: Weil ein*e Dolmetscher*in beide Seiten kennt, hat sie/er mehr Macht und mehr Wissen. Dann kann sie/er auch sehr viel in einer Situation beeinflussen. Deshalb ist unser Grundsatz: Wir schulen unsere Dolmetscher*innen in Neutralität. Das ist ganz, ganz wichtig. Egal wie gut ich in dieser Kultur, in diesem System oder in einem anderen System bin, ich kann meinen Beitrag nur leisten, wenn ich mir meiner Rolle bewusst bin. Die Fachkraft hat ihren Auftrag auszuführen und ich bin Sprachrohr zwischen ihr und Klient*innen. Das ist das, was uns von anderen Dolmetsch*innen unterscheidet.

Arta: Das ist unser Merkmal und Qualitätsstandard, an dem wir seit 30 Jahren festhalten.

Nigora: Es ist natürlich nicht ganz einfach, diese Neutralität zu bewahren. Dabei haben wir verschiedene Qualitätssicherungsmaßnahmen in unserer Organisation eingeführt, wie Supervisionen oder Interventionen. Zum Beispiel kommen die Dolmetscher*innen mit verschiedenen Situationen in Berührung, in denen sie sagen: „Ich weiß aber ein bisschen mehr als die Fachkräfte“, weil sie in vielen Situationen selbst schon waren. Es ist sehr schwer, neutral zu bleiben, wo man vielleicht auch Ungeerechtigkeit, Inkompetenz oder Nicht-Wohllvollen begegnet.

Wie schafft ihr das?

Arta: Alle, die bei uns arbeiten, werden nach bestimmten Kriterien in einem Auswahlverfahren ausgewählt. Dann werden sie geschult, die Schulung ist Pflicht und findet über acht Wochen statt. Da werden unter anderem bestimmte Techniken wie die Sitzposition im Raum geübt und es wird viel darüber gesprochen. Auch über die Rolle der Dolmetscher*in wie Nigora gesagt hat, oder wie man sich in bestimmten Situationen zu verhalten hat. Es gibt aber auch andere Teile, wie zum Beispiel die Organisation der Stadt München oder die Aufgabenbereiche bestimmter Einrichtungen.

Durch eure Schulung habe ich damals verstanden, welche Verantwortung man als Dolmetscher*in hat und wie wichtig es ist, die Neutralität einzuhalten, um der Rolle gerecht zu werden. Das war mir als ehrenamtliche Dolmetscherin davor noch nicht so bewusst.

Nigora: Ehrenamtliche Arbeit ist wahnsinnig wichtig. Ich glaube,

Mia di nyagumedela na wo.

موته رجم كوردی فیلی پیاو وه ژن ده كه زمت ابوا عزیزان .

Nous mettons volontiers un interprète/une interprète à votre disposition.

ჩვენს თარჯიმნები არიან თქვენს განკარგულებაში.

Σας παρέχουμε ευχαρίστως έναν ή μία διερμηνέα

حاضرہ عزیزو شومو از خدمت ده هزارگی و ترجمان

אנו מצייבים לך בשמחה מתרגם/ת לשירותך

आप के लिये एक पुरुष अथवा एक महिला अनुवादक का व्यवस्था किया जाय गा

Anyi ga achötara gi onye nköwa-okwu.

Saremo ben lieti di mettere a Vostra disposizione un/un'interprete.

私達は喜んで通訳者を提供いたします。

Beto kele na mutu ya kubangudila nge ba ndinga.

저희는 한국어 통역을 도와 드립니다.

Dé'n djélimi matrilou abalou yaa alou na kotokoli kounoum daa lizirou.

Wie deh provide interpreter woman or interpreter Man for wunnah.

Pruzamo usluge usmenog prevoditelja / prevoditeljice.

Em bi Kef ji wêre Tercumanek/Tercumaneki Karên Amade bikên.

Tozali na mobongoli nkota pona yo.

Al bake kanna tambila feh alya foh anye andi kellen di alma.

Со задоволство ви ги нудиме услугите на нашите толкувачи.

Бид танд орчуулагчийг буюу орчуулагч эмэгтэйд олж өгөх болно.

مونتر په خوښۍ تاسو ته يو ترجمان / ترجمانه را بللی شو.

*unser System würde ohne Ehrenamt nicht weiterkommen. Aber es gibt Situationen, in denen man bestimmte Rahmenbedingungen hat und die bestimmte Qualitäten erfordern, wie zum Beispiel Neutralität und Professionalität. Unsere Dolmetscher*innen werden zielgerichtet fortgebildet für die Situationen, in denen sie eingesetzt werden.*

Katrin: *Ich glaube, es ist in vielen Bereichen gefährlich, wenn man das mit der Neutralität nicht wirklich verinnerlicht hat. Wenn man vielleicht auch das Fachvokabular nicht gut kennt. Deswegen sind wir spezialisiert auf Gesundheit und Sozialwesen, dass jeder weiß, die Leute können das übersetzen, ohne dass irgendwelche Missverständnisse entstehen oder, dass durch mangelnde Neutralität ein Gespräch nicht richtig funktioniert, weil vielleicht die eigene Meinung mit eingebaut wird. Das geht nicht, gerade im Gesundheitsbereich.*

Erzählt uns, aus welcher Notwendigkeit heraus der Verein gegründet wurde und warum eure Arbeit immer noch wichtig ist.

Nigora: *Deutschland hatte viele Gastarbeiter*innen und sie und ihre Kinder leben jetzt hier. Außerdem Leute, die aus anderen Ländern gekommen waren. Dadurch, dass sie sprachliche Barrieren hatten, hatten sie keinen Zugang zu verschiedenen Versorgungsmaßnahmen. Falls sie sich doch Zugang verschaffen wollten, haben sie Familienmitglieder, Kinder oder Nachbarn zu Hilfe genommen, was nicht in allen Situationen günstig war, zum Beispiel beim Arzt- oder Schulbesuch. Da war natürlich Bedarf, aber auch bei den Fachkräften, die geschrien haben: „Wir*

*können unseren Auftrag nicht ausführen. Wir erreichen die Leute nicht und die Leute erreichen uns nicht.“ Unsere Arbeit hilft der Verständigung auf beiden Seiten. Einerseits den Migrant*innen, was deren Integration fördert, andererseits hilft es auch den Fachkräften, dass sie ihren Auftrag erfüllen können.*

Es gab damals weder in München noch in Deutschland so ein Projekt

Katrin: *So wie ich es verstanden habe, war das auch eine persönliche Überzeugung von Tom. Er hat durch den Vergleich mit England festgestellt, dass es hier überhaupt nicht gut funktioniert und hat sich gesagt: „Das mache ich jetzt. Ich gehe Klinken putzen. Ich rede mit allen, ich schaue, dass wir im Kleinen anfangen.“ Das fand ich sehr schön.*

Nigora: *Es gab damals weder in München noch in Deutschland so ein Projekt oder etwas Ähnliches. Ich glaube, das war finanziell und auch vom Bewusstsein der Regierung der Stadt München her eine günstige Situation damals.*

Arta: *Ende der Neunzigerjahre war auch der Krieg in Ex-Jugoslawien, und da sind sehr, sehr viele Flüchtlinge hierhergekommen. Die haben alle natürlich auch sprachliche Hilfe gebraucht. Deshalb gab es damals, soweit ich weiß, auch die Zustimmung der Stadt München, dass so etwas notwendig ist und man das unterstützen kann. Natürlich damals auch in einem*

kleinen Ausmaß. Einfach nur zum Vergleich: Die erste Schulung 1997 war mit 19 Leuten in verschiedenen Sprachen. Wir haben jetzt knapp 700, die wir bis jetzt geschult haben, in unserem Pool. Das war auch schon damals so, dass es nicht nur eine Sprache gab, sondern dass verschiedene Sprachen ausgesucht wurden, damit man in verschiedenen Communities helfen konnte.

Nigora: *Ich habe meine Ausbildung 1998 gemacht und die Sprachen, in denen wir ausgebildet haben, waren überwiegend Russisch, Serbisch, Kroatisch, Bosnisch, Arabisch, Türkisch, Griechisch, Italienisch, Albanisch, Dari. Wir hatten keine Ahnung von den ganzen afrikanischen Sprachen. Wir wussten gar nicht, dass die somalische Sprache existiert, die ambarische Sprache und die ganzen Sprachen, die für uns heute Standard sind. Heute haben wir mehr als 80 Sprachen!*

Arta: *Das ist ein Charakteristikum von uns, dass wir so viele Sprachen anbieten können. Inzwischen gibt es auch andere Dolmetscherservices in München, deutschlandweit und sogar europaweit. Aber da sind so einige Sachen, die uns von denen unterscheiden. Eines ist diese Sprachenauswahl: über 80 Sprachen. Wir haben auch Sprachen, die sehr selten vorkommen, auch wenig angefragt werden. Aber trotzdem führen wir sie. Das andere ist auch die Schulung, aber vor allem die Fortbildungen, die Supervision und bei Bedarf auch die individuelle Betreuung. Wir bieten pro Jahr zwölf Schulungen für unsere Dolmetscher*innen an, zum Beispiel zum Thema: „Wie dolmetzsche ich in der Schule für Kinder und Eltern?“ Das ist unser Merkmal und Qualitätsstandard.*

Katrin: *Ich glaube, auch die Gründe, hier mitzumachen, sind andere. Die erste Schulung war 1997, und eine Dolmetscherin von damals ist immer noch hier tätig. Seit fast 30 Jahren. Das finde ich schon unfassbar. Man verdient sich jetzt ja keine goldene Nase. Man wird vernünftig bezahlt, aber das ist nicht der Hauptbeweggrund, sondern der Hauptgrund ist eben auch zu helfen, mitzumachen, sich zu engagieren.*

Arta: *Sehr viele Dolmetscher*innen von uns haben durch den Dolmetscherservice den ersten Kontakt zum Arbeitsleben gehabt. Sie haben zwar immer sehr viel beigetragen, selbst die Sprache gelernt und waren hier gut integriert, aber auf den Arbeitsmarkt zu kommen, war nicht so einfach – ist immer noch nicht so einfach. Durch diese Arbeit hier wurden sie erst richtig wahrgenommen als Menschen mit ihren Qualitäten. Sehr viele Dolmetscher*innen von uns sind Akademiker*innen, sie haben Abschlüsse und Dokortitel in ihren eigenen Ländern. Sie kommen hierher und das wird nicht anerkannt. Sehr viele haben durch den Anfang bei uns bessere Jobs bekommen, Festanstellungen, und sind richtig weitergekommen in ihrem Leben. Und trotzdem machen viele von denen bei uns weiterhin mit, auch wenn sie vielleicht nur einmal im Monat etwas übernehmen können. Sie machen weiter, weil das für sie so eine Art erstes Zuhause ist.*

Nun lasst uns zurückblicken auf die Zeit vor zehn Jahren. Wie war das? Was hat sich bei euch damals verändert?

Arta: *In der Zeit waren wir wirklich rund um die Uhr im Einsatz und unsere Dolmetscher*innen haben von früh bis spät gedolmetscht. Ich kann mich sehr gut*

erinnern, allein am Hauptbahnhof, wie viele da unterwegs waren! Dafür wurden sie oft beauftragt. Es gab aber auch sehr viele Situationen, die wir gar nicht in Rechnung gestellt haben. Es gab so einen Bedarf, dass die Dolmetscher*innen auch einfach so geholfen haben. Das war für uns alle in diesem Jahr eine ganz gewaltige Aufgabe. Wir waren nicht darauf vorbereitet, dass so ein Ausmaß an Leuten kommt und so viele Anfragen kommen. Wir haben damals aber schnell reagiert. Wir haben neue Dolmetscher*innen geholt und geschult. Aber auch wenn es so eine Not gab und wir so schnell reagieren mussten, haben wir es auch damals so gemacht, dass wir niemanden ohne eine Schulung irgendwohin geschickt haben. Wenn wir nicht rechtzeitig vollständig schulen konnten, haben wir wenigstens eine kurze Schulung für alle angeboten. Weil das ist für uns ganz klar: Die Aufgabe einer* Dolmetsche*in ist sehr anspruchsvoll, und das muss richtig laufen, auch in dieser Situation, auch in dieser Not. Damals wurden wir von der Stadt München viel mehr bezuschusst und konnten Personal aufstocken. Aber bis so was läuft und die Behörden reagieren, dauert es natürlich lange, und bis dahin mussten wir alleine zurechtkommen. Ich kann mich gut daran erinnern, dass wir auch hier im Büro so lange gearbeitet haben, am Wochenende und abends.

Nigora: *Aber wir haben für uns gelernt. Und dann kam noch eine Phase, das war der Ukraine-Krieg, wo wir auch funktionieren mussten.*

Arta: Ja, aber das war nicht zu vergleichen. Beim Ukraine-Krieg, da gab es höchstens zwei Sprachen, Ukrainisch und Russisch. In dem

ما باکمال میل یک مترجم/ مترجمه را در اختیار شما قرار میدهیم.

We go find interpreter 4 U

Chętnie zapewnimy pomoc tłumaczką / tłumacza.

Nossos intérpretes estão à sua disposição.

Si oon djihi baɗal, yorke walle deɓbo a ndamngulgaɗi, mine nfiagaramore khere.

خودم آن - آسمی طرح گردن را با این عفت - خود می نمودم پیش

Amen nudinaja tumenje Tumači / Tumačka ako trebena

Cu plăcere vă oferim o traducătoare sau un traducător.

Мы будем рады предоставить Вам переводчика.

Ставићемо Вам радо на располагање тумача/тумачицу.

නාමය වාර්තාකරු / නාමය වාර්තාකරුගේ අධිකාරී/විද්වතුන්ගේ නිවැරදි ලේඛන දෙක.

Radi Vám poskytneme tiმოčníka / tiმოčnícku.

Mi vam nudimo enega prevajalca ali eno prevajalko.

Massachusetts Department of Transportation, 2004. <http://www.mass.gov/transportation/>

موتنه رجيمی گوردی قلمی به يار وا آله رت خه زمینی ای وا به ری زدا.

Con gusto le pondremos un/una intérprete a disposición.

Мо бо эҳтиром ба шумо тарҷумон пешниҳод менамоем.

Maaari po namin kayong bigyan ng tagapagsalin, (Ibaba o Lalo) ng inyong Wilk.

தாருமணி உ. சி.தமிழ் உத்தரவிற்கிடமிருந்து வெளியிடுவதற்கான அனுமதி (ஆணைகள் / பெயர்கள்) கீழ்க்கண்டிருக்கிறது. தாருமணி.

เราบริการจัดหาล่ำมแปลทั้งชายและหญิง

© 2007 American Psychological Association or one of its allied publishers. This article is intended solely for the personal use of the individual user and is not to be disseminated broadly.

Rádi Vám poskytneme tlumočníka / tlumočnici.

Hättest Du's gewusst? Sprachen S. 72 (von oben nach unten): *Persisch/Farsi, Pidgin-Englisch, Polnisch, Portugiesisch, Pular, Punjabi, Roma, Rumänisch, Russisch, Serbisch, Singhalesisch, Slowakisch, Slowenisch, Somali, Sorani/Kurdisch, Spanisch, Tadschiki, Tagalog, Tamilisch, Thailändisch, Tigrinya, Tschechisch*

*Sommer damals waren alle möglichen Sprachen dabei! Das war wirklich eine ganz große Aufgabe für uns. Aber ich bin sehr stolz darauf, dass wir das gemeinsam sehr gut gemeistert haben. Dank des Personals, aber natürlich auch dank der Dolmetscher*innen, die wirklich alle ihre anderen Sachen haben liegen lassen.*

**An den
richtigen
Stellen
muss
gespart
werden**

Was wünscht ihr euch für die Zukunft?

Nigora: *Mein Appell wäre, dass dieser Beruf, den unsere Dolmetscher*innen ausüben, als Community Interpreter, wirklich als geschützter Beruf anerkannt wird. Auch auf der politischen Ebene. Nicht nur, dass wir finanzielle Möglichkeiten haben, damit wir uns unsere Dolmetscher*innen leisten können, sondern dass es politisch so etabliert ist, dass in verschiedenen Bereichen zur Verständigung selbstverständlich darauf zurückgegriffen wird.*

Katrin: Dass angesichts der Haushaltssituation in München an den richtigen Stellen gespart wird. Das würden wir uns sehr wünschen. Dass generell die Wichtigkeit gesehen wird und nicht immer an den Schwachen, an den Jungen, den Ausländer*innen, der Bildung oder der Gesundheit gespart wird. Das wäre einfach toll, das ist ein großer Wunsch!

Arta: Für mich wäre ganz wichtig

zu sagen, dass nicht nur die Politik, sondern auch andere Menschen in der Gesellschaft verstehen, was ein*e Gemeindedolmetscher*in beiträgt. Jetzt sind wir ja auch in Zeiten von KI, und es gibt viele Angebote zum Dolmetschen, aber man muss verstehen, dass KI nicht ein*e*n Gemeindedolmetscher*in ersetzen kann, weil es auch nicht nachvollziehbar ist, wie etwas in einer bestimmten Situation verstanden wird. Da muss man den Unterschied anerkennen und sagen: Das ist ein wichtiger Beruf.<

Tudi ne mukudimunyi wa myakulu bueba wewa.

Gerektiğinde tercümanlarımız size çevirilerde yardım edebilirler.

Biz size memnûniyetle bir tercüman sagliya biliriz.

Biz Sizge kızgınlık bilen Terjiman sunumuz

Охочі ми надаємо до Вашого розпорядження перекладача або перекладачку.

Szívesen rendelkezésre bocsátunk egy tolmácsot.

Биз сизга эхтиморона таржимон пешниҳод этамиз.

Chúng tôi rất sẵn sàng cử một thông dịch viên đến.

Boungen beugge Diottalikat bou goor mba bou djiguene, niou woutal len ko.

Em dixwazin ji bowa, Tercümanaki Jin anji Mer benen, peydabikin.

A' ma wa atumo-ede (okunrin abi obinrin) fun niyi.

Hättest Du's gewusst? Sprachen S. 74 (von oben nach unten): *Tschiluba, Türkisch, Turkmenisch, Uigurisch, Ukrainisch, Ungarisch, Urdu, Usbekisch, Vietnamesisch, Wolof, Yezidisch, Yoruba*

Wenn Paragraphen keine Sprache sprechen

Ein Stück Papier in der Hand, das über die Zukunft entscheidet.
In einer anderen Sprache – in einer, die selbst Muttersprachler*innen
kaum verstehen.

Und keiner, den man fragen kann.

Du weißt nur: Du musst irgendetwas tun, und zwar schnell. Doch was
genau? Wie?

Du bist nicht dumm. Nur ausgeschlossen.

Von Vlada Fetisova und Mehtab Tuzlali

Das deutsche Rechtssystem in allen seinen Formen und Gestalten – von Gesetzen und Verordnungen, zu Gerichtsbeschlüssen und Verwaltungsakten – ist kompliziert und manchmal undurchschaubar, obwohl es für Ordnung und Klarheit sorgen soll.

Für Nicht-Muttersprachler*innen, kommt neben der deutschen Sprache eine dritte Sprache hinzu – die juristische Sprache, mit der selbst Deutsche manchmal zu kämpfen haben. Zu formal, zu abstrakt, zu bürokratisch. Und das, obwohl es hier um existenzielle Fragen geht: Bleiberecht, Sozialleistungen und Arbeitserlaubnis. Regelungen, gemacht für ausländische Menschen, sind nicht greifbar und zugänglich, sondern verbarrikadiert durch Sprache.

Recht ist eine Ressource und bedeutet Chancen, Möglichkeiten und vor allem Teilhabe. Kein Rechtsverständnis zu haben bedeutet daher den systematischen Ausschluss von dieser Ressource – selbst dann, wenn sie einem zusteht. Fehlt die Klarheit über die eigenen Rechte, entsteht Unsicherheit. Und mit ihr kommen Druck, Stress und Angst: die Angst, ein wichtiges Do-

kument zu vergessen. Die Angst, etwas im Kleingedruckten übersehen zu haben. Die Angst, nicht zu wissen, was man gerade unterschrieben hat. Oder die Angst, eine Frist bereits verpasst zu haben – womit alle bisherigen Anstrengungen umsonst gewesen sein könnten.

Die deutschen Ämter sind sich dieses Problems mittlerweile bewusst und bieten ihre Webseiten in Fremdsprachen oder vereinfachtem Deutsch an. Übersetzung ist aber nicht gleich Sprachvermittlung. Es reicht nicht aus, einen deutschen Rechtsbegriff schlicht wortwörtlich zu übersetzen, in eine Sprache, die dieses Konzept nicht einmal kennt. Das kommt zu kurz. Es fehlt oft an Kontext auf kultureller und emotionaler Ebene. Die Lebensrealitäten und die juristische Perspektive sind nicht deckungsgleich. Was bedeutet „Recht“ für den oder die Betroffene*n? Wie viel „Recht“ hat er oder sie bisher erfahren? Wie viel Vertrauen kann er oder sie dem „Recht“ schenken? Es fehlt letztendlich an geeigneten staatlichen Rechtsberatungen, die niedrigschwellig und einfühlsam aufklären, unterstützen und helfen. Der deutsche Staat bietet zwar, dem Grundgesetz nach, rechtliches

Gehör und Zugang zu Rechtsmitteln, überlässt aber die Rechtsberatung, insbesondere im Asylrecht, größtenteils unabhängigen NGOs. Einen Schritt in die richtige Richtung machte der Bund im Januar 2023 mit der Einführung des *Bundesprogramms für Asylverfahrensberatung* (AVB), ein Programm für eine individuelle und vertrauliche Beratung für Asylantragsteller*innen. Umgesetzt wird dieses Vorhaben durch die Verbände der freien Wohlfahrt und zivilgesellschaftliche Akteure, die sich als "behördenunabhängige, ergebnisoffene, unentgeltliche, individuelle und freiwillige Asylverfahrensberatungen" bewerben können. Nach der später folgenden Förderrichtlinie vom September 2024 werden die ausgewählten Institutionen vom Bund über ein Förderprogramm finanziert. Nach dieser sollen ebenso vulnerable Schutzgruppen, wie queere Personen, besondere Rechtsberatung erhalten. Koordiniert wird das Programm vom *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF). Trotzdem bleibt die Frage offen, ob nicht der Staat selbst eine Verantwortung trägt, den Menschen zu helfen, sich in seinem Rechtssystem zu rechtzufinden, anstatt diese Verantwortung an Dritte abzugeben. Die AVB ist keine Verpflichtung für jeden Asylsuchenden, sondern ein freiwilliges Angebot, das von Faktoren wie Standort und Kapazitäten abhängt.

Ein Blick zu unserem Nachbarstaat, den Niederlanden, zeigt, dass es auch anders geht: Dort wurde eine kostenfreie begleitende Rechtsbegleitung eingerichtet. Allen Asylbewerber*innen steht automatisch ein auf Asylrecht spezialisierte*r Anwält*in zu – von der ersten Anhörung bis zu der finalen Entscheidung über den Antrag. Organisiert wird dies über den *Raad voor Rechtsbijstand* (Rat für Rechtsbeihilfe), eine staatlich unabhängige und öffentliche Körperschaft, welche vom *Ministerium für Sicherheit und Justiz* eingesetzt wird und für die gleichmäßige Verteilung und Qualitätsprüfung der zur Verfügung gestellten Anwält*innen sorgt. Auch in Norwegen hat die zuständige staatliche Behörde *Utlendingsdirektoratet* beziehungsweise UDI (Norwegisches Direktorat für Immigration) eine Anwaltsregelung eingeführt, die es Asylsuchenden ermöglicht, unkompliziert und kostenlos Rechtshilfe von auf Asylrecht spezialisierten Anwält*innen zu erhalten. Kanada's *Legal Aid Program* hilft sogar mit dem Ausfüllen der benötigten Unterlagen, vertritt den oder die Antragsteller*in bei der Anhörung und kann Entscheidungen anfechten. Es versteht sich zwar nicht als staatlich geführte Einrichtung und agiert unabhängig, muss sich jedoch vor den Landesregierungen verantworten.

Anders ist die Lage in Deutschland: Im Asylverfahren vor dem BAMF gibt es grundsätzlich keinen gesetzlichen Anspruch auf kostenfreie Rechtsberatung und -vertretung. Nur wer selbst aktiv eine*n Anwält*in beauftragt und dafür bezahlen kann – oder jemanden in einer Pro-bono-Tätigkeit findet –, erhält rechtliche Vertretung. Die Förderrichtlinie der ABV sieht dabei auch klar vor, dass die Beratung keine Prozessvertretung umfasst.

Was also fehlt, sind gut erreichbare und klare Zugänge zum Rechtssystem, die diese Barrieren überwinden. Aus diesem Gedanken heraus entstand die *Know Your Rights Initiative e.V.* (KYRI) – eine Gruppe von Studierenden verschiedener Fakultäten mit dem Schwerpunkt Jura, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, Menschen über ihre Rechte aufzuklären. Wissen gibt Kraft – so möchten wir vor allem Nicht-Staatsangehörige und Geflüchtete befähigen, ihre Rechte zu nutzen, nehmen ihnen Angst vor Ungewissheit und geben ihnen das zurück, was ihnen zusteht. Dieses Wissen vermitteln wir über analoge und digitale Infomaterialien, die kurz und knapp Themen wie Identitätsfeststellungen und Polizeikontrollen in verschiedenen Sprachen zusammenfassen, aber auch Vorträge und Workshops mit unterschiedlichen Schwerpunktthemen. Dabei arbeiten wir oft eng mit anderen sozialen Einrichtungen zusammen, die dasselbe Ziel verfolgen.

Zwischen rechtlichen Regelungen und der gelebten Realität der Betroffenen herrschen oft große Unterschiede. Der Staat trägt hier eine besondere Verantwortung: Das bloße Erlassen von Gesetzen genügt nicht, vielmehr muss er sicherstellen, dass sie verstanden und aktiv genutzt werden – und wenn nötig auch weitergehende Unterstützung anbieten. Programme wie die AVB zeigen, dass der Bedarf an zusätzlicher asylrechtlich-spezifischer Rechtsberatung zunehmend Anerkennung bekommt. Zwar bleibt die Frage offen, ob das Outsourcing von solchen Anlaufstellen eine nachhaltige und faire Lösung ist, dennoch ist es in jedem Fall zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Jeder dieser Schritte führt näher zum Ziel, den Zugang zum Recht für alle zu verbessern – vor allem für die, die es am dringendsten benötigen.<

Asyl ABC

Von Vlada Fetisova
und Mehtab Tuzlali

Abschiebung

Personen, denen kein Aufenthaltsrecht zusteht (weil sie weder asylberechtigt sind noch ein Recht auf subsidiären Schutz oder Flüchtlingsschutz haben (zu den Erklärungen dieser sogenannten „Schutzformen“ siehe weiter unten) und nicht freiwillig ausreisen, können unter Anwendung von (polizeilichen) Zwangsmitteln aus dem Land ausgewiesen, das heißt abgeschoben werden.

Abschiebungsverbot

Manchmal darf trotz Vorliegens aller Voraussetzungen nicht abgeschoben werden, weil ein sogenanntes Abschiebungsverbot gemäß § 60 AufenthG besteht. Ein solches Verbot kann unter anderem dann vorliegen, wenn gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 AufenthG in dem Staat, in den abgeschoben werden soll, das Leben oder die Freiheit des Abzuschiebenden wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht wird. Von einem sogenannten „nationalen Abschiebungsverbot“ spricht man dann, wenn die Abschiebung in einen bestimmten Zielstaat unzulässig ist, weil sie eine Verletzung der *Europäischen Menschenrechtskonvention* darstellt (§ 60 Abs. 5 AufenthG) oder (im Einzelfall) dort eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht (§ 60 Abs. 7 AufenthG).

Sofern ein Abschiebungsverbot vorliegt, wird in der Regel den Betroffenen eine Aufenthaltserlaubnis (siehe dazu unten unter „Aufenthaltserlaubnis“) nach § 25 AufenthG erteilt.

Asylberechtigung (nach Art. 16a GG)

Als asylberechtigt gelten nach Artikel 16a des Grundgesetzes Personen, welche in ihrem Herkunftsland vom Staat politisch verfolgt sind, das heißt aufgrund ihrer Rasse, Nationalität, politischen Einstellung, Religion oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe der Gefahr von schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Gründe wie Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder Armut führen daher grundsätzlich nicht zu einer Asylberechtigung.

Anhörung

Bevor ein Verwaltungsakt von einer Behörde erlassen werden darf, muss die von dieser Entscheidung der Behörde betroffene Person gem. § 28 VwVfG „angehört“ werden, das heißt, die Behörde muss ihr die Möglichkeit geben, sich zum zugrundeliegenden Sachverhalt zu äußern. Beim Asylantrag bedeutet das, dass die Entscheiderinnen und Entscheider des Asylantrags den Asylbewerber/die Asylbewerberin persönlich zu einem Gespräch einladen. Die Anhörung ist im Asylverfahren der wichtigste Termin: Hier müssen die antragstellenden Personen nämlich erklären, warum sie Angst haben, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden und welche Gefahren ihnen dort drohen, wenn sie wieder zurückkehren sollten.

Aufenthaltserlaubnis (nach § 25 AufenthG)

Die Aufenthaltserlaubnis ist einer von den insgesamt sieben Aufenthaltstiteln des AufenthG und wird befristet erteilt. Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte und Personen, denen die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt worden ist, erhalten zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre, während beim Vorliegen eines nationalen Abschiebungsverbots eine Aufenthaltserlaubnis für mindestens ein Jahr erteilt wird.

BAMF-Bescheid

Nachdem das Bundesamt die betroffene Person angehört (siehe dazu oben unter „Anhörung“) und die eingereichten Dokumente und Beweismittel überprüft hat, schickt sie einen sogenannten BAMF-Bescheid, in welchem es die Entscheidung über den Asylantrag mitteilt und diese begründet. Personen, denen eine Schutzberechtigung, das heißt Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz, subsidiärer Schutz oder ein Abschiebungsverbot, zukommt, erhalten dementsprechend einen positiven Bescheid.

Duldung

Unter Duldung versteht man die vorübergehende Unterbrechung der Abschiebung von Personen die ausreisepflichtig sind, aber aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, weil zum Beispiel ein Abschiebungshindernis besteht oder der Ausländer wegen Krankheit reiseunfähig ist. Wichtig: Die Duldung ist kein Aufenthaltstitel und die Ausreisepflicht des Ausländers bleibt immer noch bestehen!

Außerdem geht eine Duldung in der Regel mit einem Arbeitsverbot einher.

Flüchtlingsschutz (nach § 3 AsylG)

Der Flüchtlingsschutz ist weiter als die Asylberechtigung. Die Kriterien zur Gewährung des Flüchtlingsschutzes entsprechen weitestgehend denen der Asylberechtigung, mit dem Unterschied, dass die Verfolgung auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen kann. Die Tatsache, dass die betroffenen Personen nicht den Schutz ihres Herkunftslandes annehmen können oder – bei begründeter Angst – wollen, hat (nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 AsylG) keinen Einfluss auf die Flüchtlingseigenschaft.

Sicherer Drittstaat

Damit ein Ausländer, der bereits in einem Drittstaat vor Verfolgung in seinem Herkunftsland geschützt wird, in Deutschland nicht (noch einmal) einen Asylantrag stellen kann, sieht § 26a AsylG eine sogenannte Drittstaatenregelung vor. Diese besagt, dass Personen, die über sogenannte „sichere Drittstaaten“, das heißt den Mitgliedsstaaten der EU, sowie Norwegen und der Schweiz, einreisen, sich nicht auf Art. 16a Abs. 1 des Grundgesetzes (= das Grundrecht auf Asyl) berufen können, was gleichzeitig bedeutet, dass die Beantragung anderer Schutzformen (= Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz) nicht ausgeschlossen wird.

Subsidiärer Schutz (nach § 4 AsylG)

Der subsidiäre Schutz kommt, wie auch der Name selbst sagt, erst nachrangig zum Einsatz, nämlich dann, wenn die schutzsuchende Person weder eine Asylberechtigung noch Flüchtlingsschutz erhalten kann. Subsidiär Schutzberechtigte müssen nachweisen, dass ihnen im Falle einer Rückkehr in ihr Herkunftsland ein „ernsthafter Schaden“ nach § 4 AsylG droht. Als „ernsthafter Schaden“ nennt die Vorschrift

- die Verhängung und Vollstreckung der Todesstrafe
- Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung oder
- eine ernsthafte persönliche Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts (das heißt eines Krieges).

Wie beim Flüchtlingsschutz muss die Bedrohung nicht zwingend vom Staat ausgehen.



Vlada Fetisova ist stellvertretende Vorsitzende der Know Your Rights Initiative e.V.

Mehtab Tuzlali ist Schatzmeisterin der Know Your Rights Initiative e.V.

Hinweis: Die Informationen in diesem Asyl-ABC stammen inhaltlich von den Webseiten des BAMF und BMI. Weitere Infos unter www.bamf.de sowie www.bmi.bund.de/DE/service/lexikon/lexikon-node.html

Wie wir uns Rassismus beibringen

Eine längst überfällige Betrachtung
rassistischen Denkens in Deutschland

„Die Journalistin und Politikwissenschaftlerin Gilda Sahebi zeigt in ihrer klaren Analyse: Wir alle denken rassistisch. Mit Extremismus hat das nichts zu tun. Sondern es ist Konsequenz politischer und gesellschaftlicher Strukturen, die unser Denken und unser Handeln formen. Wo Mehrheits- und Minderheitsgesellschaften aufeinandertreffen, bilden sich fast zwangsläufig rassistische Denkmuster und Strukturen – außer man steuert bewusst dagegen. In Deutschland tut man das nicht. Der Rassismus-»Vorwurf«: Er wird abgetan. Lieber empört man sich, als eine ernsthafte Debatte zu führen und tatsächliche Probleme zu lösen.

Gilda Sahebi analysiert die Spezifika des deutschen Rassismus. Dafür blickt sie zurück bis ins Deutsche Kaiserreich und verfolgt die roten Fäden rassistischen Denkens, die sich von damals bis in die Debatten unserer Gegenwart – etwa um die Staatsbürgerschaft, den Nahostkonflikt oder Migration – ziehen. Sie zeigt, wie wir rassistische und spaltende Narrative stetig weitertragen, uns Rassismus immer wieder beibringen – und damit die Demokratie gefährden.“

„Zuzugssperre“

Verschiedene Städte führten Anfang der 1970er Jahre eine Zuzugssperre für Ausländer ein. Ausgenommen waren EWG-Bürger*innen, also Personen aus Staaten des EU-Vorläufers Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Auch US-Amerikaner*innen waren in der Regel von dieser Zuzugssperre ausgenommen. Sobald in einer Region mehr als zwölf Prozent »Ausländer« lebten, galt eine Zuzugssperre für ein Jahr.

In München überschritten 14 Stadtteile den Grenzwert von zwölf Prozent »Ausländern«; Oberbürgermeister Georg Kronawitter nannte die Situation das »Münchener Harlem«. Die bundesweite Regelung der Zuzugssperren wurde 1976 wegen verfassungsrechtlicher Bedenken wieder aufgehoben. An den rassistischen Denkmustern, die dahinter standen, änderte das allerdings nichts.

Die „Brandmauer“ selbst hatte ohnehin nie existiert

Lebensumstände erschweren

Es ist eine Konstante in der deutschen Migrationspolitik, die Lebensumstände von Migrant*innen zu erschweren, damit sie entweder nicht bleiben, gehen oder gar nicht erst kommen. Im Kaiserreich wollte man das durch die Ausweisung von Pol*innen zum Ende der Erntezeit erreichen, damit sie die Winter über nicht in Deutschland verbrachten und damit nicht dazu verleitet wurden, dauerhaft zu bleiben. Bei den Gastarbeiter*innen hat man im Prinzip verschiedene Mittel angewendet, um die Menschen zur Rückkehr zu »bewegen«. Auch heute wird die Erschwerung der Lebensumstände staatlicherseits bewusst betrieben, vor allem für Geflüchtete.

Wohnsituation

Die Wohnungssituation war dabei eines der größten Probleme für die eingewanderten Menschen. Die Bundesregierung schätzte im Jahr 1962, dass etwa zwei Drittel der Arbeiter*innen in Gemeinschaftsunterkünften, also den Baracken, wohnte; diese waren von Arbeitgeber*innen, Behörden oder Privatpersonen bereitgestellt worden. Im Jahr 1971

lebten noch ein Viertel der ausländischen Arbeitskräfte in solchen Baracken. In den Baracken standen die Menschen unter der Fuchtel der Arbeitgeber*innen oder anderer Verwalter*innen der Räume. Oft umzäunt, wurde kontrolliert, wer hinein- und hinausging. Gäste durften die Baracken nicht betreten, Frauen und Männer waren getrennt untergebracht. Wenn die Bewohner*innen die Böden nicht sauber hielten, mussten sie Strafen zahlen; wenn es einen Fernseher gab, wurde dieser von einer Aufsicht kontrolliert. Ein Beispiel für eine Hausordnung aus dieser Zeit: »Es ist streng verboten, die Möbel zu verrücken. [...] Es ist nicht erlaubt, angezogen im Bett zu liegen. [...] Es ist nicht erlaubt, Fotografien oder Zeitungsausschnitte auf den Mauern oder Möbeln der Zimmer anzuhängen.« Kommt uns das nicht bekannt vor?

Keine Änderung in Sicht

Im Sommer 2023 passierten viele Dinge gleichzeitig. Am 18. Juni hielt die Bundespolizistin Claudia Pechstein vor einem CDU-Konvent eine Rede, in der sie die Abschiebung von Asylbewerbern forderte, weil das für mehr Sicherheit im Alltag Sorge. Ältere und Frauen könnten die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr »ohne ängstliche Blicke« nutzen. Die anwesenden Politiker*innen klatschten. Am 25. Juni wurde im thüringischen Landkreis Sonneberg der bundesweit erste AfD-Landrat gewählt. Am 2. Juli wurde in Sachsen-Anhalt, in Raguhn-Jeßnitz, der erste AfD-Bürgermeister gewählt. Am 23. Juli sagte CDU-Chef Friedrich Merz in einem Interview: »Wenn dort [auf kommunaler Ebene] ein Landrat, ein Bürgermeister gewählt wird, der der AfD angehört, ist es selbstverständlich, dass man dann nach Wegen sucht, wie man dann in dieser Stadt weiter gemeinsam arbeiten kann.« Der Schein der berühmt-berüchtigten »Brandmauer« verschwand. Die »Brandmauer« selbst hatte ohnehin nie existiert.

Belastungsgrenze

Was also ist diese »Belastungsgrenze«? Wie viele Geflüchtete »verträgt« Deutschland? Als nach dem Zweiten Weltkrieg 12 bis 14 Millionen Geflüchtete in Deutschland aufgenommen werden mussten, betrug die deutsche Bevölkerung etwa 56 Millionen. Im Jahr 2023 lebten in Deutschland etwa 83 Millionen Menschen; die Zahl der anerkannten Geflüchteten lag zum Stichtag am 30. Juni 2023 bei 1,57 Millionen. Dazu kamen noch rund 276000 Asylbewerber*innen und etwa 170000 »ausreisepflichtige« Personen, außerdem rund eine Million Geflüchtete aus der Ukraine (die kein Asyl beantragen mussten, sondern direkt

eine Aufenthaltserlaubnis bekamen). Die Rede ist also insgesamt von etwa 3 Millionen Menschen. Auch die wörtliche Rede von der „Belastungsgrenze“ ist alt (das Prinzip selbst ist in Deutschland natürlich weitaus älter). So sagte zum Beispiel zu Beginn der 1980er Jahre der damalige Innenminister Baden-Württembergs und spätere Bundespräsident Roman Herzog, dass „die Frage nach den Belastbarkeitsgrenzen jetzt zunehmend in den Mittelpunkt der Ausländerpolitik“ rücken müsse, so steht es in einer Fachzeitschrift der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Und weiter beschreibt das Blatt: „Die Landtage von Nordrhein-Westfalen und Hessen stellten fest, dass die Aufnahmemöglichkeiten ihrer Länder erschöpft seien.“ Im Jahr 1997 stellte der SPD-Politiker Gerhard Schröder fest: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Im Jahr 1998 sagte der SPD-Bundesinnenminister Otto Schily wortgleich: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Die „Belastungsgrenze“ wurde allem Anschein nach schon vor Jahrzehnten immer wieder aufs Neue erreicht. Im Oktober 2023 wiederholte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in guter Tradition: „Wir brauchen eine Begrenzung der Zugänge, das ist keine Frage.“

Einwanderungsland

Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahr 1981: „Die Bundesrepublik soll und will kein Einwanderungsland werden.“ Im Jahr 1982 legte die Schwarz-Gelbe Koalition in ihren Koalitionsgesprächen fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland.“

Helmut Kohl, 1989: „Wir sind kein Einwanderungsland und wir können es auch nicht werden.“

„Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland und kann es aufgrund seiner historischen, geographischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten auch nicht werden“, hieß es in einem Positionspapier der CDU und CSU aus dem Jahr 2001.

„Wir waren nie ein Einwanderungsland und wir sind's bis heute nicht“, sagte der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble bei einem Kongress der Caritas im Jahr 2006.

Der Hamburger CDU-Politiker Christoph de Vries erklärte im Jahr 2021: „Deutschland ist kein Einwanderungsland [...]“

Diese Aussagen, die stellvertretend für viele andere Stimmen stehen, die über die Jahre dieses oder Ähnliches sagen, sind absolut richtig. Deutschland ist kein Einwanderungsland. Das war es nie und ist es heute nicht. Faktisch ist es das natürlich – und zwar schon lange; nur eben nie strukturell und schon gar nicht ideell.

„Im Oktober 2023 fand am Abend der Landtagswahlen in Hessen und Bayern in der ARD wie gewohnt die Berliner Runde statt. Anwesend waren Vertreter*innen aller im Bundestag vertretenen Parteien sowie der Freien Wähler. Am Ende der Diskussion stellte die Moderatorin die Frage: „Wenn Sie sich entscheiden müssten, welches Problem in Deutschland muss am dringlichsten gelöst werden?“ Der AfD-Politiker antwortete zuerst, dann die anderen Politiker*innen. In dieser Reihenfolge: Bernd Baumann (AfD): „Das ist das Migrationsproblem. Das muss gelöst werden.“

Martin Huber (FW): „Migration ist ohne Zweifel eins der drängendsten Themen dieser Zeit [...]“

Carsten Linnemann (CDU): „Die Ampel hat heute in Hessen einen vor den Bug bekommen, minus zehn Prozentpunkte. Das soll ein Signal sein, dass genau dieses Thema Migration jetzt angegangen werden muss [...]. Wir stehen konstruktiv [...] mit Konzepten bereit.“

Bijan Djir-Sarai (FDP): „Das Thema Migration [...]“ Emily Büning (Grüne): „Wir müssen das Thema angehen, wir müssen unsere Kommunen in dem Thema Migration unterstützen und in der Aufnahme der Geflüchteten [...]“

Kevin Kühnert (SPD): „Migration ist mir zu klein an der Stelle. Wenn ich das Thema benennen muss, ist es gesellschaftlicher Zusammenhalt. Genauso wie Menschen sich Sorgen vor der Überforderung unserer Kommunen und unserer Hilfesysteme machen, machen sich Menschen Sorgen vor dem stärker werdenden rechten Rand [...]“



Gilda Sahebi ist ausgebildete Ärztin und studierte Politikwissenschaftlerin. Ihr journalistisches Volontariat absolvierte sie beim Bayerischen Rundfunk, als freie Journalistin arbeitet sie mit den Schwerpunkten Innen- und Außenpolitik, autoritäre Systeme und Polarisierung. Sie ist Autorin für die »taz« und den »Spiegel« und arbeitet unter anderem für die ARD. Ihre Bücher »Unser Schwert ist Liebe« Die feministische Revolte im Iran« und »Wie wir uns Rassismus beibringen. Eine Analyse deutscher Debatten« erschienen 2023 und 2024 beim S. Fischer Verlag. Ihr aktuelles Buch »Verbinden statt spalten. Eine Antwort auf die Politik der Polarisierung« erschien im September 2025. Gilda Sahebi lebt in Berlin.



Stolz, I.S. zu sein

Nach einem langen Arbeitstag.
Dann diese E-Mail vom Vermieter: Die Miete steigt um dreißig Prozent.
30 Prozent mehr Miete – anscheinend steigt nicht nur die Inflation, sondern auch
das Ego meines Vermieters.
Im Briefkasten die Stromnachzahlung.
Ich arbeite, ich zahle, ich funktioniere – und trotzdem reicht es kaum.
Kraftlos steige ich am Abend in die Bahn.
Es war spät in München, der Zug nach Marienplatz vollgestopft mit Fahnen, Bier
und Gesängen.
Ein Fest der Nation – deutsch bis in die Knochen.
Ich steige ein. Noch bevor ich mich hinsetze, beginnen die Blicke.
Schwarzes Haar, dunkle Augen, olivfarbene Haut.
Schon wieder dieser Stempel: falsches Gesicht im richtigen Land.
Manche Blicke sind nur neugierig, andere so hart, dass sie stechen.
Ich kenne das. Es ist wie ein ständiges Hintergrundrauschen der Ausgrenzung.
Ein Platz ist frei – neben einer Gruppe Halbbetrunkener.
„Entschuldigung, darf ich bitte durch?“, frage ich.
Einer stellt sein Bein in den Weg: „Nein.“
„Aber der Platz ist leer.“
Er lacht: „Für wen hältst du dich?“
Ich sehe ihn an, ruhig: „Rutsch weg. Sonst wird das ein Tag, an den du dich
erinnerst.“
Gelächter. Bier tropft. Ein Kind wird von der Mutter weggedreht.
„Und wer bist du, dass du so redest?“
Ich antworte: „Stolz, I.S. zu sein.“
Stille. Ein einziger Satz reicht, und der ganze Wagen erstarrt.
Die Augen, die ohnehin schon skeptisch waren, kleben jetzt an mir – wie Nadeln.
Eine Frau klammerte sich an ihr Croissant, als wäre es ein Rettungsboot.
Ein Mann schrieb schnell ins Handy: „Falls ich nicht zurückkomme – sag Mama, ich
war Vegetarier.“
Niemand fragt, was ich meine.
Niemand wagt zu denken, dass diese zwei Buchstaben mehr sein könnten als das
Bild aus den Nachrichten.
Und genau das ist das Problem.
Warum dieses blinde Schlucken von Schlagzeilen?
Warum dieses Volk, das nicht liest, sondern nur glaubt?
Warum diese Ideologie aus Propaganda, die jeden Gedanken einfriert?
Wenn sie fair wären, würden sie vergleichen.
Sie würden sich erinnern.
Zwei Buchstaben haben ihren Verstand blockiert – so tief geprägt von Propaganda,



Ahmad Alghorani,
*geboren in Syrien,
aber ohne feste Zugehörigkeit – „Ich fühle mich überall ein wenig zu Hause.
Kulturen bereichern mich, und meine Neugier ist grenzenlos. Ich bin ein Mensch, der sich ungern in gesellschaftliche Schubladen stecken lässt. Ich glaube daran: Ein Mensch ist viel mehr, als er selbst denkt. Mein Motto? Kunst aus Chaos.“*

so fest ideologisiert.
Aber Millionen Tote konnten ihr Herz nicht berühren.
Der Westen liebt sein Schwarz-Weiß-Kino: Bösewicht – Opfer – Retter.
Aber sobald es um ihre eigenen Kriege geht, wird der Film plötzlich in Graustufen abgespielt ... mit schlechter Tonqualität.
Irak?
Über eine Million Tote, Millionen Geflüchtete.
Begründung: „Massenvernichtungswaffen“.
Gefunden: nichts – nicht mal eine Wasserpistole.
Die Story verschwand schneller als ein günstiges Ticket nach Mallorca.
Afghanistan?
Zwanzig Jahre Bomben, zwanzig Jahre Versprechen.
Dann ein Abzug wie bei einem schlechten Zirkus: „Vorhang zu, Clowns verschwinden, Applaus bitte!“
Das Land blieb zurück wie ein leerer Popcorn-Becher.
Und Europa?
Sitzt auf genug Atombomben, um den Mond zweimal zu sprengen.
Aber wehe, im Nahen Osten taucht ein Druckkochtopf auf.
Hier heißt das „Sicherheit“.
Bei uns reicht schon ein Gerücht – und ein ganzes Dorf wird ausgelöscht.
Ich sehe in die Gesichter im Zug.
Sie glauben, sie sind die Zivilisation, wir das Chaos.
Sie glauben, ihr Leben ist mehr wert als unseres.
Und ich?
Ich lache.
Weil ich weiß: Sie werden nicht fragen.
Und ich werde ihnen nicht sagen, dass I.S. nichts anderes bedeutet als: Ich, Syrer.<



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #59
Herbst/Winter 2025/2026

IMPRESSUM

Titel: Andrea Huber, 2025

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Severin Rapp & Marianne Walther

Redaktion: Agnes Andrae, Aida Bakhtiari,
Tobias Brück, Gülcan Durak, Simon Fiedler,
Moritz Hürtgen, Caroline Mulert, Pezi Novi,
Laura Pöhler, Severin Rapp, Marianne Walther,
Matthias Weinzierl, Christine Wolfrum

*(Namenlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)*

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Agnes Andrae, Matthias Weinzierl

Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger,
Media Druck Logistik, Eisele Druck
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg

Auflage: 1.500 Stück

Website: Anton Kaun, Jonas Langreuter

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Ausbändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtausbändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.



Solidarisch.

OFFEN!

Für eine solidarische
Gesellschaft

<https://offen-muenchen.de/ich-tausche-solidarisch/>

echser

del la Rey Swardt

losbach

S. Kugele

Nag
phlic

mann

Schöner
Wohnen

OHNE DICH

www.schoener-wohnen-ohne-dich